

# Preussische Allgemeine



Nr. 47 · 20. November 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



## Wem gehört Berlin?

Die deutsche Hauptstadt hat ein Wohnungsproblem. Doch anstatt selbst neuen Wohnraum zu schaffen oder Investoren zu fördern, setzt das regierende rot-rot-grüne Lager auf ein altes Mittel – den Kampf gegen das Privateigentum Seite 3



**Königsberg** Das „Haus der Räte“ soll abgerissen werden Seite 9



**Geschichte** Vor 75 Jahren begannen die Nürnberger Prozesse Seite 10

### AUFGESCHNAPPT

## Bidens wohltätige Initiative

Während des US-Präsidentenwahlkampfes hatte sich Herausforderer Joe Biden stets als seriöse Alternative zum bisherigen Amtsträger Donald Trump präsentiert. Diese Inszenierung bekommt nun durch einen Bericht der „New York Post“ erste Kratzer.

Zusammen mit seiner Frau Jill hatte der künftige Präsident 2017 die „Biden Cancer Initiative“ gegründet, um „Lösungen zur Beschleunigung des Fortschritts bei der Prävention, Erkennung, Diagnose, Forschung und Pflege von Krebs und zur Verringerung der Unterschiede bei den Krebs-ergebnissen“ zu fördern.

In ihrem Bericht nun enthüllte die „Post“, dass Bidens Organisation in den Steuerjahren 2017 und 2018 exakt 4.809.619 US-Dollar eingenommen und davon 3.070.301 Dollar ausgegeben hat. Davon ging jedoch kein einziger Dollar in die operative Arbeit – sondern vorwiegend in die Gehälter der Mitarbeiter, die zum Teil langjährige Weggefährten sind.

So erhielt der Präsident der Stiftung Gregory Simon (ein langjähriger Gesundheits-Lobbyist und Leiter einer Krebs-Arbeitsgruppe unter Präsident Barack Obama) im Jahr 2018 ein Gehalt von 429.850 Dollar. Und Danielle Carnival, ebenfalls bereits eine leitende Mitarbeiterin in Obamas Krebs-Initiative, bekam im gleichen Jahr ein Gehalt von 224.539 Dollar.

Für Konferenzen und Reisekosten gab die Biden-Initiative im vergangenen Jahr 56.738 beziehungsweise 59.356 Dollar aus. *neh*

### GESELLSCHAFT

## Die Zweifel am Corona-Management wachsen

Während Bund und Länder sich nicht auf neue Maßnahmen verständigen können, hinterfragen die Bürger zunehmend die Lockdown-Politik

VON RENÉ NEHRING

**D**ie großen Verschärfungen sind vorerst ausgeblieben. In ihren Beratungen über weitere Corona-Maßnahmen konnten sich Bundesregierung und Ministerpräsidenten am Montag lediglich auf Empfehlungen zu weiteren Kontaktbeschränkungen verständigen. Zu groß waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzleramt, das mit dem Verweis auf die Infektionszahlen der letzten Wochen weitere Verschärfungen anstrebte, und den Landesfürsten, die mit Blick auf den Alltag der Städte und Gemeinden weitere Eingriffe in das öffentliche Leben ablehnen.

Das Scheitern der Bund-Länder-Gespräche bietet die Chance für einige grundsätzliche Betrachtungen auf das Agieren der verantwortlichen Politiker und Wissenschaftler, aber auch der Mehrzahl der Medien während der vergangenen Wochen und Monate. Denn trotz – oder gerade wegen – deren Einigkeit wirft ihr Handeln zunehmend Fragen auf.

### Unklare Lage

Da ist als zentrales Problem, dass noch immer unklar ist, wie gefährlich Corona eigentlich ist. Während Politik und Medien den Ernst der Lage – und damit die Notwendigkeit für weitere Lockdown-Maßnahmen – vor allem mit den gestiegenen Zahlen der positiven Testungen be-

gründen, kam der Stanford-Professor John Ioannidis im Oktober im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum Ergebnis, dass die Sterblichkeit des Virus lediglich bei 0,2 Prozent liege.

Dies lenkt die Aufmerksamkeit auf die Einseitigkeit der Experten in den deutschen Debatten: Während die die Gefährlichkeit des Virus betonenden Virologen Christian Drost (Charité) und Melanie Brinkmann (TU Braunschweig) sowie RKI-Präsident Lothar Wieler (von der Ausbildung her Fachtierarzt für Mikrobiologie) in den Talkshows und reichweitenstarken Nachrichtensendungen allgegenwärtig sind, kommen Skeptiker wie der Lungenfacharzt Wolfgang Wodarg (ehemals Leiter eines Gesundheitsamtes und als Parlamentarier an der Bekämpfung zahlreicher Epidemien beteiligt), die Epidemiologin Angela Spelsberg oder der Infektionsepidemiologie Sucharit Bhakdi (Uni Mainz) allenfalls in Spartenkanälen und eigenen Online-Blogs zu Wort.

Nun ist es das gute Recht jeder Regierung, sich ihre Berater selbst auszusuchen. Doch angesichts der Reichweite der Eingriffe durch die Corona-Maßnahmen in das Leben der meisten Bundesbürger ist es nicht akzeptabel, wenn pauschal davon gesprochen wird, dass „die Wissenschaft“ in dieser Sache einer Meinung sei.

Hinzu kommt das zunehmend unglaubwürdige Agieren der Verantwortlichen. Wenn sich Bund und Länder am

Montag darauf verständigt haben, die Zeit für ein „längerfristiges Corona-Konzept“ nutzen zu wollen, fragt man sich unweigerlich, was diese in den vergangenen Monaten getan haben. Und auf welcher Grundlage sie derzeit ihre Beschlüsse fassen. Die Bundeskanzlerin erklärte zur Begründung der jüngsten Lockdown-Schritte im Bundestag, dass die Behörden 75 Prozent des Infektionsgeschehens nicht nachvollziehen könnten. Auf welcher Basis wird dann aber entschieden, dass selbst kleinste Gastronomen wochenlang schließen müssen, während die großen Kaufhäuser offen bleiben dürfen?

### Ignoranz gegenüber der Kritik

Am Dienstag berichtete der gut vernetzte Blogger Boris Reitschuster auf seiner Webseite, dass das dritte Bevölkerungsschutzgesetz in dieser Woche im Eilverfahren durch die Regierungsfractionen und anschließend durch den Bundestag gedrückt werden soll (etwaige Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor). Wütende Zuschriften von Bürgern, so Reitschuster den Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten zitierend, würden ignoriert und einfach gelöscht.

Eine solche Ignoranz wird sich die Politik nicht mehr lange leisten können. Wenn sie die Bürger nicht auf Augenhöhe behandelt, dürfte der vor uns liegende Winter nicht nur in Sachen Corona dramatisch werden.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Die Afrikanische Schweinepest erreicht Deutschland – mit dramatischen Folgen Seite 2

#### Kultur

In Großbritannien kämpft die „Free Speech Union“ für die Freiheit der Rede Seite 12

#### Das Ostpreußenblatt

Mit Figuren im Stile der 20er leuchtet Allenstein gegen die herbstliche Tristesse an Seite 13

#### Lebensstil

Ein Streifzug über den Friedhof des Passionspielortes Oberammergau Seite 21



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



4 191814 302902 47  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Afrikanische Schweinepest** Die Seuche hat Deutschland erreicht, dem Land droht schwerer wirtschaftlicher Schaden. In der Tschechei wurde das Problem durch die konsequente Einrichtung von Sicherheitszonen gelöst

## Nun auch in der Bundesrepublik

Durch die Tierseuche drohen der deutschen Volkswirtschaft schwerste Belastungen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 10. September geschah das schon seit Längerem Erwartete: Die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner (CDU), gab bekannt, dass man nun auch auf deutschem Boden, nämlich in der Gemeinde Schenkendöbern im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße unweit der Grenze zu Polen, ein totes Wildschwein entdeckt hatte, das an der Afrikanischen Schweinepest (ASP) verendet war.

Seither konnten die Experten des von Thomas Mettenleiter geführten Friedrich-Loeffler-Instituts für Tiergesundheit in 149 weiteren Fällen das ASP-Virus in Wildschweinkadavern nachweisen (Stand 13. November). Damit ist die aus Osteuropa kommende Tierseuche definitiv in die Bundesrepublik übergeschwappt.

Der Erreger stammt ursprünglich aus dem subsaharischen Afrika. Dort befällt er vor allem Warzen- und Buschschweine. Die Übertragung erfolgt zunächst durch Lederzecken. Das Virus ist jedoch ebenso widerstandsfähig wie ansteckend und kann nachfolgend auch über sämtliche Körperflüssigkeiten infizierter Tiere weitergegeben werden. Es überlebt sogar das Räuchern von Wurst aus dem Fleisch von mit der Afrikanischen Schweinepest infizierten Schweinen.

Diese sterben fast immer an einem hämorrhagischen Fieber mit heftigen inneren Blutungen. Das gilt gleichermaßen für Hausschweine, die irgendwie mit den Überresten von an der Afrikanischen Schweinepest verendeten Wildtieren in Kontakt gekommen sind – möglicherweise auch indirekt über den Menschen. Impfstoffe zur Prophylaxe gegen die Krankheit gibt es keine. Darin liegt der Unterschied zu der schon seit 1833 bekannten Klassischen oder Europäischen Schweinepest (ESP), deren Erreger nicht mit dem ASP-Virus verwandt ist.

### Importverbot in China und Südkorea

Für Kühe, Schafe und andere Nutztiere ist die ASP ungefährlich. Das gilt analog für den Menschen, der in keiner Weise auf das Virus reagiert. Trotzdem ist es erforderlich, die ASP mit äußerster Konsequenz zu bekämpfen, weil sie genauso schwere wirtschaftliche Schäden nach



„Reiner Aktionismus“: Bundeswehr und Technisches Hilfswerk errichten im Landkreis Görlitz einen festen Zaun an der Grenze der Bundesrepublik zur Republik Polen

Foto: imago images/xcitepress

sich ziehen kann wie die ESP. Letztere führte in den 1990er Jahren alleine schon in Niedersachsen zu finanziellen Verlusten von mehr als zwei Milliarden D-Mark. Millionen von Hausschweinen mussten getötet und deren Kadaver entsorgt wer-

den. Noch liegen die Zentren der Schweinemast im Westen Deutschlands relativ weit von den brandenburgischen Seuchenherden entfernt, und noch ist auch kein einziges Nuttschwein erkrankt, aber das kann sich schnell ändern, wenn das

Virus durch leichtsinniges Verhalten aus den festgelegten ASP-Quarantänazonen hinausgetragen wird.

### Gefahr, dass der Markt kollabiert

Zudem haben die wichtigsten Großabnehmer für deutsches Schweinefleisch, China und Südkorea, wo die ASP ebenfalls grassiert, sofort ein offizielles Importverbot erlassen, nachdem der erste ASP-Fall in Deutschland bekanntgeworden war und das Land seinen Status als seuchenfrei verloren hatte. Dadurch fielen bereits die Erzeugerpreise.

Mit Ausnahme der Risikogebiete entlang der polnischen Grenze, über die das Virus kam, ist der Verkauf in die Staaten der EU zwar nach wie vor grundsätzlich möglich, aber die EU-Kommission könnte in der Zukunft noch weitere Restriktionen erlassen. Zudem besteht die Gefahr des totalen Kollabierens des Schweinefleischmarktes in Deutschland, wenn die Verbraucher plötzlich in Panik auf Alternativen ausweichen.

### Kurzporträts



FOTO: CDU RIENLAND-SPELZ



FOTO: IMAGO IMAGES



FOTO: IMAGO IMAGES

Die Bundesagrarministerin **Julia Klöckner** (CDU) fordert vom Land Brandenburg verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen die Afrikanische Schweinepest

Der Biologe **Torsten Reinwald** vom Deutschen Jagdverband hält die Errichtung von Grenzzäunen zur Eindämmung der ASP für „reinen Aktionismus“

**Thomas Mettenleiter** ist der Präsident des Friedrich-Loeffler-Instituts für Tiergesundheit, das die toten Wildschweine hierzulande auf ASP testet

### AUSBREITUNG

## Kollateralschaden der Globalisierung

Ohne den Menschen und dessen Mobilität hätte sich das Virus nicht derart schnell weltweit ausbreiten können

Die schnelle weltweite Verbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) resultiert ebenso aus der Globalisierung wie die Pandemien beim Menschen. Die befallenen Tiere selbst tragen das Virus nur zu Lande und sehr langsam weiter – mit etwa 25 Kilometern pro Jahr. Dass die ASP nun von Afrika aus auf andere Kontinente gelangen konnte, hat ausschließlich der Mensch zu verantworten. Beispielsweise dadurch, dass das Virus an seinen Schuhsohlen oder Fahrzeugreifen auf Reisen ging. Am riskantesten ist das Mitführen von infizierten Schweinefleischprodukten. In einem Schinken kann der ASP-Erreger nahezu 400 Tage überleben und in tiefgefrorenem Fleisch sogar länger als sechs Jahre.

Das ASP-Virus wurde 1921 in Kenia entdeckt und in Europa erstmals 1957 in Portugal nachgewiesen. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts kam es dann wiederholt zu kurzzeitigen, bald wieder auslaufenden Seuchenwellen in Lateinamerika und der Karibik sowie auch in Frankreich, den Niederlanden und auf der Iberischen Halbinsel. Seit Mai 2007 scheint die ASP nun auf Dauer in Europa Fuß gefasst zu haben.

### Von Georgien aus in die Welt

Ausgangspunkt war in diesem Falle der georgische Schwarzmeerhafen Poti. Höchstwahrscheinlich sind dort kontaminierte Nahrungsmittelabfälle afrikanischen Ursprungs auf illegale Weise entsorgt worden. Von hier aus breitete sich das Virus kontinuierlich aus und erreichte nach und nach weitere Länder: 2007 Armenien und Russland, 2012 die Ukraine, 2013 Weißrussland, 2014 Litauen, Lettland, Estland und Polen, 2017 die Tschechei und Rumänien, 2018 Ungarn, Bulgarien, Belgien und Luxemburg, 2019 Serbien und die Slowakei, im Februar dieses Jahres Griechenland sowie schließlich im September nun auch Deutschland.

Die meisten Fälle wurden bisher in Ungarn mit 3665 und Polen mit 3655 bis einschließlich 13. November registriert, wobei in aller Regel Wildschweine betroffen waren.

Die befallenen Tiere selbst tragen das Virus nur mit etwa 25 Kilometern pro Jahr weiter

Darüber hinaus trat die Afrikanische Schweinegrippe seit August 2018 kurz nacheinander in zahlreichen außereuropäischen Staaten auf, was ebenfalls ein Novum darstellte. Betroffen waren beziehungsweise sind noch immer fast alle Provinzen Chinas einschließlich Tibet, Nord- und Südkorea, die Mongolei, Vietnam, Laos, Myanmar, die Philippinen, Indien sowie Indonesien.

Und die Tierseuche grassiert nun auch in den bislang ASP-freien afrikanischen Staaten Ghana, Togo, Namibia und Südafrika. Das Virus vermochte es also durch den Menschen und die Globalisierung, in Windeseile Hunderte von Kilometern zu überwinden. W.K.

### SICHERHEITZONEN

## Von der Tschechei siegen lernen

Im Kampf gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) spielen Sicherheitszonen eine entscheidende Rolle. Mit deren konsequenter Einrichtung hat es die Tschechische Republik binnen eines Jahres geschafft, die Tierseuche auf ihrem Staatsgebiet auszurotten.

Hierbei gilt im Prinzip folgendes Schema: Um die Fundorte infizierter Wildschweinkadaver wird zunächst eine Kernzone von rund sechs Kilometern Durchmesser eingerichtet und mit undurchlässigen Elektrozäunen versehen. Dieses Gebiet darf weder betreten noch bejagt werden, damit die mutmaßlichen Virenträger sich sicher fühlen und nicht weiterziehen. Dann wartet man darauf, dass der Erreger bewirkt, dass die infizierten Tiere allesamt an ihm sterben. Anschließend gilt es dann, die Überreste fachgerecht zu entsorgen und dabei jedwede Kontaminierung des Bodens und Grundwassers auszuschließen.

Um die Kernzone herum entsteht eine erweiterte Gefahrenzone mit 30 Kilometern Durchmesser sowie eine Pufferzone mit 60 Kilometern Durchmesser. Hier sollen möglichst viele Wildschweine abgeschossen werden. Das dient einerseits der Verhinderung von Kontakten zwischen den Tieren in den beiden äußeren Sicherheitsbereichen und andererseits lässt sich damit auch das Weiterwandern unterbinden. Zur Erreichung des letztgenannten Zweckes kann ratsam sein, zusätzlich die wild lebenden Rüsseltiere reichlich zu füttern, um sie so an ihre Reviere zu binden.

Aus der Sicht von Wildschweinkenennern wie Torsten Reinwald vom Deutschen Jagdverband versprechen diese Maßnahmen den nachhaltigsten Erfolg. Deswegen empfehlen sie dringend, sich am Vorgehen der Tschechen zu orientieren. Dahingegen halten sie den geplanten oder bereits vollendeten Bau von Zäunen entlang politischer Grenzen für wenig zielführend. Solange es darin im Bereich von Straßen, Flüssen, Kanälen und Bahngleisen Lücken gebe, würden die Wildschweine diese auch finden und passieren. W.K.

# Klassenkampf gegen das Eigentum

Anstatt sich um die urbane Zukunft der Metropole zu kümmern, sucht man im rot-rot-grünen Milieu Berlins lieber nach Schuldigen für die gegenwärtigen Probleme der Hauptstadt. Die eigene Politik kann es natürlich nicht sein

VON REINHARD MOHR

**D**er Kunstkritiker und Feuilletonist Karl Scheffler hatte schon im Jahre 1910, also noch zu Kaiser Wilhelms des Zweiten Zeiten, jene Einsicht in das Wesen der deutschen Hauptstadt, die bis heute gilt: Sie sei dazu „verdammte, immerfort zu werden und niemals zu sein“. Dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung sollte man allerdings einen „Stand der Dinge“ benennen, eine Zwischenbilanz, einen imaginären Strich unter drei turbulente Jahrzehnte ziehen können. Es ist höchste Zeit, über das aktuelle Selbstbild jener Stadt zu sprechen, die sich vor genau 100 Jahren anschickte, zu der europäischen Metropole schlechthin zu werden.

Trotz aller ortsüblichen Meckerei und notorischen Schlechtgelauntheit, trotz Behördenschlamperei, Vermüllung öffentlicher Grünanlagen und dreister Clan-Kriminalität fiele der Befund gar nicht so übel aus: Auch wenn die Verwaltung ächzt, vieles mehr schlecht als recht funktioniert und chaotische Dauerbaustellen wie der Flughafen BER zum Gespött der Nation wurden – Berlin hat durchaus neuen Glanz gewonnen, und das nicht nur zwischen Brandenburger Tor und dem wiederaufgebauten Hohenzollernschloss samt goldenem Kuppelkreuz. Weite Teile der Stadt sind saniert und renoviert, und auch wenn dort im Augenblick alles stillsteht: Ob Lindenoper, Barenboim-Said-Akademie, Schillertheater, Museumsinsel, Neue Nationalgalerie oder Philharmonie – viele Kulturstätten erstrahlen in neuer alter Schönheit, und selbst die Wirtschaftsentwicklung ist besser als zuweilen befürchtet. Jüngstes Zeichen dafür ist der geplante „Siemens Campus“, ein riesiger Forschungskomplex in der alten Siemensstadt, ein echtes „Leuchtturmprojekt“. Und nicht zuletzt: Die Einwohnerzahl hat sich seit 1990 um etwa eine Viertelmillion erhöht. Berlin ist offenkundig attraktiv und zieht immer neue Menschen aus aller Welt an. Ja gewiss, solche und solche.

## Der alte Geist des Klassenkampfes

Doch Berlin wäre nicht Berlin, wenn es die erfreulichen Entwicklungen einfach mal zum Ausgangspunkt von positiv ausgerichteten Diskussionen über die Zukunft der Stadt nehmen würde, von selbstbewusstem Bürgerstolz zu schweigen. Stattdessen geht es um eine Frage, in der schon der schwärende Verdacht einer kolossalen Ungerechtigkeit, die Aufdeckung eines politischen Skandals, die moralische Anklage der gesellschaftlichen Verhältnisse mitschwingt: „Wem gehört die Stadt?“ Darunter macht man es nicht.

Ältere Zeitgenossen verspüren hier den alten Geist des Klassenkampfes, und tatsächlich: Es handelt sich um eine Studie im Auftrag der linken Rosa-Luxemburg-Stiftung, die gerade zu einem fulminanten Ergebnis kam: „Fast die Hälfte Berlins gehört wenigen Tausend Multimillionär\*innen“, wie die Tageszeitung „Neues Deutschland“ („ND“), einst das „Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) der DDR, in gendekorrekt formuliert meldete.

Die Hälfte Berlins? Auch alle Straßen und Plätze, Parks, Kleingärten, Seen und Wälder, Verwaltungs- und Geschäftsgebäude, historische Stätten, Industrie- und Handwerksbetriebe, Start-Ups, U- und S-Bahnen, Straßenbahnen und Busse, dazu der Himmel am Großen Stern und die Berliner Luft, nicht zuletzt: die Berliner selbst? Nein, es geht um angeblich 800.000 der rund zwei Millionen Mietwohnungen in der Hauptstadt, die „großen Eigentümern“ („Neues Deutschland“) gehören und durch die Studie namentlich „identifiziert“, also dingfest wurden: Neben der „Deutsche Wohnen“ auch „Vonovia“, „Adler Group“, „Covivio“, dazu Anlagefonds und



Sanierte Wohnhäuser in Berlin: Während rot-rot-grüne Kritiker Investoren aus der Stadt vertreiben wollen, haben private Eigentümer in den letzten Jahren tausende Wohnungen vor dem Verfall gerettet

Foto: imago images/photothek

„Vermögensverwaltungen superreicher Familien“ („ND“) mit – na klar – „verschachtelten Firmenkonstruktionen“.

Die Untersuchung solle „Licht ins Dunkel“ bringen, um die „Wohnungsfrage“ (siehe „Klassenfrage“ in der Marx-Engels-Gesamtausgabe) „demokratisch zu beantworten“. Ein paar Zeilen weiter fällt das entscheidende Stichwort: die „Sozialisierung großer renditeorientierter Wohnungsunternehmen“. Denen will auch die Initiative für ein Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ im kommenden Frühjahr den Stecker ziehen. Ihr Sprecher Rouzbeh Taheri kündigt bereits an: „Wir wollen die Investoren aus der Stadt vertreiben.“ Auf der Webseite „www.dwenteignen.de“ heißt es: „Wir wollen durch einen Volksentscheid etwa 240.000 Wohnungen von Immobilienkonzernen vergesellschaftet.“ Das „Neue Deutschland“, mit vierzig Jahren vergesellschafteter, d.h. staatsgelenkter, pardon: volkseigener Immobilienwirtschaft innig vertraut, sieht die „Sozialisierungsreife von Unternehmen“ schon bei einem Besitz von weniger als tausend Wohnungen als gegeben an. „So wird auch eine Niederlage des großen Miethais für die Kleineren eine Lehre sein“, verspricht die Enteignungs-Initiative im drohenden Tonfall realsozialistischer Volkspädagogik aus dem vergangenen Jahrhundert. Hier scheint ein neues Politbüro schon mal die ZK-Prosa einzubüben.

Das Problem bei alledem ist nicht, dass es in Berlin Leute gibt, die tatsächlich zu einer

Planwirtschaft light à la DDR 2.0 zurückwollen, sondern die Tatsache, dass die Öffentlichkeit der Stadt dies alles überwiegend unkritisch bis wohlwollend zur Kenntnis nimmt und auf eine derart geschäftsmäßige Weise weiterverbreitet, als handle es sich um eine auch nur einigermaßen politisch neutrale wissenschaftliche Erhebung. In der „Abendschau“ des rbb etwa wurde die Studie der Linkspartei-Stiftung in affirmativer Weise referiert und mit Bildern der total verkommene, im Keller gar von Ratten bevölkerten Wohnung einer privaten Eigentümergesellschaft gegengeschnitten, die mitten in einem stadtbekanntem sozialen Brennpunkt liegt. Bei den Zuschauern musste der Eindruck entstehen: Das ist die zwangsläufige Folge einer „renditeorientierten Immobilienwirtschaft“. So bedient man verbreitete Ressentiments gegenüber kapitalistischen „Heuschrecken“, ohne die geschilderten Fakten zum Gesamtbild ins Verhältnis zu setzen. Genau so funktioniert öffentlich-rechtliche Skandalisierung mit stets abrufbarer Empörungsbereitschaft.

## Ideologische Reflexe gegen den „Profit“

Gerade im rot-rot-grün geprägten Berlin stößt das traditionell auf Widerhall. Attribute wie „reich“ und „Profit“ genügen völlig, um die nächstgelegenen ideologischen Reflexe abzurufen. Vergessen ist dagegen der historische Korruptionsskandal der gewerkschaftseigenen, sozialdemokratisch-„gemeinnützi-

Es ist ein Aberwitz, dass große Teile einer aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen linken Mehrheit, die seit vielen Jahren den Senat und den Regierenden Bürgermeister stellt, insinuiert, eigentlich herrsche eine Clique von Superreichen, Investmentfonds und anderen „neoliberalen“ Ausbeuterkonzernen über die Hauptstadt

gen“ Neuen Heimat, der kurz vor ihrem Untergang 1982 über 400.000 Wohnungen und Geschäftsräume gehörten. Ebenso wenig erinnert man sich an den Zustand Ost-Berlins vor 30 Jahren: Eine weithin braun-schwarz gefärbte, an unzähligen Stellen bröckelnde, teils einsturzgefährdete postsozialistische Ruinenlandschaft, die verheerende Konsequenz aus jahrzehntelangem Mietstopp und staatlich organisierter Wohnungsverteilung mit eingebautem Funktionsbonus.

Dass nun eine geschichtsblinde linke Retro-Ideologie der „Sozialisierung“ und „Vergesellschaftung“ von einem Großteil nicht nur der Berliner Medien weithin fraglos kolportiert wird, liegt auch an der politisch-kulturellen Verfassung der Stadt, die einst Ernst Reuter, Willy Brandt und Richard von Weizsäcker aufbringt und ihnen – wie der grüne Kreuzberger Stadtrat Florian Schmidt – mit rechtswidrigen Anordnungen an die eigene Verwaltung unter die Arme greift. Ob in der Drogen- und Verkehrspolitik – jüngstes Beispiel die absurde, provisorisch eingerichtete „Fußgängerzone“ in der Friedrichstraße –, ob bei gendgerechter Amtssprache (das Papier für „Mitarbeitende der Berliner Verwaltung zum diversitysensiblen Sprachgebrauch“ umfasst 44 Seiten) oder beim ideologisch motivierten Ignorieren und Schönreden sozialer Konflikte in multikulturellen Brennpunkt-Quartieren: Es fehlt an einer offenen und – ja – auch hart geführten Auseinandersetzung über diese und viele andere Zustände in Berlin – natürlich mit dem Ziel, sie zum Besseren zu wenden. Dazu müsste allerdings jene typisch Berlinerische Indolenz überwunden werden, eine Mischung aus historisch erworbener Schmerztoleranz und einer ererbten lokalfolkloristischen Wurschtigkeit, die allzu oft im Schulterzucken Marke „Kannste nüscht machen!“ endet.

## Die Schwäche der Opposition

Eine starke, öffentlich wahrnehmbare liberal-konservative Opposition gibt es nicht. Weder CDU noch FDP verfügen über Persönlichkeiten, die ein Gegengewicht zu jenem kiezig-provinziellen, umso mehr gefestigten rot-rot-grünen Milieu bilden können, das im Zweifel noch Sympathien für gewalttätige Haussetzer aufbringt und ihnen – wie der grüne Kreuzberger Stadtrat Florian Schmidt – mit rechtswidrigen Anordnungen an die eigene Verwaltung unter die Arme greift. Ob in der Drogen- und Verkehrspolitik – jüngstes Beispiel die absurde, provisorisch eingerichtete „Fußgängerzone“ in der Friedrichstraße –, ob bei gendgerechter Amtssprache (das Papier für „Mitarbeitende der Berliner Verwaltung zum diversitysensiblen Sprachgebrauch“ umfasst 44 Seiten) oder beim ideologisch motivierten Ignorieren und Schönreden sozialer Konflikte in multikulturellen Brennpunkt-Quartieren: Es fehlt an einer offenen und – ja – auch hart geführten Auseinandersetzung über diese und viele andere Zustände in Berlin – natürlich mit dem Ziel, sie zum Besseren zu wenden. Dazu müsste allerdings jene typisch Berlinerische Indolenz überwunden werden, eine Mischung aus historisch erworbener Schmerztoleranz und einer ererbten lokalfolkloristischen Wurschtigkeit, die allzu oft im Schulterzucken Marke „Kannste nüscht machen!“ endet.

Wem die Stadt tatsächlich gehört, wäre dann keine Frage mehr. In einer Demokratie gehört sie allen Bürgerinnen und Bürgern, vor allem denen, die sich für sie engagieren. Den Rest regeln die Gesetze. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im nächsten Herbst wären eine gute Gelegenheit für einen politischen Neuanfang. Schaut man sich aber das politische Spitzenpersonal an, kommen wieder starke Zweifel auf: Eine so gut wie unbekanntes Spitzenkandidatin der Grünen, eine prominente Sozialdemokratin, die von ihrer Doktorarbeit voller Plagiate eingeholt wird, ein linker Kultursenator, der als erstes den langjährigen Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen abgeräumt hat, und ein CDU-Bundestagsabgeordneter aus Spandau, der nach Kräften versucht, sich in Berlin wenigstens ein bisschen bekannt zu machen.

Allein, die Hoffnung stirbt zuletzt. Schließlich ist Berlin ja noch am Werden.

● **Reinhard Mohr** war von 1996 bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Zu seinen Büchern gehört u.a. „Bin ich jetzt reaktionär? Bekenntnisse eines Altlinken“ (Gütersloher Verlagshaus, 2013).



Vergessene Hinterlassenschaft des real existierenden Wohnungswesens: marode Mietskasernen im Ostteil der Hauptstadt um 1989/90

Foto: Mauritius

## ● MELDUNGEN

## Zweifel an Ein-Täter-Theorien

Wien/Berlin – Während Österreichs Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) aufgrund von Ermittlungsergebnissen davon ausgeht, dass Kujtim F. das Wiener Attentat am 2. November allein verübte, wachsen Zweifel an einer Einzeltäterschaft. Der „Standard“ berichtet beispielsweise, dass es bisher unklar sei, wie Kujtim F. mit Waffen und Sprengstoffgürtel-Attrappe in die Innenstadt gelangen konnte. Bislang konnten die Ermittler kein zurückgelassenes Auto ausfindig machen, ebenso taucht der Attentäter auf Überwachungsvideos der Verkehrsbetriebe nicht auf. Analog haben im Bundestagsuntersuchungsausschuss zum Attentat auf dem Berliner Breitscheidplatz Abgeordnete mittlerweile wiederholt die Ein-Täter-Theorie in Frage gestellt. Kriminaltechniker konnten beispielsweise an der Außenseite des Lastkraftwagens, der als Tatwaffe genutzt wurde, zwar Fingerabdrücke vom mutmaßlichen Attentäter Anis Amri feststellen, nicht jedoch in der Fahrerkabine. N.H.

## Altersarmut wächst

Neuss – Das Problem der Altersüberschuldung hat sich nach Erkenntnissen der Creditreform Boniversum GmbH verschärft. Wie aus dem „Schuldneratlas 2020“ der Agentur hervorgeht, sind rund 470.000 Senioren im Alter über 70 Jahre überschuldet. Damit hat sich die Zahl der Betroffenen seit 2013 mehr als vervierfacht. Michael Goy-Yun, der Geschäftsführer der Wirtschaftsauskunftei, warnte vor einer Verstärkung des Phänomens Altersüberschuldung. Demnach ist in den vergangenen zwölf Monaten die Zahl der überschuldeten Senioren ab dem 70. Lebensjahr um 23 Prozent gestiegen. Für die Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen ermittelte die Agentur einen Anstieg der Überschuldungsfälle um 13 Prozent auf nun rund 725.000. Bereits im „Schuldneratlas 2019“ hatte Creditreform auf die Rentenreformen der vergangenen Jahrzehnte hingewiesen, die fast durchweg auf eine Kürzung des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente abgezielt hätten. N.H.

## Mehr Unfalltote

Berlin – Obwohl es in der deutschen Hauptstadt wegen der Corona-Pandemie im laufenden Jahr weniger Verkehr und insgesamt weniger Unfälle als in früheren Jahren gab, ist die Zahl der Unfalltoten gestiegen. Bereits im November wurde mit 45 Unfalltoten die Zahl des Vorjahrs überschritten. 40 Menschen waren 2019 auf Berlins Straßen ums Leben gekommen. Zugunommen hat auch die Zahl der getöteten Radfahrer. Trotz der von Grünen forcierten Einrichtung von temporären Radwegen auf einigen Straßen der Stadt und dem Ausbau des Radwegenetzes kam es laut dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad Club in diesem Jahr bereits zu 16 Todesfällen von Radfahrern. Ursache waren häufig Zusammenstöße beim Rechtsabbiegen oder Stürze, die zu schweren Kopfverletzungen führten. Rund die Hälfte der Todesopfer war über 60 Jahre. MRK

Nach dem Willen von EU und Bundesregierung soll Europa bis 2050 „klimaneutral“ werden. Über die Konsequenzen dieses Plans hat sich der PAZ-Mitarbeiter Norman Hanert mit dem Energieexperten Prof. Dr. Wulf Bennert und dem früheren Industriemanager Dr. Helmut Waniczek unterhalten:

**Herr Prof. Dr. Bennert, welche Auswirkungen sind zu erwarten, wenn sich die energieintensiven Branchen auf „klimaneutrale“ Energieträger umstellen müssen?**

Die Herstellung von Stahl, Aluminium und Kupfer sowie von Glas und sehr vielen Chemikalien erfordern gigantische Mengen an Prozesswärme. Bislang standen zu ihrer Erzeugung die Energiequellen Steinkohle, Braunkohle, Koks, Erdöl und Erdgas, aber auch Strom aus Kern- und Kohlekraftwerken zur Verfügung. Sie alle sollen wegen einer fragwürdigen „Rettung“ des Weltklimas nicht mehr genutzt werden. Stattdessen glaubt unsere Politik, das „Neue Erdöl“ Grüner Wasserstoff könne die notwendige Wärme liefern. Doch dieser Wasserstoff ist keine Energiequelle, sondern nur ein Speichermedium mit sehr schlechtem Wirkungsgrad. Und damit ist er sehr teuer. Die staatliche Energieagentur ENA rechnet allein für die Stahlindustrie mit jährlichen Mehrkosten von 12,8 Milliarden Euro. Tatsächlich sind die Mehrkosten viel höher. Die „klimaneutrale“ Elektroenergie aus Wind und Sonne zeigt ebenfalls schon deutlich ihre verheerenden Auswirkungen auf die Industrie – und das nicht nur durch die welthöchsten Strompreise, deren unvermeidliche weitere Steigerung durch Steuergelder kaschiert werden soll. Es wird immer schwerer, eine kontinuierliche Stromversorgung zu gewährleisten: 2018 musste die deutsche Aluminiumindustrie bereits 78 Abschaltungen erdulden. Und die Erklärung des Staatssekretärs im Bundesumweltministerium Jochen Flassbarth, „Grundlast im klassischen Sinne wird es nicht mehr geben“, bedeutet, dass zukünftig Strom nicht mehr geliefert wird, wenn man ihn braucht, sondern, wenn just welcher da ist. Weder die geplanten „Klimaabgaben“ an den EU-Grenzen noch die Absicht des Wirtschaftsministers, der Industrie die „technologischen Mehrkosten“ aus Steuergeld zu ersetzen, können verhindern, dass Deutschland eine dramatische Deindustrialisierung bevorsteht.

**Herr Dr. Waniczek, aus Sicht der Bundesregierung ist Wasserstoff ein Schlüsselement der „Energiewende“. Sind nach Ihren Industrienerfahrungen mit Wasserstoffanlagen die Hoffnungen in diesen Energieträger berechtigt?**

„Die ‚Nationale Wasserstoffwirtschaft‘ ist keine tragfähige Idee“

Helmut Waniczek



Nicht nur für die Metallverarbeitung benötigt Deutschlands Volkswirtschaft viel und bezahlbare Energie: Ein Arbeiter kontrolliert an einem Schmelzofen die Kupferverhüttung  
Foto: pa

## ENERGIEPOLITIK

## „Es droht eine dramatische Deindustrialisierung“

Interview mit Wulf Bennert und Helmut Waniczek über die Folgen des Strebens von EU und Bundesregierung nach „Klimaneutralität“ bis 2050

Die „Nationale Wasserstoffwirtschaft“ ist keine tragfähige Idee, sie zeigt stattdessen die Hilflosigkeit der Bundesregierung gegenüber dem offensichtlichen Scheitern der Energiewende. Die Prozessschritte der Wasserstoffwirtschaft sind seit langer Zeit bekannt; sie wurden aber von der Industrie niemals aufgegriffen, weil ihr Einsatz unwirtschaftlich ist. Wasserstoff kommt in der Natur nur chemisch gebunden vor, zum Aufbrechen dieser Bindung wird sehr viel Energie benötigt. Die Wirkungsgrade bei der Um-

wandlung von Strom in Wasserstoff und weiter zu dessen Anwendungen oder wieder in elektrischen Strom sind so schlecht, dass man von einem Energievernichtungsprogramm sprechen kann. Zusätzlich führt die geringe Dichte des Wasserstoffs zu aufwendigen Prozessen bei seiner Lagerung, dem Transport und der Verwendung, die zusätzliche Energie benötigen.

**Wie sieht es um die Eignung von Wasserstoff als Treibstoff für Fahrzeuge aus?**

Fast jede Energieform ist als Treibstoff für Fahrzeuge grundsätzlich geeignet, auch Strom, Druckluft, sogar Holzgas und eben auch Wasserstoff. Die Frage ist aber, wie viel wir bereit sind, für den Transport zu bezahlen. Unter den Bedingungen der jetzigen Energiewende werden wir den Gütertransport und den Individualverkehr dramatisch einschränken müssen. Und da wir im Wettbewerb mit anderen Industrienationen stehen, müssten wir

mit dem Antrieb durch Wasserstoff nicht nur einen Wohlstandsverlust, sondern auch erhebliche Wettbewerbsnachteile hinnehmen. Bei der sogenannten Mobilitätswende sieht man die Planlosigkeit in der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Wurden uns vor Kurzem noch Batterieautos als alleinige Lösung angepriesen, sind es jetzt auch Wasserstoffautos. Neben einer teuren Ladeinfrastruktur soll eine noch teurere Wasserstoffinfrastruktur aufgebaut werden. Woher für beide Mammutprojekte dann die Primärenergie kommen soll, bleibt ungeklärt. Wenn wir irgendwann die fossilen Energieträger ersetzen wollen, wird das ohne Kernenergie nicht möglich sein. Der Rest der Welt geht diesen Weg.

● Prof. Dr. Wulf Bennert und Dr. Helmut Waniczek sind zusammen mit Prof. Dr. Hans-Güter Appel und Prof. Dr. Wolfgang Merbach Autoren der Schrift „Kann der Mensch das ‚Klima retten?“, die im Kaleidoscriptum-Verlag erschienen ist

## KOBLENZ

## Moslems erzwingen Kita-Schließung

Behörden mit Rassismus- und Islamophobie-Vorwürfen gezielt unter Druck gesetzt

Mitte vorletzten Monats hatten die arabischstämmigen Eltern eines vierjährigen Mädchens, das einen Koblenzer katholischen Kindergarten besuchte, schwere Vorwürfe gegen Mitarbeiter der Einrichtung erhoben. Ihre Tochter habe behauptet, die Mitarbeiter hätten ihr Kind gebadet, umgezogen und dann in einen Raum gebracht, in dem es von einem Mann vergewaltigt worden sei.

Die Staatsanwaltschaft Koblenz leitete daraufhin ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des sexuellen Missbrauchs gegen namentlich nicht bekannte Mitarbeiter der Einrichtung ein. Die Kita „St. Martin“ im Koblenzer Stadtteil Pfaffendorfer Höhe wurde daraufhin geschlossen. Nach intensiven Ermittlungen der Polizei

wurde der Anfangsverdacht des Kindesmissbrauchs nicht erhärtet. Es ergaben sich viele Widersprüche bei den Aussagen des Kindes. Den Raum, in dem der Missbrauch stattgefunden haben sollte, gibt es gar nicht. Vor allem ergaben sich keinerlei DNA-Spuren, die auf ein Verbrechen hätten schließen lassen.

**Angebliche Vergewaltigung**

Aber nach der Einstellung des Verfahrens konnte der Kindergarten nicht etwa seine Arbeit fortsetzen und wieder öffnen. Vielmehr stellte die Mutter des Kindes ein Video mit ihrer Version der Vorgänge, die in keiner Weise belegbar sind, in die sozialen Medien und fand Hilfe bei Moslems, die sich jetzt der Sache annahmen und daraus

einen Fall religiöser Diskriminierung machten. Damit verbunden waren die Androhung von Gewalt und Morddrohungen gegen Mitarbeiter der Kita. Deshalb bleibt der Kindergarten geschlossen.

Auch zwei Wochen nach Einstellung des Verfahrens ebten in Koblenz die Drohungen nicht ab. Gezielt wurden Rassismus- und Islamophobie-Vorwürfe gegen die Behörden als Druckmittel eingesetzt. Rund 60 Moslems protestierten vor der Kita gegen die Einstellung der Ermittlungen in dem Fall. Die Akteure kamen nicht aus Koblenz. Dahinter steckt eine Szene radikal orientierter Moslems und nationalistischer Türken, die bundesweit aus den Koblenzer Geschehnissen Kapital für die Sache des Islam herauschlagen wollen.

Die Polizei Koblenz reagierte auf die Vorwürfe mit einem Video auf Twitter, in dem sie vor der Verbreitung von Desinformationen zu dem Fall warnte. In dem Beitrag begründete sie die Einstellung der Ermittlungen. Zahlreiche Araber, die gar nichts mit der betroffenen Familie zu tun hatten, äußerten ihre Empörung darüber und warfen den Beamten vor, die vermeintliche Tat unter den Tisch kehren zu wollen. Außerdem beschuldigten sie die Behörden aus rassistischen Gründen nicht weiter in dem Fall zu ermitteln. Die Polizei entgegnete, dass grundsätzlich Nationalität, Herkunft oder Religion von Verbrechenopfern keine Rolle dabei spielen, wie ernsthaft in einer Strafsache ermittelt werde. Bodo Bost

## EINWANDERUNG

## Asylkosten sprengen den Rahmen

Berlin: Rot-Rot-Grün will trotz drastischer Etatübertretung noch mehr „Geflüchtete“ aufnehmen

VON HERMANN MÜLLER

Mit viel Energie setzt sich das linksgrün regierte Berlin bei Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) dafür ein, noch zusätzlich „Flüchtende“ aufnehmen zu dürfen. Wie sich beim Nachtragshaushalt des Landes zeigt, laufen dem rot-rot-grünen Senat indes schon durch die bisherige Asylzuwanderung die Kosten aus dem Ruder. Im Zuge der Nachverhandlungen zum Haushalt hat Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei) für 2020 und 2021 einen Bedarf von jeweils 21,4 Millionen Euro zusätzlich angemeldet, um Leistungen zum Lebensunterhalt für Asylsucher bezahlen zu können.

Stimmt das Landesparlament zu, dann schlagen die Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den Jahren 2020 und 2021 mit jeweils 93 Millionen Euro zu Buche, ursprünglich waren nur 37 Millionen vorgesehen. Bei den Unterbringungskosten übersteigen die tatsächlichen Aufwendungen noch stärker die ursprünglich vorgesehenen Zahlen. Hier liegen die Ausgaben laut Senatsfinanzverwaltung allein im laufenden Jahr um 110 Millionen Euro über dem Plan. Erstaunlich ist dabei: Eigentlich war der Zuzug von Asylsuchern im Jahr 2020 geringer als anfangs angenommen.

**Absichtlich verschätzt?**

Kommentatoren haben inzwischen die Vermutung geäußert, dass sich der Senat entweder bei der Kostenkalkulation grob verschätzt hat oder aber die Daten nach unten gerechnet hatte, um scheinbar im Kostenrahmen bleiben zu können. Hinzu kommen weitere Faktoren: Offizielle Politik des Senats ist es, abgelehnte Asylbewerber, die ausreisepflichtig sind, nicht abzuschleppen. Folge: Immer mehr dieser „Geduldeten“ bleiben in den vergleichsweise kostenintensiven Gemeinschaftsunterkünften wohnen.

Gerade in der momentanen Lage dürfte das Verständnis vieler Berliner für solche finanziellen Zusatzbelastungen durch die Immigrationspolitik des Senats begrenzt sein: In wenigen Wochen jährt sich der islamische Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breit-



Kosten für Asylsucher steigen: Sammelunterkunft im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf

Foto: Imago images/Joko

scheidplatz. Die Gewalttaten in Nizza, Dresden und Wien haben nun erneut gezeigt: Bislang ist die Gefahr nicht gebannt, dass auch hierzulande jeder Bürger jederzeit zum Opfer von radikal-islamischen Terroristen werden kann. In Berlin tobt nun obendrein noch ein Machtkampf in der kriminellen Unterwelt, der in aller Öffentlichkeit ausgetragen wird.

**Bandenkrieg statt Integration**

Schon länger beobachten Ermittler, wie tschetschenische Banden versuchen, mit Macht ins Drogen-Geschäft einzudringen. Dieses wird in Berlin bislang von kriminellen Angehörigen arabischer Großclans dominiert. Am Wochenende des 7. und 8. November ist der Streit nun eskaliert. Bei einem Streit zwischen Tschetschenen und einem stadtbekanntem Araberclan kam es innerhalb von 24 Stunden zu vier brutalen Überfällen in Neukölln und am Gesundbrunnen. Auftakt der Gewaltwelle war ein Überfall von

rund 30 verummten Schlägern auf einen Spätverkaufsladen in Neukölln. Inhaber des „Späti“ ist ein Pole, Ermittler rechnen den Laden aber einer arabischen Großfamilie zu.

**„Brüder im Namen Allahs“**

Mobiltelefon-Videos des Überfalls auf den Laden zeigen unter anderem einen Angreifer mit einem Hammer in der Hand, vor ihm ein bereits am Boden liegender Verletzter. Nach Erkenntnissen der Polizei erlitt zudem eine Person einen Messerstich am Kopf. Ähnlich brutal verliefen die drei weiteren Aufeinandertreffen, die ebenfalls mit Schlag- und Stichwaffen ausgetragen wurden.

Benjamin Jendro von der Gewerkschaft der Polizei sagte nach den Überfällen: „Wir haben schon länger mit derartigen Auseinandersetzungen zwischen arabischstämmigen Gruppierungen und Tschetschenen gerechnet, da Letztere sich nicht mehr als Söldner für die Clans

anstellen lassen wollen, sondern selbst ein großes Stück vom Kuchen haben möchten.“

Eine Nachricht, die der syrische Profiboxer Manuel Charr auf Instagram veröffentlicht hat, deutet darauf hin, dass zwischen Tschetschenen und der arabischen Großfamilie zumindest derzeit so etwas wie ein Waffenstillstand ausgehandelt wurde. Charr veröffentlichte ein Foto, das ihn und weitere Männer zeigt, die um einen Tisch sitzen. Der Boxer postete: „Wir sollten einander lieben und uns in wahrer Religion etablieren. Frieden in Berlin alhamdulillah. Es war keine Selbstjustiz, alles in Absprache mit der Polizei und meinem Freund.“ Weiter hieß es: „Im Namen Allahs sind die Barmherzigen gläubigen Brüder, also versöhnt euch zwischen zwei Brüdern und fürchtet Allah.“ Hintergrund der Nachricht ist offenbar ein Agieren des syrischen Boxers als Friedensrichter, wie dies in islamischen Ländern üblich ist.

Hermann Müller

## SEUCHENBEKÄMPFUNG

## Zonen und Zäune gegen die Pest

Brandenburg macht Ernst im Kampf gegen die afrikanische Geißel der Schweinebranche

Nachdem der Erreger der Afrikanischen Schweinepest (ASP, siehe auch Thema der Woche, Seite 2) Mitte September erstmals in Brandenburg wenige Kilometer von der polnischen Grenze entfernt beim Schwarzwild nachgewiesen worden war, entwickelte sich ein unerwartet virulentes Ausbruchsgeschehen. Insgesamt wurden bis zum 11. November in Brandenburg 141 Wildschweine positiv auf ASP getestet. Ein Einzelfund wurde aus dem sächsischen Landkreis Görlitz gemeldet. Hauschweine sind bisher nicht betroffen.

**Krisenstab in Potsdam gebildet**

Die Maßnahmen zum Schutz vor der Ausbreitung und zur Eingrenzung der Seuche koordiniert der Landeskrisenstab in Potsdam in Zusammenarbeit mit Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Polizei, Veterinären und Verbänden. Um die Fundstellen

mit dem positiven Virusnachweis wurde als Restriktionsgebiet ein „gefährdetes Gebiet“ mit einem inneren Bereich, dem „Kerngebiet“, definiert sowie um das „gefährdete Gebiet“ eine „Weiße Zone“. Dabei handelt es sich um einen fünf Kilometer breiten Streifen, der das Restriktionsgebiet in den Landkreisen Oder-Spree, Spree-Neiße und Dahme-Spreewald wie ein Halbkreis umschließt. Dieser Streifen wird mit zwei festen wildschweinsicheren Drahtzäunen gesichert.

Durch eine Gesetzesänderung machte das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft den Weg frei für eine vollständige Tötung aller Wildschweine in der „Weißen Zone“. Dazu lag eine Empfehlung des EU-Veterinärnotfallteams vor. Da sich Wildschweinfleisch aus der angrenzenden Pufferzone, in der die Jagd noch erlaubt ist, nicht vermarkten lässt,

hat das Brandenburger Landwirtschaftsministerium durch Abgabeprämien Anreize für die Jagd geschaffen. Die abgelieferten Kadaver werden auf ASP beprobt und anschließend unschädlich beseitigt.

**Dänemark ist völlig wildschweinfrei**

Zur Gefahrenabwehr waren bereits ab Januar in Brandenburg mobile Elektrozaune ohne feste Verankerung im Boden entlang der Oder und Neiße bis Frankfurt an der Oder auf einer Länge von 128 Kilometern errichtet worden. Nach den ersten ASP-Befunden wurde bei einer Begehung der ASP-Kernzone festgestellt, dass die Zäune durchlässig für Schwarzwild und daher offenbar nutzlos waren. Die mobilen Zäune werden seither durch einen festen Schutzzaun ersetzt. Auch Sachsen begann mit der Errichtung einer festen Barriere, um die festgelegte Sperrzone einzu-

grenzen und für Wildschweine unpassierbar zu machen.

Dänemark hatte im Februar seinen 70 Kilometer langen, festen Wildschweinzäun entlang der Grenze zu Schleswig-Holstein zum Schutz der heimischen Schweinefleisch-Exportindustrie fertiggestellt. Zusätzlich wurde die kleine Wildschweinpopulation in Jütland bereits ab 2019 konsequent reduziert. Inzwischen soll es keine Wildschweine mehr in Dänemark geben. Ein effizienter Seuchenschutz ist für die dänische Schweinebranche von enormer Bedeutung. Diese steht weit oben auf der politischen Agenda im nördlichen Nachbarland. Im Juli 2020 wurden dort 13,16 Millionen Hauschweine gezählt. Mit seinen 5,81 Einwohnern ist Dänemark das einzige europäische Land, in dem mehr Schweine als Menschen leben.

Dagmar Jestrzemska

## KOLUMNE

## Kurs: Chaos

VON HANS HECKEL

Die Berliner können es sich aussuchen: Entweder hat der rot-rot-grüne Senat die Kostenexplosion bei den Leistungen für Asylbewerber nicht kommen sehen. Dann haben die Bürger einen weiteren Beleg für die sagenhafte Inkompetenz ihrer Landesregierung. Oder Rot-Rot-Grün hat die Zahlen absichtlich zu niedrig angesetzt, um die finanziellen Folgen einer unverantwortlichen Asyl- und Einwanderungspolitik solange zu kaschieren, bis der Schaden eingetreten und nicht mehr rückgängig zu machen ist. Das hieße, dass der Senat die Bürger vorsätzlich hinters Licht geführt hat.

Jeder der beiden Schlüsse muss hart arbeitenden Steuerzahlern die Zornesröte ins Gesicht treiben. Sie komplettieren das trübe Bild des Landes Berlin als „gescheiterter Staat“, das sich längst im Rest der Republik festgesetzt hat.

Dass sich kriminelle Milieus nunmehr dreist und in aller Öffentlichkeit spreizen, als hätten sie längst ein eigenes Rechtssystem aufgebaut, das sich den Regeln des Staates entzieht und eigene Gesetze unter dem Mantel des muslimischen Glaubens zimmert, wie es der Boxer Manuel Charr vorführt, fügt sich perfekt in den Gesamteindruck. Denn es gehört zur finsternen Logik „gescheiterter Staaten“, dass an die Stelle einer stumpf gewordenen Regierungsmacht Clan- oder Stammesstrukturen treten, die ihren eigenen Staat im Staate bilden. Somalia oder Libyen lassen grüßen.

Umso unfassbarer mutet die ideologische Verbohrtheit an, mit der Rot-Rot-Grün nun darauf drängt, noch mehr Asylsucher aufnehmen zu dürfen, die – wie gewohnt – vornehmlich aus den afrikanisch-orientalisch-muslimischen Kulturkreisen stammen werden. Selbst das offenkundige, schmerzhaft allerorten erlebbare Scheitern der Integration eines Großteils der muslimischen Immigranten hält die grünlinken Ideologen nicht davon ab, verbissen an ihrem abschüssigen Kurs festzuhalten. So arbeiten sie emsig daran, die eigene Stadt, das eigene Land weiter in Richtung Chaos zu manövrieren.

## MELDUNG

## Hauptstadt-Zulage soll weg

**Berlin** – Das Land Berlin gewährt seinen Landesbediensteten eine Hauptstadtzulage in Höhe von 150 Euro pro Monat. Dies zum Verdross der anderen Bundesländer, die nun damit gedroht haben, Berlin aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) auszuschließen. Daraufhin teilte Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) mit, dass die Zulage zeitlich begrenzt nur noch bis 2025 geleistet werde. Damit scheint ein Ausschluss Berlins aus der TdL abgewendet. Von der Zulage profitieren ab dem 1. November 2020 rund 116.000 Mitarbeiter. Sie wird nur bis einschließlich zur Entgeltgruppe E 13 gewährt. Der Senat rechnet mit Mehrkosten in Höhe von etwa 240 Millionen Euro pro Jahr. Die Zulage wurde vornehmlich auf Betreiben der SPD eingeführt – offenbar in der Hoffnung, dass die Landesbediensteten traditionell weiter der SPD die Stimme geben. Im Herbst 2021 wählt Berlin ein neues Parlament.

F.B.

## ● MELDUNGEN

## Werben um Rückkehrer

**Damaskus/Moskau** – Der Präsident von Syrien, Baschar al-Assad, und sein russischer Amtskollege, Wladimir Putin, halten eine Rückkehr von Flüchtlingen in ihre Heimat für erstrebenswert. Die Voraussetzungen seien günstig, da in zwei Drittel des Landes Frieden und Ruhe eingekehrt sei. 6,5 Millionen Syrer sollen sich im Ausland aufhalten. „Die überwiegende Mehrheit von ihnen sind arbeitsfähige Menschen, die sich am Wiederaufbau ihres Landes beteiligen könnten und sollten“, sagte Putin. Auch für Syriens Nachbarländer würde die Heimkehr der Flüchtlinge eine Entlastung bringen. Assad geht laut Informationen der Nachrichtenagentur Sana davon aus, dass ein großer Teil der syrischen Flüchtlinge zur Rückkehr bereit sei. Viele fürchten jedoch, zu Hause erneut von der Regierung verfolgt zu werden. **MRK**

## Klimaforscher fliegen häufiger

**London** – Klimaforscher fliegen signifikant häufiger als die Vertreter aller übrigen Wissenschaftsdisziplinen, obwohl sie in ihrer Mehrzahl permanent die Schädlichkeit dieser Fortbewegungsart kritisieren. Das ergab eine von der Umweltpsychologin Lorraine Whitmarsh von der staatlichen britischen University of Bath geleitete Untersuchung, deren Ergebnisse jetzt in der Fachzeitschrift „Global Environmental Change“ veröffentlicht wurden. Während andere Forscher vor Inkrafttreten der globalen Reisebeschränkungen infolge der Corona-Pandemie im Durchschnitt viermal pro Jahr das Flugzeug nahmen, nutzten die Klimaxperten das verpönte Verkehrsmittel im selben Zeitraum fünf Mal, die Professoren unter ihnen gar neunmal. Zu ihrer Entschuldigung gaben die ertappten Vielflieger an, dass Klimaforschung häufig an entlegenen Plätzen der Welt stattfindet und sie zudem auch oft an internationalen Kongressen teilnehmen müssten. **W.K.**

## Nur noch im Netz zu lesen

**Apenrade** – Die deutschsprachige Tageszeitung in Dänemark „Der Nordschleswiger“ wird ihr Erscheinen kommenden Februar als Papierzeitung einstellen. Stattdessen wird es nur noch ein Monatsmagazin und ein Online-Portal geben. Die theoretisch denkbare Alternative, eine Wochenzeitung herauszubringen, wäre wegen der hohen Produktionskosten nicht zu finanzieren gewesen. Die Zahl der Abonnenten beträgt nur noch 1500 und hat eine sinkende Tendenz. Neun Arbeitsplätze in der Anzeigen- und Personalabteilung, dem Vertrieb sowie der Technik fallen weg. Der Herausgeber, der Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), hofft darauf, 4000 bis 5000 Abonnenten für das Monatsmagazin gewinnen zu können. Bislang gab es staatliche Zuschüsse aus Dänemark und Deutschland an den BDN zur Förderung seiner Zeitung. Der „Nordschleswiger“ war abgesehen von den Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig auch für zahlreiche deutsche Dänemarkurlauber, die sich über ihr Urlaubsland informieren wollten, eine beliebte tägliche Informationsquelle. **F.B.**

VON CLAUDIA HANSEN

**D**owning Street 10, der Sitz des britischen Regierungschefs, war in der vergangenen Woche Schauplatz heftigster Machtkämpfe, die mit einem Knall endeten. Im Ergebnis musste Dominic Cummings, Chefberater des Premierministers und Mastermind der Brexit-Kampagne, seinen Platz räumen. Man sah ihn am späten Abend mit einem Pappkarton unterm Arm aus der berühmten Tür der Downing Street 10 hasten. Gleichzeitig musste auch der Kommunikationschef Lee Cain seinen Hut nehmen, der ebenfalls während des Referendums im Jahre 2016 in der „Vote Leave“-Kampagne eine wichtige Rolle gespielt hatte.

Beim abrupten Abgang der „Brexit Boys“ hatte Carrie Symonds, Boris Johnsons 32-jährige Verlobte und Mutter seines (vermutlich) sechsten Kindes, eine entscheidende Rolle gespielt. Sie warf sich für eine neue Pressechefin in der Downing Street in die Bresche, die Cain zu blockieren versuchte. Johnson versuchte erst noch, Cain zu halten, dann aber drehte sich die Szene dramatisch. Johnsons witterte Verrat durch Cummings, das Tischtuch war zerschnitten. Die Verlobte triumphierte. Johnson warf Cummings raus.

Das „Ende der Ära Cummings“, das britische Medien nun ausrufen, wird ein tiefer Einschnitt in der Premierministerzeit von Johnson sein. Ihm wohlgesinnte konservative Medien hoffen auf einen Neustart, der dem angeschlagenen Premier eine Chance gibt, den politischen Abwärtstrend seit Ausbruch der Corona-Krise zu stoppen und umzudrehen.

Andere sehen die Cummings-Zäsur aber nur als Etappe beim kaum noch aufzuhaltenden Absturz des 56-jährigen Premiers, der 2021 abtreten könnte. Als wahrscheinlicher Nachfolger wird bereits Finanzminister Rishi Sunak gehandelt, ein beliebter smarterer, erst 40-jähriger Jungpolitiker, der gigantische kreditfinanzierte Hilfspakete gegen die Corona-Krise geschnürt hat.

**Viel Feind', wenig Ehr'**

Cummings hatte sich lagerübergreifend viele Feinde gemacht. Die Linke hasste ihn wegen der Brexit-Kampagne, aber auch in der Konservativen Partei, bei den Medien und in der Beamtenhierarchie waren viele irritiert. In bewusster Missachtung traditioneller Kleiderregeln knöpfte er seine knittrigen Hemden schief, trug einen komischen Strohhut, Mützen oder Gummistiefel, während der Rest der Regierung im dunkelblauen Anzug erschien. Er galt als „Nerd“, ein von Computeralgorithmen und Datenprogrammen faszinierter Futurist mit Oxford-Abschluss in Altertumswissenschaft wie Johnson. Die einen hielten ihn für einen Halbirren, andere für ein Genie. In

## GROSSBRITANNIEN

## Kabale und Hiebe in London

Nach dem Rauswurf der „Brexit-Boys“ aus der Downing Street ist auch die Zukunft des britischen Premiers ungewiss

einer Stellenanzeige hatte der parteilose Chefberater explizit nach „weirdos and misfits“ (Spinner und Sonderlinge) für die Downing Street gesucht, die das langweilige Beamten-Establishment aufmischen sollten. Seine Gegner sagten, das Corona-Chaos der Regierung gehe zum Gutteil auf sein Konto.

Was aber niemand bestreitet, war sein außergewöhnliches Talent als Kampagnenmanager. Der wirkungsvolle Kampfruf „Take Back Control“ zum Brexit-Referendum 2016 und das Tory-Wahlmotto „Get Brexit Done“, mit dem Johnson im Dezember 2019 triumphal siegte, waren seine Einfälle. Johnson hielt zu ihm, auch nachdem Cummings bei der Verletzung von Corona-Auflagen ertappt wurde. Nun ist er Geschichte.

**Die Zukunft des Premierministers**

Doch wie lange wird sich Johnson als Premier noch halten können? Die eher optimistische Erzählung, die seine Freunde verbreiten, handelt von einem Neustart. Aber in welche Richtung geht

es nun? Die Regierung solle „freundlicher, weicher, weiblicher und grüner“ werden, wird via „Times“ verbreitet. Johnsons neue Pressechefin Allegra Stratton soll das neue Gesicht täglicher Pressekonferenzen werden. Umwelt- und Klimapolitik könnten größer geschrieben werden. Manche meinen, Johnson werde nun eher einen „liberalen“ Kurs verfolgen, sich von der harten

rechten Konfrontation mit linken Kulturkämpfern fernhalten. Als großes Risiko bleibt, dass noch immer kein Vertrag mit der EU über einen künftigen Handelsvertrag geschlossen werden konnte.

**Kabinettsumbildung im neuen Jahr**

Im Januar wird wohl die Regierung umgebildet, einige Köpfe werden rollen. Auf der Exit-Liste weit oben stehen der glücklose Bildungsminister Gavin Williamson und der für die triste Corona-Entwicklung zuständige Gesundheitsminister Matt Hancock. Der frühere Finanzminister Sajid Javid könnte ins Kabinett zurückkommen.

Spannend wird sein, wie sich der ehrgeizige Kabinettsbürominister Michael Gove verhält. Nach Cummings Abgang sollen die Beziehungen zwischen Downing Street und Parlamentsfraktion wieder enger und kooperativer werden, heißt es zudem. Aber wenn die Umfragergebnisse weiter so schwach bleiben, wie sie sind, könnte die Partei revoltieren und die Uhr für Johnson ablaufen.

Aber in welche Richtung geht es nun? Die Regierung solle „freundlicher, weicher, weiblicher und grüner“ werden, wird via „Times“ verbreitet



Da waren sie noch ein Team: Großbritanniens Premierminister Boris Johnson mit seiner Verlobten Carrie Symonds (l.) und seinem strategischen Berater Dominic Cummings (r.) im Dezember 2019  
Foto: imago images/Parsons media

## GEORGIEN

## Duell zweier Erzrivalen

Massenproteste in Tiflis – Ex-Präsident Michail Saakaschwili zieht die Fäden aus dem Exil

Die US-Präsidentenwahl hat viele weltpolitische Ereignisse in den Schatten gerückt. So hätte die Parlamentswahl in Georgien Ende Oktober kaum Beachtung gefunden, wäre es nicht zu Massenprotesten der Opposition mit 45.000 Teilnehmern gekommen. Sie wirft der Regierungspartei „Georgischer Traum“ Wahlbetrug, Stimmenkauf sowie Manipulation vor und fordert Neuwahlen. Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa halten die Wahl dagegen für korrekt gelaufen. Nur gelegentlich habe es Unregelmäßigkeiten gegeben.

Es sind die Kontrahenten Michail Saakaschwili und Bidsina Iwanischwili, die seit

Jahrzehnten die Politik in Georgien beeinflussen. Vor acht Jahren gelang es dem Milliardär Iwanischwili, der zuvor die Rosenrevolution seines späteren Gegners Saakaschwili finanziert hatte, diesen zu besiegen. 2011 gründete Iwanischwili eine Bürgerbewegung, aus der 2012 die Partei „Georgischer Traum“ hervorging, der damals ein erdrutschartiger Sieg beschieden war.

Saakaschwili steuerte von seinem ukrainischen Exil aus die aktuelle Wahl in seiner Heimat, in die er wegen eines gegen ihn verhängten Haftbefehls zurzeit nicht zurückkehren kann.

Die Außenpolitik hat im georgischen Wahlkampf keine Rolle gespielt, obwohl in

Bergkarabach in unmittelbarer Nachbarschaft ein Krieg tobte. Georgien sieht sich als neutrale Stabilitätsinsel im Südkaukasus. Für die Bürger waren Themen wie Arbeitsplätze und Gesundheit vorrangig. Sowohl Iwanischwili als auch Saakaschwili wollen ihr Land in die EU und die NATO führen. Bei der Wahl zwischen beiden entschied sich die Mehrheit dann doch für Iwanischwili, der zwar kaum Reformen durchführt, aber als weniger brutal gilt denn sein Kontrahent. Als Saakaschwili 2007 mit Wasserwerfern und Tränengas gegen Demonstranten durchgriff, führte dies zum Zerwürfnis mit Iwanischwili. Bei der aktuellen Auseinandersetzung mit De-

monstranten setzt die Regierung allerdings die gleichen Mittel ein.

Zu Saakaschwilis Erfolg zählt zweifelsfrei, dass er – mit westlicher Unterstützung – Georgien zu einem funktionierenden Staat umgestaltet hat, allerdings entwickelte er sich im Laufe der Zeit zu einem Despoten, weshalb die Georgier bei seiner möglichen Rückkehr erneute Repressionen befürchten.

Iwanischwili, dem der Ruf eines „Agenten des Kreml“ beharrlich anhaftet, obwohl die Kontakte nach Moskau auf Eis liegen, kann die Visafreiheit und ein Freihandelsabkommen mit der EU als Erfolg verbuchen. **Manuela Rosenthal-Kappi**

VON HANS HECKEL

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, sind die Verbraucherpreise im Oktober gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,2 Prozent zurückgegangen. Das mag verblüffen, wo Experten doch davor warnen, dass die ultralockere Geldpolitik der Notenbanken wie der Europäischen Zentralbank (EZB) die Inflation eigentlich in die Höhe treiben müsste.

Die Rechnung ist im Grunde ganz einfach: Wenn immer mehr Geld auf eine gleichbleibende Menge an kaufbaren Waren und Dienstleistungen trifft, müsste der Geldwert fallen, das Preisniveau also steigen – so das Prinzip. Und seit einem Jahrzehnt schon pumpt die EZB „überzähliges“ Geld in Massen in den Markt, um bankrotte Staaten, Banken und Firmen nach der Finanzkrise von 2008 am Leben zu halten. Die gigantischen Corona-Fonds haben diesen Trend zur Geldvermehrung noch einmal dramatisch verschärft.

Die Hilfgelder fließen absichtlich genau dahin, wo sich realwirtschaftlich besonders wenig tut, etwa in durch die Corona-Maßnahmen lahmgelegte Wirtschaftszweige oder schwer gebeutelte Euro-Staaten. Eigentlich ist es der EZB vertraglich verboten, Staaten „aus der Notenpresse“ zu finanzieren. Die Zentralbank umgeht das Verbot mit einem Trick: Geschäftsbanken geben den Regierungen zunächst das Geld und bekommen dafür die Schuldtitel der Staaten (Staatsanleihen). Diese verkaufen sie dann an die EZB weiter.

Ohne die Aussicht, die Titel an die EZB weiterreichen zu können, ließen die Geschäftsbanken wohl die Finger von den Staatsschuldpapieren, da diese derzeit so gut wie gar nicht oder sogar negativ verzinst werden. Grund: Die hoch verschuldeten Staaten können sich Zinsen auf ihre exorbitanten Schulden gar nicht mehr leisten. Das gleiche Spiel läuft längst auch mit Anleihen großer Unternehmen.

#### Menschen halten ihr Bares fest

So also wächst und wächst die Geldmenge und mit ihr das bereits krasse Missverhältnis zur stagnierenden Menge an Waren und Dienstleistungen, die man dafür kaufen könnte. Doch die Preisinflation springt dennoch nicht an, zumindest laut Statistischem Bundesamt. Wie das?

Die Antwort: Preistreibend wirkt eine wachsende Geldmenge erst, wenn sie zum Kaufen benutzt wird. Geld, das gehortet wird, hebt die Nachfrage nicht und damit auch nicht die Preise. Auf einem Wochenmarkt können die Kunden die Taschen voller Bares haben – solange sie nichts kaufen, werden die Anbieter ihre Preise senken. Erst, wenn die Menschen die Stände stürmen und kaufen



Die Geldflut entwickelt sich zur Büchse der Pandora: Am Ende zahlen die Sparer die Zeche

Foto: action press

#### GELDENTWERTUNG

## Die Inflation wird kommen

Die Notenbanken drucken Geld ohne Ende, doch die Konsumgüterpreise stagnieren – Warum sich das ändert, sobald die Corona-Krise vorbei ist

wollen, wächst für die Anbieter der Spielraum für Preisanhebungen. Dann erst gebiert die „Geldmengeninflation“ auch eine „Preisinflation“.

Derzeit aber halten die Menschen ihr Geld fest, aus Angst und Verunsicherung über die nahe Zukunft. Wohlhabende, die über größere Summen verfügen, sind da schon anders ausgerichtet: Sie leiden unter Nullzinsen und suchen nach Anlagemöglichkeiten. So sind, wider Erwarten, die Immobilienpreise sogar während der Corona-Krise ungebremst weitergestiegen. Auch dem Aktienmarkt scheint die wirtschaftliche Flaute, anders als sonst, kaum etwas anhaben zu können. Gold hat sich auf hohem Niveau stabilisiert.

Dagegen stagnieren die Preise für Konsumgüter. Die Preise blieben hier stabil, obwohl die Geldmenge in ungekannte Höhen geschraubt wurde und weiter wird. Doch das könnte sich dramatisch ändern, und zwar auf eine für den Normalverbraucher tückische Weise. Nämlich just in dem Moment, wenn die Corona-Krise

überwunden ist. Erleichtert über das Ende der Gefahr werden die Menschen ihr Geld wieder ausgeben. Dann steigen die Preise, der Geldwert verfällt auch gegenüber Konsumgütern. Zudem wird in dem Moment spürbar, dass viele Anbieter in der Krise pleitegegangen sind oder ihr Angebot reduziert haben. Die Folge: Eine freudig steigende Nachfrage trifft auf ein durch die Krise verringertes Angebot. Das ist der Augenblick, in dem die Preisinflation alle Marktbereiche erfasst und damit jeden trifft.

Was kann man dagegen tun? Die Notenbank kann, um die Preisexplosion aufzuhalten, zweierlei unternehmen: Sie kann klassischerweise die Zinsen erhöhen. Das animiert die Menschen, ihr Geld auf die hohe Kante zu legen. Es ist dann zwar noch da, erzeugt aber erst einmal keine Nachfrage und wirkt damit nicht mehr preistreibend. Außerdem werden bei höheren Zinsen Kredite teurer, was die Neigung zu Ratenkreditkäufen, Hypothekenaufnahmen oder Ähnlichem bremst. Die-

ser Weg wird diesmal aber weitgehend versperrt bleiben: Staaten, Banken und auch viele Unternehmen sind derart verschuldet, dass schon geringe Zinserhöhungen den Ruin bedeuten könnten. Dieses Risiko wird die EZB nicht eingehen wollen und die Zinsen daher trotz Inflation niedrig halten.

Ein anderer Weg, die umlaufende Geldmenge wieder zu verringern, wäre es, dass die EZB die eingesammelten Schuldtitel an Anleger verkauft, deren Geld dann ebenfalls gebunden wäre. Doch hat die Notenbank ja vor allem miserable Anleihen mit lausigen Zinsen erworben, um bankrotte Staaten, Banken oder Firmen zu unterstützen. Kaum ein Investor wird diese Anleihen übernehmen wollen.

Damit steht die EZB einem kommenden Inflationsschub weitgehend wehrlos gegenüber. 1923 wird sich zwar nicht wiederholen, aber ein drastischer Verfall des Euro und der anderen Papierwährungen ist kaum aufzuhalten, wenn er erst einmal Fahrt aufgenommen hat.

#### SARS-COV-2

## Handelsverband warnt vor Laden-Sterben

Anti-Corona-Maßnahmen treffen in Deutschland auf einen bereits vorgeschädigten Einzelhandel

Schon seit Jahren machen Online-Händler und große Einkaufszentren auf der grünen Wiese dem klassischen Einzelhandel in den Innenstädten zu schaffen. Nun kämpfen viele Geschäfte um ihre bloße Existenz. Vor dem Hintergrund neuer Pandemie-Maßnahmen warnen der Handelsverband Deutschland (HDE) und der Zentrale Immobilienausschuss (ZIA) vor einem Laden-Sterben in Deutschlands Einkaufsstraßen.

Laut dem Handelsverband Deutschland lag in den Innenstädten die Zahl der Kunden in der ersten Woche dieses Monats um mehr als vier Zehntel unter der des Vorjahreszeitraums. Beim Umsatz ermittelte der Branchenverband durch seine Umfrage unter mehr als 500 Unternehmen ein Minus von einem Drittel. Der

Präsident des Handelsverbandes Textil, Steffen Jost, berichtet sogar, dass in den ersten Tagen unter verschärften Corona-Regeln einige Geschäfte seines Verbandes Umsatzeinbrüche von bis zu 80 Prozent gemeldet haben.

#### Denkbar ungünstiger Zeitpunkt

Der HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Gent nennt gleich mehrere Gründe für das Wegbleiben der Kunden. „Der Handel in den Innenstädten darf zwar öffnen, gleichzeitig appelliert die Politik aber an die Kunden, zu Hause zu bleiben“, so Gent. Als Folge sanken vielerorts die Kundenfrequenzen so stark, dass die Geschäfte nicht mehr überleben könnten.

Aus Sicht des HDE-Chefs spielt zusätzlich ein indirekter Effekt eine Rolle.

Zwar seien die Läden weiterhin geöffnet, aber weil Restaurants, Kinos, Theater und Fitnessstudios geschlossen blieben, machten sich generell weniger Menschen auf den Weg in die Stadtzentren.

Auch für den Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) der CDU/CSU, Carsten Linnemann, ist klar, dass Einkaufen für viele Menschen mehr bedeutet als nur das reine Beschaffen von Lebensmitteln und Konsumartikeln.

Im Deutschlandfunk sagte der CDU-Wirtschaftsexperte: „Heute geht man nicht in die Stadt, um sich nur eine Jeans zu kaufen. Man geht in die Stadt, um einen Erlebniskauf zu haben, um auch mal einen Cappuccino zu trinken und vieles andere mehr.“ Dementsprechend plädiert der Stellvertretende Vorsitzende der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür, die Gastronomie zumindest in den Innenstädten wieder zu öffnen, um dem Handel im wichtigen Weihnachtsgeschäft eine Hilfe zu geben.

Linnemann verwies bei der Gelegenheit dabei darauf, dass sich die Gastronomie wie kaum eine andere Branche an die Pandemie-Regeln gehalten habe.

Das neuerliche Runterfahren des öffentlichen Lebens trifft den Einzelhandel zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Ein Teil der Händler erwirtschaftet in den Wochen vor Weihnachten üblicherweise fast ein Drittel des Jahresumsatzes. Im Weihnachtsgeschäft bauen viele Händler oftmals ein finanzielles Polster auf, um Durststrecken im übrigen Jahr überbrücken zu können. Norman Hanert

#### MELDUNGEN

## EZB plant Bad Bank

Frankfurt am Main – Nach den Planungen der EU-Kommission zur Einführung einer gemeinsamen Einlagensicherung für Sparer laufen nun Vorbereitungen für ein weiteres umstrittenes Projekt. Bei der Europäischen Zentralbank (EZB) ist eine Projektgruppe gegründet worden, die Vorbereitungen für die Gründung einer europäischen Sammelstelle für notleidende Kredite treffen soll. Der oberste Bankenaufseher der Euro-Zone, der Italiener Andrea Enrica, hat zudem einen Verbund von Abwicklungsplattformen vorgeschlagen. Diese sollen den Banken ihre notleidenden Kredite abnehmen und am Markt weiterverkaufen. Dabei will Enrica die Finanzierung mit europäischen Mitteln unterstützen. Die Bankenaufsicht der EZB geht derzeit von 503 Milliarden Euro an faulen Krediten bei den Banken der Eurozone aus. Die Bankenaufseher fürchten, dass auf die Banken durch pandemiebedingte Unternehmenspleiten eine Welle an Kreditausfällen zukommt. N.H.

## Italien beendet Hilfen im März

Rom – Nach einem Pandemie-Hilfspaket über fünf Milliarden Euro im Oktober hat Italiens Regierung in der ersten Novemberwoche nochmals Stützungsmaßnahmen im Volumen von zwei Milliarden Euro beschlossen. Die Maßnahmen sollen vor allem der Gastronomie und der Tourismusbranche helfen. Bis zum März verlängert hat die Regierung auch einen Kündigungsstopp in der Wirtschaft samt Kurzarbeitsgeld. Gewerkschaftsvertreter, aber auch Unternehmerverbände warnen inzwischen vor einer großen Kündigungswelle und der Schließung Hunderttausender Betriebe, sobald der Kündigungsstopp ausläuft. Donatella Prampolini vom Unternehmerverband Confindustria schätzt, dass bis zu 270.000 Betriebe aufgeben müssen, wenn ab März die staatlichen Hilfen eingestellt werden. Für die im Oktober und November beschlossenen Mehrausgaben musste der italienische Staat seine Verschuldung weiter erhöhen und auch auf EU-Hilfen zurückgreifen. N.H.

## Banken droht ein Sturm

Frankfurt am Main – Der Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Luis de Guindos, hat die Banken der Euro-Zone aufgefordert, sich auf einen Sturm von Kreditausfällen infolge der Corona-Restriktionen einzustellen. Die Institute sollten ihre Puffer zur Abfederung von Verlusten dafür einsetzen, den durch eine Pleitewelle zu erwartenden massenhaften Ausfall von Krediten abzufangen. Gleichzeitig sollen die Häuser aber ihre Kreditvergabe an die Wirtschaft nicht zurückfahren. Dafür haben die Aufseher die Kapitalanforderungen, also die Standards für die finanzielle Stabilität der Geldinstitute, bereits gesenkt. So schlittern die Banken in einen Teufelskreis. Ihre Festigkeit wankt, dennoch werden sie von der Politik, auf deren Unterstützung sie seit der Finanzkrise angewiesen sind, zu riskanten Manövern gedrängt. H.H.

## KOMMENTARE

## Haltungsfragen

ERIK LOMMATZSCH

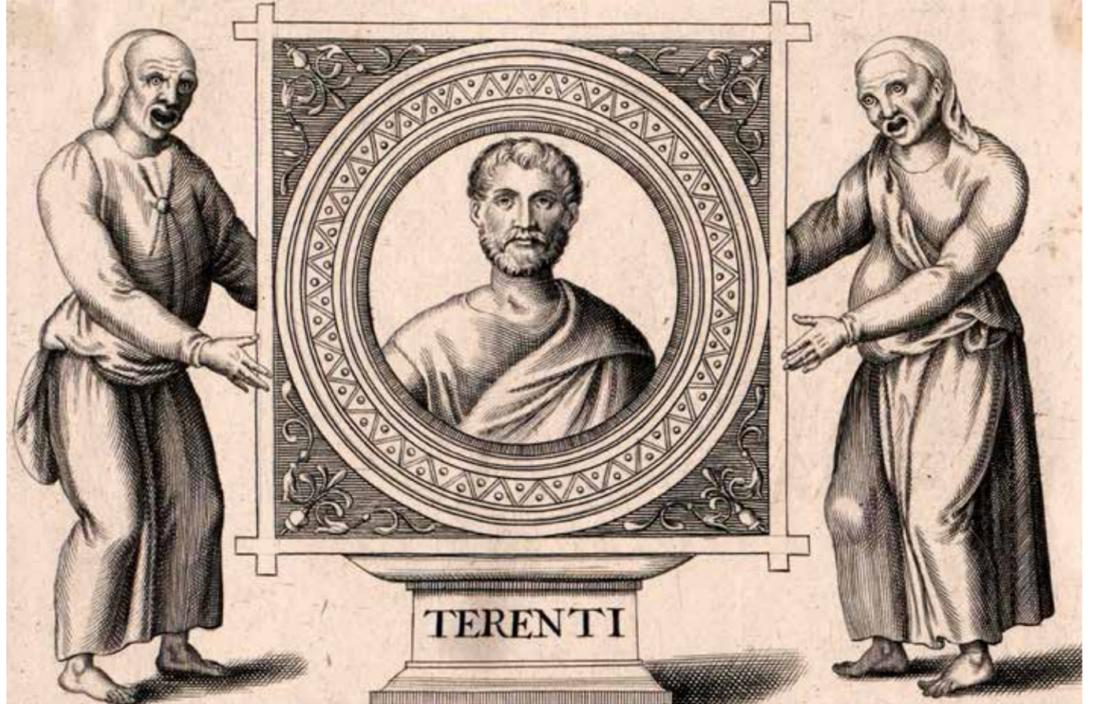
Unverschämte ist das. Der Verlag Hoffmann und Campe nimmt die Schriftstellerin Monika Maron nach ihrem Rauswurf bei S. Fischer in sein Programm auf, hält aber eine Rechtfertigung gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ („SZ“) nicht für nötig. Nicht einmal auf Nachfrage. „Erklärt euch“, fordert das meinungshoheitliche Presseorgan.

Zur Begründung fährt die „SZ“ das bekannte Kontaktschuldgeschütz in verschärftem Ton auf. „Gerne“ hätte sie erfahren, ob Hoffmann und Campe „keine Schwierigkeiten“ damit habe, dass Maron im Verlag der Loschwitzer Buchhändlerin Susanne Dagen veröffentlichte. Letztere stelle „Nähe“ mit dem „österreichischen Neonazi Martin Sellner“ und der „Zynikerin Ellen Kositzka aus Schnellroda“ in einer Internet-Literatursendung „zur Schau“. Dazu komme Dagens „Gefasel von der Lügenpresse und der Heimat“. Um den etwas wackeligen Zusammenhang mit Maron wieder herzustellen, unterstreicht die „SZ“, dass der „Trennungsgrund“ für S. Fischer das

„Zusammenwirken mit der Loschwitzer Bücherhöhle“ gewesen sei.

Aber nicht nur Hoffmann und Campe benimmt sich – zumindest aus Sicht der Münchner Kollegen – schäbig gegenüber der „SZ“. Zunehmend „trappistenklösterlich“ gäben sich Verlage bezüglich ihrer „umstrittenen Autoren“. So erweckte auch der „supervässrige Kommentar“ des Suhrkamp Verlags nach kritischen Äußerungen seines Autors Uwe Tellkamp im Jahr 2018 Missfallen. Die „SZ“ fragt nun, ob dessen angekündigter Roman „Lava“ überhaupt noch komme. Tellkamp sei die „nächste Personalie, um deren Schicksal gerätselt wird“.

Seitens der angesprochenen Verlage kann man nur reine Bösartigkeit vermuten, stören sie doch das klar strukturierte Freund-Feind-Weltbild der „SZ“, indem sie nicht ausdrücklich „Haltung“ zeigen. Der Berliner „Tagesspiegel“ gibt sich ähnlich irritiert. Und mit erhobenem Zeigefinger erklärt die „Welt“, Maron habe mit dem Neuanfang bei Hoffmann und Campe „die Gelegenheit, sich grundsätzlich zu den sogenannten Neuen Rechten zu positionieren“.



Ihm wird die mehr denn je gültige Erkenntnis zugeschrieben „Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht dasselbe!“. Der römische Komödiendichter Publius Terentius Afer, auf Deutsch Terenz

Foto: ÖNB

## KOLUMNE

## Wenn zwei das Gleiche tun

FLORIAN STUMPFALL

Im äußersten Nordosten Griechenlands bildet über fast 160 Kilometer der Fluss Mariza, den die Griechen „Evros“ nennen, die Grenze zur Türkei. Er führt nicht sehr viel Wasser, sodass er für zahllose illegale Zuwanderer nach Europa ein bewältigbares Hindernis darstellt. Wer auf der Ostroute nicht über die Ägäis in der EU anlandet, der nimmt den Weg über den Evros. Daher hat Griechenland damit begonnen, den Grenzzaun, der den Fluss schon teilweise säumt, nun auszubauen, „damit die griechischen Bürger sich sicher fühlen“, wie Regierungschef Kyriakos Mitsotakis betont. Und auch die EU ist voll des Lobes. Die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen bedankte sich bei den Griechen dafür, der „europäische Schild“ zu sein.

Szenenwechsel. Als im Jahre 2015 Bundeskanzlerin Angela Merkel die Asylkrise verursachte, war es allein der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, der den regellosen Zustrom wenigstens weitgehend dadurch eindämmte, dass er einen Zaun errichten ließ, der die Balkanroute so gut wie undurchlässig machte. Die Reaktion in Brüssel und den EU-Hauptstädten? Herbe Kritik, kein Wort vom „europäischen Schild“, sondern Vorwürfe aller Art, die bis heute anhalten und in der Behauptung kulminieren, Orbán verstoße mit seiner Politik nicht nur der Grenzsicherung, sondern ganz allgemein, gegen Menschenrechte und EU-Normen. Im antiken Rom sagte man: „Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht dasselbe!“ Auf Latein, selbstverständlich.

Der EU-Zorn wegen angeblicher Verstöße gegen Grundrechte und Vorgaben der EU trifft indes nicht nur Orbán, sondern mehrere Staaten im Osten der EU, an zweiter Stelle die Polen. Da das Miteinander innerhalb der EU nicht durch Dialog und Verständigung, sondern eher von Befehl und Gehorsam geprägt ist, kam man dieser Tage in Brüssel überein, dass einem Mitglied, das gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoße, EU-Gelder entzogen werden sollen.

## Lob für Griechenland

Das allerdings fordert zu einem Vergleich heraus, denn es ist billig zu fordern, dass der Ankläger in derselben Sache gegenüber dem Beklagten tadellos und ohne Schuld sei. Nehmen wir also, nachdem sich Berlin bei Vorwürfen der

genannten Art an Verbündete hervortut, die Lage in Deutschland.

Da aber erscheint das Verhältnis der Kanzlerin Merkel und im Gefolge ihrer Regierungen zum Recht doch sehr zweifelhaft. Allein mit der beliebigen Grenzöffnung verstieß sie gegen verschiedene Gesetze, so das Passgesetz, aber auch gegen das Grundgesetz. Der frühere Verfassungsrichter Udo di Fabio stellte in einem Rechtsgutachten für die bayerische Staatsregierung fest: „Der Bund ist aus verfassungsrechtlichen Gründen ... verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen,

Angriffskriegen Hilfestellung, wenn sie nicht sogar beteiligt ist, wie in Afghanistan.

## Ein neues Notstandsgesetz

Von ausnehmend gefährlicher Art aber ist das geplante „Infektionsschutzgesetz“, das unter dem harmlosen Titel alle Voraussetzungen für einen massiven Eingriff in die bürgerlichen Freiheiten möglich macht. Zwar unterscheidet es sich von anderen, meist per Dekret verfassten Regelungen der Merkel-Regierung dadurch, dass dieses Mal der Bundestag mit beteiligt werden soll, aber gerade dieser Anflug von Rechtsstaatlichkeit hat einen üblen Haken. Es bedeutet den Notstand auf Dauer. Ein Gesetz hat Bestand, und bei der angemessen vagen Formulierung seiner Voraussetzungen kann man darauf zurückgreifen, wann man will – in jeder Grippe-Saison, sozusagen.

Die Übertragungen hoheitlicher Rechte auf die EU stößt irgendwann an die Bestimmung des Grundgesetzartikels 20, der den Bestand des Staates garantieren soll und der mit dem Widerstandsrecht versehen ist. Denn wer einen EU-Staat errichtet, löst damit Deutschland auf.

Dies lenkt den Blick auf die rechtsstaatlichen Qualitäten der EU. Der Vertrag von Maastricht, der die Währung erhalten sollte? Vergessen. Täglich wird dagegen verstoßen. Das Verbot der gemeinsamen Haftung? Schon Geschichte. Die untersagte Aufnahme von gemeinsamen Schulden? De facto längst Wirklichkeit. Gerade im Zuge von Corona, das hochwillkommen erscheint, haben die gemeinsamen EU-Schulden schon lange die Billionengrenze überschritten.

Der unglaublichste Fall allerdings ist die Europäische Zentralbank. Ging es bislang – man möchte fast sagen „nur“ – um den Bruch einzelner Gesetze, so ist die EZB so gestaltet, dass ihre Führung und die Mitarbeiter überhaupt Immunität genießen und über dem Gesetz stehen. Das schließt nicht nur Haftungen aus, sondern gilt in allen juristischen Bereichen, einschließlich des Strafrechts. Einen Status wie diesen kennt man in der Geschichte nur aus totalitären Systemen.

Man sieht: Geht es um Rechtsstaatlichkeit, so haben weder Deutschland noch die EU Anlass, an anderen Ländern wohlfeile Kritik zu üben – Anlass nicht und auch kein Recht dazu.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

## Dogma offene Grenzen

NORMAN HANERT

Von Beschränkungen bei den persönlichen Kontakten bis hin zur Aussetzung der Freizügigkeit im eigenen Heimatland mussten die Bürger seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ganz massive Einschränkungen ihrer Grundrechte erdulden. Bei näherem Hinsehen fällt auf, dass sich die Bundes- und die Landesregierungen bislang in einem Punkt stark zurückgehalten haben: Bereits als sich zu Jahresanfang im chinesischen Wuhan das Coronavirus ausbreitete, galt die Schließung der deutschen Außengrenzen für Einreisende als unnötig.

Obwohl auch hierzulande die Infektionszahlen nun wieder gestiegen sind, bekräftigte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) unlängst: „Ja, die Grenzen werden offenbleiben.“ Gerade bei einem Außenminister könnte man vermuten, dass er über die Erfolge anderer Länder im Kampf gegen die Corona-Pandemie gut informiert ist. Beispielsweise registrierte Taiwan im April den letzten Corona-Fall – ohne Zwangs-

stillstand des öffentlichen Lebens, ohne Vollbremsung der Wirtschaft. Ein Baustein dieses Erfolges war die schnelle Verhängung von Einreisekontrollen. Als in Taiwan am 21. Januar erstmals eine Coronavirus-Infektion auftrat, verboten die taiwanesischen Behörden allen Flugreisenden aus Wuhan die Einreise.

Zum Vergleich: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sah damals noch keine großen Risiken für die Bevölkerung und erklärte, der Krankheitsverlauf beim Coronavirus sei milder als bei einer Grippe. Mit Blick auf Reisende aus der Volksrepublik China setzte Spahn auf das Austeilen mehrsprachiger Handzettel auf den Flughäfen und die Hoffnung, Passagiere mit Symptomen mögen sich „sehr zügig“ zu erkennen geben. Die Fehleinschätzungen der Bundesregierung setzten sich fort. So wies das Robert-Koch-Institut noch im August auf eine deutliche Zunahme der Corona-Fälle mit einem wahrscheinlichen Infektionsort im Ausland, etwa der Türkei und den Westbalkan-Ländern, hin.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

## KÖNIGSBERG

# Ende eines Monstrums

Gouverneur Anton Alichanow gab den geplanten Abriss des „Hauses der Räte“ bekannt

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Am Freitag vergangener Woche verkündete Anton Alichanow, Gouverneur der Oblast Kaliningrad, den Abriss des „Hauses der Räte“ im Herzen Königsbergs. Dabei hatte die Regionalregierung noch im vergangenen Jahr Pläne vorgelegt, die nie zu Ende gebaute, an der Stelle des Königsberger Schlosses errichtete Bauruine fertigstellen zu wollen. Anschließend sollten die Regional- und möglicherweise auch die Stadtregierung in das geräumige Gebäude einziehen. Das war bereits Ende der 1960er Jahre der Plan, als mit dem Bau begonnen wurde. Während der „Perestroika“, als die Bauarbeiten aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten eingestellt wurden, war das „Haus der Räte“ zu 90 Prozent fertig.

### Demontage bis aufs Fundament

Seit Jahrzehnten stehen in Königsberg sowohl das gescheiterte sowjetische Verwaltungsgebäude als auch das 1968 abgerissene Schloss permanent im Mittelpunkt verschiedener architektonischer Projekte und Konzepte. Mit dem Entschluss, das Rätehaus abreißen zu wollen, ist es nun an Gouverneur Alichanow zu erklären, wie er sich die Bebauung der historischen Mitte der Stadt vorstellt.

Doch bevor etwas Neues entstehen kann, muss der unvollendet gebliebene Regierungssitz zunächst fast vollständig demontiert werden, vermutlich einschließlich der Fundamente: „Wir gehen davon aus, dass unter dem neuen Komplex eine zweigeschossige Tiefgarage entstehen wird. Daher ist es durchaus möglich, dass auch das Fundament teilweise



Relikt aus Sowjetzeiten: Das „Haus der Räte“ wird abgerissen

Foto: pa

abgebaut wird.“ Die Demontage des Gebäudes wird voraussichtlich schon im Frühjahr 2021 beginnen.

Einige Spezialisten hegen indes Zweifel an der angeblichen Bauqualität des Gebäudes, mit welcher der Abriss begründet wird. Eine vor zwei Jahren durchgeführte Untersuchung hatte einen zufriedenstellenden Zustand des Hauses bescheinigt. Dann gab es eine erneute Untersuchung, die jedoch zu dem Schluss kam, dass sein Zustand ziemlich kritisch sei. Die Regierung des Königsberger Gebiets versichert, dass die Inspektion des „Hauses der Räte“ von erfahrenen Spezialisten des Bauforschungszentrums durchgeführt worden sei. Die Behörden weigern sich jedoch vorerst, den Untersuchungsbericht vorzulegen, da die Dokumentation ein integraler Bestandteil der Verhand-

lungen mit einem Investor sei, der sich mit dem Abriss des Riesenbaus und dem Bau eines neuen Gebäudes befassen wird.

Alichanow glaubt, dass der Abriss „ein ziemlich einfaches Verfahren“ sei. Viele Bauexperten sind dagegen der Meinung, dass vor der Demontage immense Vorarbeit zu leisten sei, um eine angemessene Sicherheit rund um die riesige Anlage zu gewährleisten. Die Demontage eines solchen Gebäudes sei fast so arbeitsintensiv wie sein Bau.

### Keine Chance für das Schloss?

Im Zusammenhang mit den Plänen, das „Haus der Sowjets“ aufzulösen, keimte die Hoffnung auf, dass nun endlich das Schloss wiederaufgebaut werde. Dem erteilte Alichanow allerdings eine schroffe Absage: „Dieses Thema ist für die Stadt

absolut tabu! Ich habe bereits gesagt, dass es hier niemals ein Schloss geben wird.“ Der Gouverneur hatte bereits 2017 erklärt, dass er die Idee, das Schloss in der einen oder anderen Form wiederherzustellen, nicht unterstütze. Damals gab er bekannt, das „Haus der Räte“ werde renoviert und modernisiert.

Es sei daran erinnert, dass im Oktober 2016 das Projektbüro „Herz der Stadt“ geschlossen wurde, das 2013 von der Regionalregierung eingerichtet worden war. Es war an der Entwicklung von Projekten zum Wiederaufbau des Schlosses und der Entwicklung des angrenzenden Territoriums in der Innenstadt beteiligt.

Im Jahr 2015 gewann Anton Sagal in einem Wettbewerb für die Entwicklung des Gebiets, auf dem das Königsberger Schloss stand, mit seinem Projekt, in der Nähe des „Hauses der Räte“ eine neue architektonische Struktur im Stil des Funktionalismus zu errichten. Gleichzeitig wollte er die Flügel des Schlosses teilweise nachbauen. Infolgedessen schien das moderne Gebäude das Schloss vor den Blicken der Passanten von der Seite des Moskauer Prospekts zu verbergen. Aber es wäre perfekt sichtbar von der Kreuzung Steindamm [Leninskij Prospekt] und Königstraße [uliza Schewtschenko].

Die Diskussionen und Pläne rund um das „Haus der Räte“ haben bereits so viele ungewöhnliche Wendungen genommen, dass das neue Jahr durchaus neue Überraschungen bringen könnte. In der Zwischenzeit freut sich Gouverneur Alichanow, dass Mauerreste nach dem Abriss des „Hauses der Räte“ Stück für Stück als Souvenir verkauft werden sollen. Und es ist durchaus möglich, dass die Fragmente so beliebt und gefragt sein könnten wie die Überreste der Berliner Mauer.

## Die historische Mitte der Stadt

Wo heute das Kaliningrader „Haus der Räte“ steht, stand einst das Königsberger Schloss

Im Jahre 1255 zog der Deutsche Orden unter Führung des böhmischen Königs Ottokar II. zur Unterwerfung des preußischen Samlands Richtung Nordosten. An der Stelle der eroberten Feste Tuwangste wurde eine neue Burg gegründet, die zu Ehren des Böhmen den Namen „Königsberg“ erhielt. Schnell richtete der Orden diese zum Mittelpunkt des noch zu erobernden Preußen ein. Als Sitz des Obersten Marschalls, des Heerführers des Ordens, erfolgte bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts ihr Ausbau zu einer der elegantesten spätgotischen Anlagen Nordosteuropas, in der sich Fürsten und Ritter ganz Europas zu Kriegszügen ins noch heidnische Litauen trafen.

Mit dem Verlust der Marienburg 1457 an Polen und der Übersiedlung des Hochmeisters nach Königsberg wurde die Stadt zur Kapitale des dem Orden verbliebenen Staates. Einen erneuten geistig-kulturellen Aufstieg erlebte sie unter dem fränkischen Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Dieser konnte 1525 sein geschwächtes Land nach Gesprächen mit Martin Luther und mit Einverständnis des polnischen Königs in ein Herzogtum umwandeln. Preußen wurde der erste protestantische Staat. Die mittelalterliche Burg ließ der nun zum Herzog avancierte Albrecht unter Heranziehung vor allem süddeutscher Künstler im Stil der Frührenaissance

umgestalten, mit eleganten Balkendecken, Sgraffitofassaden und einer reichen Ausstattung. Herzog Georg Friedrich ließ Ende des 16. Jahrhunderts den neuen Westflügel mit der Schlosskirche und dem riesigen Moskowitersaal errichten.

### Residenzschloss der Hohenzollern

1618 kam es durch Erbfall zur Personalunion Brandenburg-Preußens. Die brandenburgischen Kurfürsten hielten sich stets auch in ihrem östlichen, nicht vom Dreißigjährigen Krieg berührten Land auf. Königsberg erlebte eine neue Blüte. Vor allem der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm wandte sich der Neuausstattung zu, nunmehr im Stil eines frühen Barocks – noch vor seiner Bautätigkeit in und um Berlin.

Als der Kurfürst die polnische Lehnsheer über das Herzogtum abschüttelte, schuf er die Grundlagen für den Erwerb der Königswürde durch seinen Sohn Friedrich III./I. Dessen Selbstkrönung am 18. Januar 1701 in Königsberg war einer der hohen Tage der Geschichte jenes Staates, der nunmehr den Namen seines östlichen Landes annahm: Preußen.

Der König entschloss sich – wie in Berlin – zum Umbau des Königsberger Schlosses. Teile des Ostflügels wurden abgebrochen und mit den Arbeiten zu einem großen Barockflügel begonnen. Doch die wirt-

schaftliche Lage verhinderte, dass nach des Königs Tod 1713 unter seinem sparsamen Sohn Friedrich Wilhelm I. weitergebaut wurde. Im 18. Jahrhundert erlebte das Schloss seinen Niedergang. Verwahrlosung sorgte für den Verlust nahezu der gesamten älteren Ausstattung. Die Könige lebten bei ihren seltenen Reisen zumeist in einem Adelpalais. Allein während des Siebenjährigen Krieges wurden Räume unter der russischen Besatzung als Sitz des Gouverneurs verschönert.



Wahrzeichen der ostpreußischen Hauptstadt: Das Königsberger Schloss um 1930

FOTO: BILDARCHIV OSTPREUSSEN

## CELAN-JUBILÄUM

# Der Ein-Gedicht-Autor

Ein Corona-Leugner war Paul Celan nicht. Immerhin hat er ein „Corona“-Gedicht geschrieben, das sogar schon 1948 erschienen ist. Freilich hat es nichts mit einer bekannten Seuche zu tun, sondern eher – aber das wird in dem kryptisch formulierten Gedicht nicht ganz klar – mit dem heißen Sonnenkranz der Liebe oder dem im Text unerwähnten Namen einer Geliebten.

Bemerkenswert ist vielmehr, dass dieses Gedicht in derselben Sammlung erschienen ist wie Celans Opus Magnum „Todesfuge“ mit den folgenreichen Worten: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.“ Dieses eine Holocaust-Gedicht, das unter dem Eindruck des Todes seiner Eltern 1942 in einem Arbeitslager in der Ukraine entstanden war, hat Celan zum bedeutendsten deutschsprachigen Nachkriegslyriker werden lassen. Den Rest seiner 1000 Gedichte – nachzulesen in der neuen kommentierten Taschenbuchausgabe „Paul Celan. Die Gedichte“ (Suhrkamp, 1262 Seiten, 34 Euro) – hätte er sich sparen können. Keines davon wurde ein vergleichbarer Hit.

Die „Todesfuge“ aber, über die jetzt von Thomas Sparr sogar die „Biographie eines Gedichts“ erschienen ist (DVA, 336 Seiten, 22 Euro), hat es sogar in den Bundestag geschafft: 1988 trug es dort die Schauspielerin Ida Ehre anlässlich 50. Jahrestags der „Reichskristallnacht“ von 1938 vor. Leider wurde ihr die Schau von Philipp Jenninger gestohlen, der wegen seiner damals im Anschluss verunglückten Rede als Bundestagspräsident zum Rücktritt gezwungen war.

Dass die „Todesfuge“ so populär wurde, dass sie – wie es Celan ausdrückte – ein „nachgerade schon lesebuchreif gedroschenes“ Gedicht wurde, hatte zwei Gründe: Zum einen stand sie in den 50er Jahren im Mittelpunkt einer durch Theodor Adornos Diktum „nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch“ ausgelösten Debatte um die Rolle der Literatur nach 1945. Zum anderen musste sich Celan andauernd öffentlich ausgeprägter Plagiatsvorwürfe erwehren, vor allem durch die Frau des 1950 verstorbenen französischen Dichters Ivan Goll. Außerdem erfand schon Rose Ausländer 1925 die in der „Todesfuge“ markante Metapher von der „schwarzen Milch (der Frühe)“, und selbst das Bild vom Tod, „der ein deutscher Meister war“, entstand schon 1944 in einem Gedicht von Celans Jugendfreund Immanuel Weissglas.

Beide stammten aus der deutschsprachigen jüdischen Gemeinde von Czernowitz, das einst zum östlichen Zipfel des Habsburgerreiches gehörte. Dort wurde Celan, ein Anagramm seines rumänisierten Namens Ancel – eigentlich hieß er Paul Antschel –, vor 100 Jahren, am 23. November 1920, geboren. Und vor 50 Jahren, im April 1970, starb er in Paris durch Suizid in der Seine. Daraus strickt man heute die Legende, dass er den Holocaust zwar physisch, aber nicht geistig überlebt habe. Immerhin wird seine „Todesfuge“ lange überleben, sein „Corona“ eher nicht.

Harald Tews

Wulf D. Wagner

● **Der Autor** ist Verfasser des Werks „Das Königsberger Schloss. Eine Bau- und Kulturgeschichte“ (Schnell & Steiner)

● **Neue Bücher** Theo Buck, „Paul Celan. Die Biographie“, Böhlau, 254 Seiten, 35 Euro; Wolfgang Emmerich, „Nah Fremde. Paul Celan und die Deutschen“, Wallstein, 400 Seiten, 26 Euro

YUKIO MISHIMA

## Putschversuch und Selbstmord eines Künstlers

Am 25. November 1970 überfiel Yukio Mishima mit vier weiteren Männern der von ihm initiierten paramilitärischen Einheit „Tatenokai“ (Schildgesellschaft) das Hauptquartier der japanischen Streitkräfte in Tokio. Er galt zu seiner Zeit als bekanntester Schriftsteller des Landes, erreichte international hohe Auflagen und war Anwärter



Vor 50 Jahren auf dem Balkon der Kommandantur: Yukio Mishima

auf den Nobelpreis. Vom Balkon der Kommandantur forderte Mishima die Armee zum Putsch auf. Ziel war die Restauration des alten Japan, mit dem Tenno als göttlichem Kaiser. Resonanz blieb aus. Mishima und seine Leute zogen sich in das Gebäude zurück, er und sein Mitstreiter Hissho Morita begingen Seppuku, den rituellen Selbstmord durch Bauchaufschlitzen.

Der Japan-Kenner Donald Keene, ein enger Freund, urteilte: „Mishimas Kaiserkult war jedoch keineswegs naiver Fanatismus, sondern ein Ausdruck seines ‚aktiven Nihilismus‘, der Glaube an ein Ideal, das hoch über der Wirklichkeit steht.“

1925 in Tokio geboren, hatte Mishima frühzeitig seine Stellung im Finanzministerium aufgegeben, um sich dem Schreiben zu widmen. Der erste große Erfolg war 1949 der Roman „Geständnis einer Maske“, hochgelobt von der Kritik und zugleich ein Skandal. Homosexualität und Sadomasochismus waren immer wieder Themen des äußerst produktiven Schriftstellers, der unter anderem auch als Schauspieler wirkte.

Der Linie der japanischen Ästhetik folgend, ging Mishima davon aus, dass jede Schönheit vergänglich sein müsse. Er war überzeugt, dass das Alter „unendlich hässlich“ sei. Als Anhänger der Samurai-Idee äußerte er: „Das Ziel meines Lebens war es, all die verschiedenen Eigenschaften eines Kriegers zu erwerben.“ Seiner ursprünglich schwächlichen Konstitution begegnete er durch intensives Training. So betrieb er etwa Boxen und Kendo, die alte Schwertkunst, die auch auf geistige Schulung setzt.

Mishima versuchte, sich gegen das Verschwinden der Traditionen und die Verwestlichung seiner Heimat nach dem Zweiten Weltkrieg zu stemmen. Das gipfelte schließlich in dem Putschversuch. Vieles spricht dafür, dass es ihm weniger um dessen Erfolg an sich ging, als vielmehr um ein Lebensende nach seinen Vorstellungen. Das abschließende Manuskript seiner großen Tetralogie „Das Meer der Fruchtbarkeit“ hatte er unmittelbar vor der Tat, also ebenfalls am 25. November 1970, an den Verlag geschickt.

Erik Lommatzsch

INTERNATIONALER MILITÄRGERICHTSHOF

# Churchill und Stalin wollten kurzen Prozess machen – ohne einen Prozess

Erst nach langer Diskussion kam die Führung der Nationalsozialisten vor 75 Jahren auf die Anklagebank

VON KLAUS J. GROTH

Vor 75 Jahren setzten die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die Hauptverantwortlichen des NS-Regimes, soweit sie derer habhaft werden konnten, auf die Anklagebank. Seither gehören die Nürnberger Prozesse, die am 20. November 1945 begannen, zu den festen Wegmarken deutscher Geschichte. „Nürnberg aber musste erst geschaffen werden“, schrieb der stellvertretende US-amerikanische Chefankläger Robert Kempner in seinen Lebenserinnerungen. Es war keineswegs selbstverständlich, dass der NS-Führung der Prozess gemacht werden würde. Es gab andere Vorschläge.

Mit zunehmenden Kriegserfolgen diskutierten die Alliierten Pläne, nach denen nicht nur die Führungsriege des Gegners zu bestrafen sei, sondern große Teile der Bevölkerung ebenfalls. Zehn Millionen Deutsche sollten zu Zwangsarbeit in die Sowjetunion und nach Frankreich deportiert werden.

### Zwangsarbeit für zehn Millionen

Der Morgenthau-Plan, der zum Ende des Krieges bereits wieder verworfen war, gehörte ebenfalls zu den Vorüberlegungen. Neben der Bestrafung von Kriegsverbrechen sah der radikalökologische Plan ein grünes Land ohne Autos und schädlichen Kunstdünger vor, eine Zukunftsperspektive, die gegenwärtig neue Freunde findet. Der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill, die dem Plan anfänglich zugestimmt hatten, distanzieren sich davon bereits vor dem Ende des Krieges.

Von der in dem Plan angedrohten Bestrafung der Träger des NS-Regimes

„Gewöhnlich sagt man: Da gab’s den Nürnberger Prozess. Nürnberg aber musste erst geschaffen werden“

Robert Kempner  
„Ankläger einer Epoche.  
Lebenserinnerungen“

distanzierten sie sich nicht. Noch im März 1945 vertrat Churchill den Standpunkt, es solle keine Prozesse geben. Stattdessen sollten die schlimmsten Nationalsozialisten durch Hinrichtungskommandos erschossen werden, das sei auch früher bei Kriegsverbrechen so üblich gewesen. Der Verbündete in Moskau, Josef Stalin, gab das Quantum vor: 50.000 Hauptkriegsverbrecher seien innerhalb weniger Wochen hinzurichten, ohne lange Debatte. Es genüge, wenn sie eine Funktion hatten und auf einer Liste der Kriegsverbrecher stünden. Churchill und Stalin wollten kurzen Prozess machen, indem sie einen Prozess verweigerten.

### 50.000 sofortige Hinrichtungen

In den Vereinigten Staaten beurteilte man die Lage anders. Der frühere Generalstaatsanwalt und damalige Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, Robert H. Jackson, wurde beauftragt, einen Gerichtshof der Alliierten vorzubereiten. Jackson schwebte ein New Deal für Deutschland vor, die Karren sollten neu gemischt werden, vor allem in der Volkserziehung und bei den Staatsbeamten. Als Verfechter dieser Linie argumentierte Kempner, es habe keinen Effekt, wenn nach einem Krieg mit 50 Millionen Toten noch einmal 50.000 Menschen verschwänden. Die von Churchill vorgeschlagenen Hinrichtungspelotons entsprächen den mörderischen Methoden der Gestapo. Es war reichlich Überzeugungsarbeit zu leisten, ehe sich Sowjets und Briten im August 1945 zur Einsetzung eines Militärgerichtshofes bereit erklärten.

Das Londoner Viermächteabkommen vom 8. August 1945 bildete die Grundlage für die Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher. Der Internatio-

nale Militärgerichtshof sollte Personen aburteilen, die einzeln oder als Mitglieder einer Organisation Verbrechen begangen hätten. Dazu zählten: Verbrechen gegen den Frieden (Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge); Kriegsverbrechen (Verletzung der Kriegsgesetze oder -gebräuche, Mord, Misshandlungen, Deportation zur Sklavenarbeit, Misshandlungen von Kriegsgefangenen, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten oder Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung); Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Mord, Ausrottung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen).

Das Material für die Anklagen hatte die War Crimes Commission (Kriegsverbrechenskommission) mit Sitz in London seit 1943 zusammengetragen. Daran beteiligt waren die Alliierten mit Ausnahme der Sowjetunion. Engländer, Polen, Tschechen und Ungarn hatten die Punkte zusammengestellt. Problematischer war es, die Taten Personen zuzuordnen. Adolf Hitler, Heinrich Himmler und Hermann Göring standen als erste auf der Liste. Tatsächlich angeklagt wurden in Nürnberg Göring, Rudolf Heß, Joachim von Ribbentrop, Robert Ley, Wilhelm Keitel, Ernst Kaltenbrunner, Alfred Rosenberg, Hans Frank, Wilhelm Frick, Julius Streicher, Walter Funk, Hjalmar Schacht, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Karl Dönitz, Erich Raeder, Baldur von Schirach, Fritz Sauckel, Alfred Jodl, Franz von Papen, Arthur Seyß-Inquart, Albert Speer, Constantin von Neurath, Hans Fritzsche und in Abwesenheit Martin Bormann.

Unter den Anklägern in Nürnberg fand ein regelrechter Wettbewerb statt, wer gegen wen klagen durfte. Dass dem Chefankläger der USA, Jackson, Göring überlassen werden musste, galt als ausgemacht. Jacksons Stellvertreter Kempner wählte den weniger bekannten Innenminister Frick, denn „der hat mich ausgebürgert ... er hat die nutzlosen Esser getötet“.

Der Gerichtspsychologe Gustave M. Gilbert betreute während des Nürnberger Prozesses die Gefangenen. Er forderte sie auf, die persönliche Anklageschrift zu kommentieren. Eine Auswahl: Göring: „Der Sieger wird immer der Richter und der Besiegte stets der Angeklagte sein“; von Ribbentrop: „Die Anklage ist gegen die falschen Personen gerichtet“; Rosenberg: „Die antisemitische Bewegung war nur eine Schutzmaßnahme“; Frank: „Ich betrachte diesen Prozess als ein gottgewolltes Weltgericht, das bestimmt ist, die schreckliche Leidenszeit unter Adolf Hitler zu untersuchen und zu beenden“; Keitel: „Für einen Soldaten sind Befehle Befehle!“, Streicher: „Dieser Prozess ist ein Triumph des Weltjudentums“; von Schirach: „Das ganze Unglück kam von der Rassenpolitik“; Speer: „Eine Mitverantwortlichkeit für solch grauenvolle Verbrechen gibt es sogar in einem autoritären Staat.“

Der Prozess wurde bis zum 1. Oktober 1946 geführt. Zwölf der 24 Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, sieben erhielten Freiheitsstrafen, drei wurden freigesprochen, und zwei Verfahren wurden eingestellt.



Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess: Richterbank

Foto: U.S. federal government

## VERLETZUNGEN DES KRIEGS- UND DES VÖLKERRECHTS

# Wenn Deutschland nicht die Weltkriege verloren hätte

Aufgrund des Ausgangs der beiden Waffengänge ist der Arbeit von Preußens Militäruntersuchungsstelle und der Wehrmacht-Untersuchungsstelle unangemessen wenig Beachtung geschenkt worden



Standort des noch existierende Aktenmaterials der Untersuchungsstellen: Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg im Breisgau

VON WOLFGANG KAUFMANN

Durch die Kapitulation der Wehrmacht und die Besetzung des Territoriums des Deutschen Reiches waren Deutschlands alliierte Kriegsgegner vor 75 Jahren noch sehr viel stärker als nach dem Ersten Weltkrieg in der Lage, Siegerjustiz zu üben und die Geschichte zu schreiben – so beispielsweise mit Hilfe der Nürnberger Prozesse. Seitdem werden fast nur noch die von Deutschen begangenen Kriegsverbrechen thematisiert.

Dabei gab es durchaus auch alliierte Verbrechen. Sowohl im Ersten Weltkrieg als auch im Zweiten existierten extra Einrichtungen, die sich deren Untersuchung widmeten: Preußens Militäruntersuchungsstelle für Verletzungen des Kriegsrechts (MUST) im Ersten Weltkrieg und die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts (WUST) im Zweiten Weltkrieg. Wenn das Deutsche Reich nicht die beiden Weltkriege verloren hätte, wüsste die Öffentlichkeit sicherlich mehr über die Arbeit dieser beiden Dienststellen.

## Prozesse gegen 400 Personen

Mit der verbindlichen Kodifizierung des Kriegsvölkerrechts auf den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 sowie in den Genfer Konventionen erhielten die Militärjuristen die Möglichkeit, das Verhalten des Gegners sowie auch der eigenen Truppe auf seine Rechtmäßigkeit hin zu beurteilen. Dies führte nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs zur Einsetzung von entsprechenden Untersuchungskommissionen – zunächst auf belgischer, französischer und britischer Seite und dann im preußischen Kriegsministerium. Dort entstand am 19. Oktober 1914 die Militäruntersuchungsstelle für Verletzungen des Kriegsrechts. Diese hatte zur Aufgabe, „Verletzungen der Gesetze und des Völkerrechts – Kriegsgebrauchs – festzustellen, deren sich feindliche Militär- und Zivilpersonen gegen die preußischen Truppen schuldig gemacht haben, sowie Aufklärung zu schaffen über Anschuldigungen dieser Art, die gegen Angehörige des preußischen Heeres von feindlicher Seite erhoben werden“.

Dazu befragte die MUST alle vorhandenen Zeugen unter Eid und legte dann Ermittlungsakten an, die nach einem Sieg die Grundlage für Prozesse gegen mehr als 400 Personen gewesen wären. Außerdem diente das gesammelte Material als Datenbasis für formelle Protestnoten an die Adresse der feindlichen Mächte oder des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Untersucht wurden unter anderem das Vorgehen deutscher Soldaten anlässlich des Auftretens von bewaffneten Zivilisten beziehungsweise Heckenschützen in der belgischen Stadt Löwen im August 1914, französische Grausamkeiten gegenüber preußischen und anderen deutschen Verwundeten oder Gefangenen sowie Kriegsrechtsverstöße durch die Briten zur See. Zu letzteren zählte beispielsweise die Ermordung der Überlebenden des versenkten deutschen U-Bootes U 27 durch die Besatzung des Dampfers „Baralong“ am 19. August 1915.

Die MUST existierte bis Ende 1919, dann diente ihr Aktenbestand noch als Quelle für die umfangreiche Publikation „Völkerrecht im Weltkrieg“, die 1927 veröffentlicht und von einer Untersuchungskommission des Deutschen Reichstages zusammengestellt worden war. Anschließend ging das Material an das Heeresarchiv in Potsdam.

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kam es sofort zu zahlreichen Übergriffen polnischer Militärangehöriger und Zivilisten auf die volksdeutsche Minderheit oder gefangene und verwundete deutsche Soldaten. Daraufhin initiierten einige Mitarbeiter der Wehrmacht-Rechtsabteilung um deren Chef Rudolf Lehmann die Gründung der Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts (WUST), die fast wortwörtlich den gleichen Auftrag erhielt wie seinerzeit die preußische MUST. Darüber hinaus gab es auch eine personelle Kontinuität, denn an der Spitze der WUST stand der Berliner Notar und Oberkriegsgerichtsrat Johannes Goldsche, der bis zur Auflösung der MUST als Stellvertreter des Leiters dieser Untersuchungsstelle fungiert hatte.

Die WUST entstand am 4. September 1939 auf Befehl des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Wilhelm Keitel. Zur Erleichterung ihrer Tätigkeit erließ der Reichsjustizminister Franz Gürtner am 10. Oktober 1939 eine Allgemeinverfügung, die sämtliche zivilen Justizbehörden zur Mitwirkung an den Ermittlungen der WUST verpflichtete. Die Untersuchungsstelle war der Gruppe 3 (Völkerrecht) der Wehrmacht-Rechtsabteilung unterstellt. Zu ihren ständigen Mitarbeitern gehörten Feldkriegsgerichtsrat Martin Heinemann, Oberkriegsgerichtsrat Hermann Huvendick und Kriegsgerichtsrat Lothar Schöne.

Diese Militärjuristen leiteten nicht nur die Ermittlungen zu den polnischen Kriegsverbrechen vom September 1939, sondern auch in vielen weiteren Fällen von Kriegsrechtsverletzungen. Dazu zählten zum einen Übergriffe von Wehr-

Wie viel brisantes und den Westen oder die Sowjetunion belastendes Material vorher für immer in den Tresoren der Amerikaner verschwand, bevor sie die von ihnen beschlagnahmten deutschen Unterlagen 1968 an die Deutschen zurückgaben, wissen nur die Archivare im Dienste des US-Militärs

macht-Angehörigen gegenüber Zivilisten in der Kampfzone oder den besetzten Gebieten, zum anderem die sehr viel häufiger verzeichneten Verstöße westallierter und sowjetischer Militärs. Darunter beispielsweise die Erschießung von rund 180 deutschen Kriegsgefangenen bei Bronki in der Ukraine am 1. Juli 1941, die bestialische Tötung von etwa 160 deutschen Verwundeten im Lazarett von Feodosia auf der Krim im Januar 1942 sowie auch die sowjetischen Massaker an polnischen Offizieren in Katyn und die Ermordung schiffbrüchiger Angehöriger der deutschen Kriegsmarine durch britische Seeleute während der Schlacht um Narvik und der Kampfhandlungen im östlichen Mittelmeer. Nicht zu vergessen die Versenkung des deutschen Lazarettschiffs „Tübingen“ im November 1944 seitens zweier britischer Jagdbomber.

Viele der Akten der MUST und WUST, die im Heeresarchiv von Potsdam lagerten, wurden in der sogenannten Nacht von Potsdam, den verheerenden Luftangriffen der Royal Air Force in der Nacht vom 14. zum 15. April 1945, vernichtet. Vom Bestand der MUST überdauerten lediglich elf Bände, während von den Unterlagen über die rund 8000 Ermittlungsfälle der WUST etwa die Hälfte verbrannte. Deshalb lassen sich die Kriegsverbrechen der Anti-Hitler-Koalition heute besser dokumentieren als die Übergriffe der Entente während des Ersten Weltkriegs. Das noch existierende Aktenmaterial der WUST lagert inzwischen ebenso wie das der MUST im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg im Breisgau und umfasst alles in allem 226 Bände, die fünfeinhalb Regalmeter einnehmen.

## Einsichtnahme erst ab 1965

Dass Forscher diese Unterlagen inzwischen auswerten können, um Kriegsrechtsverletzungen anhand von zeitgenössischen Originalquellen zu rekonstruieren, ist keine Selbstverständlichkeit. Denn sämtliche Akten, die nicht in Potsdam verbrannten oder zeitgleich im Ausweichquartier der WUST im thüringischen Langensalza in Flammen aufgingen, wurden von US-Truppen beschlagnahmt und zwei Jahrzehnte unter Verschluss gestellt.

Eine Einsichtnahme war erst ab 1965 möglich, und 1968 kehrte der Restbestand der WUST und MUST dann wieder nach Deutschland zurück. Wie viel brisantes und den Westen oder die Sowjetunion belastendes Material vorher für immer in den Tresoren der Amerikaner verschwand, wissen indes nur die Archivare im Dienste des US-Militärs.

## BLUTSONNTAG

# Doppelte Niederlage Londons

Vor 100 Jahren, am sogenannten Blutsonntag (Bloody Sunday), verlor Großbritannien einen Großteil sowohl seines Agentennetzes in Irland als auch seiner Glaubwürdigkeit. Im Zuge des Irischen Unabhängigkeitskrieges von 1919 bis 1921 ging die im Untergrund agierende Irische Republikanische Armee (IRA) am Morgen des 21. November 1920 an verschiedenen Stellen Dublins gegen britische Agenten vor. Bei der konzertierten IRA-Aktion wurden 16 Gegner getötet und fünf verletzt.

Die britische Seite sann auf Rache. Am Nachmittag jenes Sonntags fand im Dubliner Stadtteil Drumcondra im Stadion Croke Park ein Spiel des Gaelic-Football-Teams aus Dublin gegen die Mannschaft aus der Grafschaft Tipperary statt. Ungefähr 5000 Menschen wollten sich das Match ansehen und füllten das Stadion. Nachdem das Spiel um 15.15 Uhr nach halbstündiger Verspätung begonnen hatte, stürmten britische Soldaten vom Norden und britische Polizisten vom Süden, unterstützt von Hilfstruppen, den sogenannten Auxiliaries und Black and Tans, das Stadion. Ihr Auftrag war es eigentlich, sich um das Spielfeld zu positionieren, die Ausgänge unter ihre Kontrolle zu bringen und die Anwesenden nach Waffen zu durchsuchen.

Um 15.25 Uhr begannen die Briten jedoch, auf die Iren zu schießen. Sieben von diesen wurden sofort erschossen. Fünf erlagen später ihren Schussverletzungen. Zwei wurden von der panisch zurückweichenden Menge zertrampelt. 65 wurden verletzt. Unter den Opfern waren auch zwei Spieler. Michael Hogan wurde erschossen, Jim Egan angeschossen. Die Briten hatten keine Opfer zu beklagen. Nach dem Massaker durchsuchten sie die Überlebenden nach Waffen und ließen



Erinnerung an den Blutsonntag im Stadion Croke Park Foto: Pytheas84

sie dann ziehen. Einen weggeworfenen Revolver fanden die Briten.

Das Massaker, dem unterschiedlos neben Männern auch Frauen und Kinder zum Opfer fielen, schadete dem Image der Briten nicht nur in Irland nachhaltig. Ungeachtet der doch recht anderen Größenordnung wurden Parallelen zum Massaker von Amritsar in Indien gezogen, in dem britische Soldaten ein Jahr zuvor ebenfalls wehrlose Zivilisten eines von ihnen besetzten Landes wahllos niedergeschossen hatten (siehe PAZ vom 12. April 2019).

Zu jenem Blutsonntag gehört schließlich auch noch, dass an dessen Abend zwei an der Planung der Aktion vom Morgen beteiligte IRA-Mitglieder samt einem unbeteiligten Freund verhaftet und nach Dublin Castle, dem Sitz der britischen Verwaltung in Irland, gebracht wurden. Dort wurden sie angeblich auf der Flucht erschossen. Ihre Leichen wiesen Folterspuren auf. Manuel Ruoff

VON ROBERT MÜHLBAUER

Ketzer landen auf dem Scheiterhaufen – heute wieder. Wer politisch korrekten Meinungs-vorgaben widerspricht, der kann in Großbritannien seinen Arbeitsplatz verlieren, beklagt der bekannte englische Journalist Toby Young. Mehrere Fälle von Dozenten und Studenten sind dokumentiert, die aus ihrer Hochschule geschmissen wurden, etwa weil sie der Behauptung widersprochen hatten, dass ihre Uni oder die Polizei oder eine andere Institution „institutionell rassistisch“ sei.

Ausgerechnet in Großbritannien, dem Land, das eine lange und große Tradition der Redefreiheit hat, verengen sich die Spielräume zunehmend, beklagt Young, der als leitender Redakteur beim „Spectator“-Magazin arbeitet. Er kann eine ganze Liste von „Meinungsketzern“ aufzählen, die – im übertragenen Sinne – auf dem Scheiterhaufen der neuen „Cancel Culture“ verbrannt wurden. Im Frühjahr hat Young deshalb eine Organisation gegründet, die in Britannien einige Aufmerksamkeit erregt: die „Free Speech Union“ – eine Organisation für die Rede- und Meinungsfreiheit.

Die „Free Speech Union“ (FSU) soll all jenen helfen, die an der Ausübung ihres verfassungsmäßigen Rechts auf freie Meinungsäußerung gehindert werden, die „von digitalen Mobs“ angegriffen werden, deren Vorträge an einer Uni abgesagt wurden, die Sanktionen im Beruf erlitten oder sogar ihren Job verloren haben. Im Führungsgremium der FSU sitzen Hochschullehrer wie Nigel Biggar, Moralthologe an der Universität Oxford, im Beirat sind Juristen, Politik- und Geschichtswissenschaftler sowie einige prominente Journalisten vertreten. Es sind keineswegs nur „weiße alte Männer“, auch die schwarze Journalistin Inaya Polarin Iman oder die feministische Philosophin Kathleen Stock machen mit.

#### Meinung zu „Hass“ erklärt

Sie alle eint die Sorge, dass die Meinungsfreiheit zu einem hohlen Prinzip verkommt, wenn die praktische Ausübung an immer engere Grenzen stößt. „Die Bedrohungen der Redefreiheit sind keine Einbildung“, schrieb Biggar zur Gründung der FSU. „Eine (Bedrohung) ist die Verwechslung von Kritik mit Hass.“ Auch in Deutschland hört man immer häufiger die Parole „Hass ist keine Meinung“ – und folglich dürfe man diese oder jene Ansicht gar nicht mehr äußern.

Die FSU hat schon nach einem halben Jahr 5600 Mitglieder gewonnen, bald sollen es 10.000 sein, sagt Young. Sie zahlen eine monatliche Gebühr und erhalten im Gegenzug publizistischen oder juristischen Beistand versprochen für den Fall, dass sie Opfer von Kampagnen werden oder berufliche Nachteile erleiden. „Während der ‚Black Lives Matter‘-Kampagne



„Verteidigt die freie Rede“: Demonstrant an der legendären „Speakers Corner“ im Londoner Hyde Park

Foto: imago images/ZUMA Press

#### DEBATTENKULTUR

## Mutmacher für die Meinungsfreiheit

Die britische „Union für Redefreiheit“ kämpft gegen Einschränkungen der freien Rede durch die „Political Correctness“ – Interesse auch in den USA und Deutschland

ist die Situation schlimmer geworden, die Aktivisten meinen, sie hätten die Lizenz, Andersdenkende rauszukicken“, sagt Young. Er zählt einige Fälle auf, in denen die FSU tätig wurde und Erfolg hatte.

Beispielsweise hat sie einen Radiomoderator namens Stuart „Stu“ Peters verteidigt, der entlassen werden sollte, weil er „All Lives Matter“ (Alle Leben zählen, nicht nur „Black Lives“) geschrieben hatte. Die FSU setzte sich für ihn ein, und er wurde von einer Kommission freigesprochen. Erfolgreich war auch eine Online-Petition für den Chef eines Wohltätigkeitsvereins, der wegen milder Kritik an der „Black Lives Matter“-Kampagne vor die Tür gesetzt werden sollte. Die FSU schrieb auch eine Beschwerde an das Exeter College der Uni Oxford, nachdem die feministische Professorin Selina Todd kurz vor ihrem Vortrag eingeladen worden war, weil sie sich kritisch zu manchen Aspekten der Transgender-Bewegung äußert. Inzwischen komme jede Woche eine Handvoll Fälle und Anfragen dazu, erzählt der FSU-Gründer.

Gewisse Hoffnung setzt Young in die Regierung von Boris Johnson. Die konser-

vative Tory Party hat im Wahlprogramm 2019 versprochen, dass sie sich für die Redefreiheit an Universitäten einsetzen werde. Es könnte ein neues Gesetz verabschiedet werden, das die Hochschulen nochmals verpflichtet, die Meinungsfreiheit zu achten.

Doch was helfen Gesetze, wenn sie in der Praxis ignoriert werden? „Es gibt schon jede Menge Gesetze, die theoretisch die Meinungsfreiheit garantieren, aber sie werden oft nicht angewandt“, klagt Young. In Streitfällen argumentieren Universitäten häufig, dass eine kontroverse Äußerung, etwa pointierte Kritik an der „Black Lives Matter“-Bewegung, gegen die Diversitäts- oder Inklusionsgrundsätze verstoße. Wer den angeblich allgegenwärtigen Rassismus leugnet, wird bestraft.

Nach Einschätzung von Young ist die Meinungsfreiheit im angelsächsischen Raum inzwischen stärker eingeschränkt als in anderen Ländern Europas. Das habe vielleicht mit einer protestantischen Bußkultur zu tun, meint er, die es in katholischen Ländern so nicht gebe.

#### LIBERALE

## Der gewiefte Taktiker aus dem hohen Norden

FDP-Vize Wolfgang Kubicki treibt Parteichef Christian Lindner vor sich her – Ihn treibt die Furcht vor dem Untergang

Im Kampf gegen die Corona-Pandemie sucht die FDP nach ihrer Rolle. Während Parteichef Christian Lindner für viele Liberale zu vorsichtig agiert, haut dessen Vize Wolfgang Kubicki ordentlich auf die Pauke.

Eine solche Aufgabenteilung wäre an und für sich nicht ungewöhnlich, hätte Kubicki nicht noch ein weiteres, wichtiges Amt inne. Der 68-Jährige ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages und als solcher eigentlich der Neutralität verpflichtet. Doch den Alt-Liberalen aus Schleswig-Holstein treibt die Sorge um seine Partei um. In allen relevanten Umfragen rangiert die FDP zwischen fünf und sieben Prozent. Eine schwarz-gelbe

Bundesregierung nach den Bundestagswahlen im September 2021 ist derzeit utopisch weit entfernt. Viele in der Partei fürchten ein zweites „2013“, sollte sich abzeichnen, dass die Union zwischen einem Bündnis mit der SPD und einem mit den Grünen wird wählen können. Damals lag die FDP ebenfalls in den Umfragen knapp über der Sperrklausel, verpasste dann aber erstmals in ihrer Geschichte den Einzug in den Bundestag.

#### Als Erneuerer taugt er nicht mehr

Unter Parteichef Lindner gelang ihr vier Jahre später zwar eine spektakuläre Rückkehr, doch die Zeiten der außerparlamentarischen Opposition haben die Partei

ausgezehrt. Bundesweit bekannte Spitzenleute sucht man neben Lindner und Kubicki vergeblich. Doch mit fast 70 Jahren taugt der Haudegen aus Kiel nicht mehr zum Erneuerer. Beobachter des politischen Geschehens in Berlin stellten überdies zuletzt erstaunt fest, dass die Gräben zwischen Union und FDP so tief seien wie schon lange nicht mehr.

Als der Bundestag vor drei Wochen über den Lockdown diskutierte, erhielt Lindner dagegen Beifall vonseiten der AfD. In ihrer Kritik an den Anti-Corona-Maßnahmen sind sich Liberale und Alternative erstaunlich nahe. Ein gemeinsames Feindbild haben sie auch: den bayerischen Ministerpräsidenten und Corona-Hardli-

ger gegen die sich in den USA immer stärker ausbreitende „Cancel Culture“ (wie die Absage oder den Boykott unliebsamer Veranstaltungen, Hetzjagd auf Abweichler) haben vor einigen Monaten in einem aufsehenerregenden offenen Brief im „Harper’s Magazine“ 153 Intellektuelle protestiert. In Deutschland veröffentlichte die „Zeit“ den Brief. Bei den Unterzeichnern findet man so weltberühmte Namen wie den linken Linguisten Noam Chomsky, die Schriftstellerin Margaret Atwood und Harry-Potter-Erfinderin J.K. Rowling, die wegen ihrer Kritik an bestimmten Transgender-Behauptungen von Gender-Extremisten angegriffen wurde.

#### Der Bannfluch kann alle treffen

„Der freie Austausch von Informationen und Ideen, der Lebensnerv einer liberalen Gesellschaft, wird von Tag zu Tag mehr eingeeengt“, beklagten die Autoren und führten Beispiele an: „Redakteure werden entlassen, weil sie umstrittene Beiträge gebracht haben; Bücher werden wegen angeblicher mangelnder Authentizität zurückgezogen; Journalisten dürfen über

bestimmte Themen nicht schreiben; gegen Professoren wird ermittelt, weil sie im Unterricht gewisse literarische Werke zitiert haben ...“

In Schottland will die regierende linke Scottish National Party ein „Anti-Hassrede-Gesetz“ verabschieden, nach dem sogar Gespräche in der Familie und in privaten Räumen der Polizei gemeldet werden müssten, wenn sie angeblich „Hassrede“ seien. So will es Justizminister Humza Yousaf, der als erster Muslim in der schottischen Politik eine steile Karriere gemacht hat. Theatermacher und Journalisten sollen strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie „Vorurteile“ verstärken.

FSU-Gründer Young sieht eine neue Ära der Unterdrückung, der massiven Gefährdung der Redefreiheit aufziehen. Dagegen will er kämpfen. Schon Anfang nächsten Jahres werde die „Free Speech Union“ in den USA eine Schwesterorganisation gründen, kündigt er an. Auch aus Deutschland, sagt er, gab es Interessenten, die einen deutschen Ableger der „Union für Meinungsfreiheit“ wünschten. Nötig wäre es auch hier.

menfinden. Aber darum geht es Kubicki gar nicht. Seine politische Karriere neigt sich dem Ende zu, nun geht es ihm darum, zu retten, was für die FDP zu retten ist. Das Kalkül ist klar. Vor allem Mittelständler wie Gastronomen sind von den Corona-Maßnahmen betroffen. Ihre Wut ist groß, die Existenzangst noch größer. In internen Runden hat Kubicki wiederholt gewarnt, diese Klientel der AfD zu überlassen. Der Jurist ist gewiefte. In Plenardebatten legt er sich genüsslich mit den Vertretern der Rechtsparterie an, wenn es um die Maskenpflicht geht. Doch kaum hat er die parlamentarische Zwangsjacke abgelegt, muntert er Betroffene auf, gegen die Verordnungen zu klagen. *Peter Entinger*



## BÜRGERPROJEKT

# Leuchtfiguren gegen die Tristesse

In Allenstein laufen Arbeiten zum Umbau des ehemaligen Schlachthofs und der Dragonerkaserne

VON DAWID KAZANSKI

In den Parkanlagen von Jakobsberg, in denen sich einst das Abstimmungsdenkmal befand, gibt es seit Kurzem riesige Lichtilluminationen. Es ist ein Ergebnis der Bürgerbeteiligung, bei der die Bürger aufgerufen sind, über Haushaltsausgaben für öffentliche Projekte abzustimmen. Die Leuchtfiguren sind ein Projekt, über das im Rahmen des Allensteiner Bürgerhaushalts 2019 abgestimmt wurde. Sie haben über 32.000 Euro gekostet. 17 prächtige Lichtfiguren, die bei Einbruch der Dunkelheit am Teich leuchten, sind die Attraktion des Stadtteils. Abends tiff man dort oft Familien mit begeisterten Kindern an. Das Projekt heißt „Lasst uns zurückgehen in vergangene Zeiten“. Die leuchtenden Gestalten erinnern in ihrem Erscheinungsbild an die 1920er Jahre und sie sollen daran erinnern, dass die Grünanlagen damals eines der beliebtesten Ziele der Allensteiner für Spaziergänge waren.

Die leuchtenden Figuren flanierender Damen und Herren bringen nun ein bisschen Optimismus in die triste Zeit der Corona-Krise. Anfang November wurden die Ergebnisse der Abstimmung im Rahmen der Bürgerbeteiligung bekannt gegeben. Nun steht fest, welche Ideen zur Entwicklung der städtischen Infrastruktur aus städtischen Haushaltsmitteln finanziert werden. 17.000 gültige Stimmen waren abgegeben worden. Insgesamt standen anderthalb Millionen Euro für die Realisierung der eingereichten Ideen zur Verfügung.

Auf einer Pressekonferenz sagte der Stadtpräsident Piotr Grzymowicz: „Ich



Ergebnis der Bürgerbeteiligung: Leuchtende Figuren im Stil der 1920er Jahre in den Parkanlagen von Jakobsberg Foto: D.K.

danke den Bewohnern für ihre Aktivität sowohl bei der Einreichung der Projekte als auch bei der Stimmabgabe ... Die Beteiligung war etwas geringer als im Vorjahr, aber die Situation, in der wir uns be-

finden, ist völlig anders. Dennoch hat die Abstimmung bestätigt, dass viele Menschen nach wie vor an Entscheidungen über ihre Stadt mitwirken wollen und das ist sicherlich eine große Freude.“

Eines der beliebtesten städtischen Projekte war die „Bildungsökoterrasse“. Es handelt sich um einen Vorschlag zur Umgestaltung des an das Olympische Rugby-Stadion angrenzenden Geländes. Die Terrasse soll vor allem von Schul- und Vorschulkindern sowie Jugendlichen zu Bildungszwecken und auch von den restlichen Stadtbewohnern zu Erholungs- und Integrationszwecken genutzt werden.

Dieser einzigartige Ort in unmittelbarer Nähe des Flusses Alle soll Kinder und Jugendliche im Schulalter dazu ermutigen, in Begleitung ihrer Lehrer Biologie, Geografie oder Ökologie an der frischen Luft zu lernen. Es sind auch kulturelle Veranstaltungen dort geplant.

Des Weiteren fand ein Projekt zur Einrichtung eines Fahrradspielplatzes, eines sogenannten Pumptracks, Gefallen bei den Städtern. Die neue Freizeitanlage soll dank einer wohlgeformten Fahrradbahn sicheres Fahren bei verschiedenen Geschwindigkeiten ermöglichen. Die Strecke soll sowohl von Familien mit Kindern und von Sportbegeisterten als auch von Profis genutzt werden.

Aus den Mitteln des Bürgerhaushalts soll auch eine spezielle Drohne finanziert werden, deren Aufgabe darin bestehen wird, Luftverschmutzungsquellen aufzuspüren und somit während der Heizsaison für eine bessere Luftqualität in der Stadt zu sorgen. Was die ebenso eingereichten Wohnsiedlungsprojekte angeht, erzielten diejenigen Entwürfe die meiste Zustimmung, bei denen es um den Ausbau oder die Sanierung von Parkplätzen, Straßen, Spielplätzen und Bürgersteigen ging.

## Corona-Zahlen im südlichen Ostpreußen

**Republik Polen** Im gesamten Staat wurden bis zum 10. November 593.592 Corona-Infizierte gemeldet sowie 230.661 Genesungen und 8.375 Todesfälle.

**Woiwodschaft Ermland-Masuren** Die Zahl der Infizierten war auf 15.262 gestiegen. 5.428 waren genesen und 190 Tote gab es in der Woiwodschaft.

**Die höchsten Zahlen** Die höchsten Infektionszahlen verzeichnete der Kreis Osterode mit 1414 Erkrankten. Dem standen 981 Genesene gegenüber sowie 23 Todesfälle. Ebenso verzeichnete Allenstein-Stadt einen Anstieg der Infizierten (2158), bei 291 Genesungen und 16 Todesfällen. Allenstein-Land zählte 1160 Infizierte, 173 Genesene und 13 Todesfälle. In Dt. Eylau gab es 949 Infizierte, 407 Genesene und 21 Tote. Einen ähnlich negativen Rekord verzeichnete der Kreis Soldau mit 864 Infizierten, 500 Genesenen und 21 Todesfällen.

**Die niedrigsten Zahlen** verzeichnete der Kreis Goldap mit 235 Infizierten, 91 Genesenen und einem Todesfall. Ebenfalls vergleichsweise niedrig waren die gemeldeten Fälle in den Kreisen Elbing, Treuburg und Johannsburg mit 471 (Elbing), 478 (Treuburg) und 438 (Johannsburg) Infizierten, die Zahl der Genesenen lag bei 48 (Elbing), 246 (Treuburg) und 231 (Johannsburg). Die Zahl der Todesfälle betrug drei (Elbing), zwei (Treuburg) und vier (Johannsburg). Der Kreis Braunsburg (244 Infizierte, 121 Genesene) sticht dadurch hervor, dass es seit Beginn der zweiten Welle keinen Todesfall gab.

**Im Mittelfeld** lagen die Kreise Angerburg, Bartenstein, Elbing-Stadt, Heilsberg, Lötzen, Lyck, Rastenburg, Neidenburg, Ortelsburg und Sensburg.

## TREUESPENDE FÜR OSTPREUSSEN



# „Ostpreußen nachwachsenden Generationen nahebringen“

**Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser der Preußischen Allgemeinen und des Ostpreußenblattes,**

ich hoffe, Sie sind gut durch dieses ungewöhnliche Jahr gekommen, und vor allem hoffe ich, dass Sie gesund sind.

Die Corona-Pandemie ist nicht ohne Folgen für unsere Aktivitäten in und für Ostpreußen geblieben. Seit dem Frühjahr sind alle Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland wie in der dreigeteilten Heimat der aktuellen Corona-Entwicklung zum Opfer gefallen. Hierzu zählen u.a. das Geschichtsseminar „Stationen der ostpreußischen Geschichte“, das Ostpreußische Sommerfest in Wuttrienen bei Allenstein, die Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Osterode und das 10. Deutsch-Russische Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Lüneburg. Über zehn Veranstaltungen, für die bereits umfangreiche Vorarbeiten zu leisten waren, sind ausgefallen. Besonders schmerzlich war die Absage der Gedenkveranstaltung „100 Jahre Volksabstimmung in Ostpreußen“ am 11. Juli in Allenstein. Um diesen für alle Ostpreußen so bedeutsamen Tag nicht der Vergessenheit zu übergeben, haben die Referenten

– darunter der Gründungsdirektor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Prof. Dr. Manfred Kittel, ihre Vorträge vorab vor einer Kamera aufgezeichnet. Über 4000 Besucher haben seit dem 11. Juli die online gestellten Beiträge über das Internet gesehen. Bezeichnenderweise hat die bundesdeutsche Öffentlichkeit von dem Jahrestag der Volksabstimmung, der vor 100 Jahren über alle Parteigrenzen hinweg als Sieg deutschen Selbstbehauptungswillens nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg gefeiert wurde, keine Notiz genommen. Diese Ignoranz gegenüber der eigenen Geschichte belegt einmal mehr, wie wichtig es ist, dass die Landsmannschaft Ostpreußen mithilfe der Treuespende versucht, das Wissen um Ostpreußen auch nachwachsenden Generationen näherzubringen. Nur so können wir verhindern, dass Ostpreußen schon bald zu einem weißen Fleck auf der Landkarte wird. Hierzu zählt auch die Förderung von wissenschaftlichen Forschungsarbeiten. Quellenbezogene Untersuchungen zu Detailfragen aus der Geschichte des deutschen Ostens, speziell Ostpreußens, gehören mittlerweile zu den selten bedachten Feldern der historischen Forschung, und das, obwohl große Teile des Königsberger Staatsarchivs

durch rechtzeitige Auslagerung vor der kriegsbedingten Vernichtung gerettet wurden und seit Jahrzehnten im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin uneingeschränkt zugänglich sind. Aktuell haben wir aus Mitteln der Treuespende einen Druckkostenzuschuss für die Veröffentlichung einer Dissertation über „Das höhere Schulwesen der Stadt Königsberg in Preußen von 1800 bis 1915“ und ein Stipendium für ein Dissertationsprojekt zum Thema „Alltagskultur in Königsberg um 1900“ gewährt.

Ab dem Herbst haben wir mit der gebotenen Vorsicht die Vereinsaktivitäten wieder intensiviert. So konnten wir mit reduzierter Teilnehmerzahl die Seminare „Textile Volkskunst aus Ostpreußen“ (5. bis 11. Oktober) und „Beiträge zur Geschichte und Gegenwart Ost- und Westpreußens“ (8. bis 11. November) in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt durchführen.

Für das kommende Jahr planen wir, unser Veranstaltungsprogramm im vollen Umfang stattfinden zu lassen. Zentrale Veranstaltung im Jahr 2021 ist das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 5. Juni in der Stadthalle Wolfsburg. Die Besucher erwartet ein abwechslungs-

reiches und interessantes Programm mit einem Querschnitt durch das ostpreußische Kulturschaffen. Das ausgefallene ostpreußische Sommerfest holen wir am 19. Juni nach. Der Veranstaltungsort steht noch nicht fest, wird jedoch im Großraum Allenstein liegen.

Drei Seminare zur Geschichte und Landeskunde Ostpreußens sowie die Werkwoche veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt. Höhepunkt der grenzüberschreitenden Aktivitäten ist der 13. Kommunalpolitische Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein (16./17. Oktober). Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung, der Kreisgemeinschaften und der deutschen Volksgruppe werden zusammengekommen, um über ihre Situation zu berichten.

Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv Ostpreußen wächst stetig weiter. Über 6000 Bilder sind in den letzten zwölf Monaten hinzugekommen. Aktuell stehen 125.000 Bilder und 6000 Kartenwerke den Nutzern zur Verfügung. Damit handelt es sich um das weltweit größte frei zugängliche Bildarchiv für Ostpreußen.

Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe und Ihre Spende – aus Treue zu Ostpreußen! Bitte unterstützen Sie auch 2020 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich schon jetzt ein herzliches Dankeschön! Wir geben Ostpreußen auch in Zeiten von Corona Zukunft.

**Stephan Grigat**  
Rechtsanwalt und Notar  
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den beiliegenden Zahlungsvordruck oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.

Das Spendenkonto bei der Commerzbank AG lautet:  
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.  
IBAN: DE10 2004 0000 0634 2307 03 –  
BIC: COBADEFFXXX

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

**Katzenski, Erna** geb. **Labusch**, aus Freudenberg, Kreis Ortelsburg, am 20. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

**Schmitt, Karl**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November  
**Schönland, Gertrud**, geb. **Schories**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 25. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

**Ehmke, Erna**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. November  
**Haak, Elly**, geb. **Germuhl**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. November  
**Krüger, Gertrud**, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 22. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

**Brüggemann, Hildegard**, geb. **Kulschewski-Kantner**, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 25. November  
**Ciesla, Alfred**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 25. November  
**Feige, Margarete**, geb. **Groß**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 23. November  
**Kuttner, Kurt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. November  
**Weckwerth, Eva-Maria**, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. November

am 25. November  
**Frambach, Margarete**, geb. **Baumgardt**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 23. November  
**Karpowski, Manfred**, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 23. November  
**Koepfen, Horst**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 26. November  
**Priebe, Heinz**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 26. November  
**Schmidt, Dr. Peter**, aus Ortelsburg, am 23. November

ANZEIGE

**Wendelin Schlosser**  
**„Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“**  
 August von Goethe Literaturverlag;  
 ISBN: 978-3-8372-2220-3  
 314 Seiten, € 18,80

ZUM 93. GEBURTSTAG

**Becker, Herbert**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 23. November  
**Matthies, Ingrid**, geb. **Freitag**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 23. November  
**Schöffel, Charlotte**, geb. **Saparautzki**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 20. November  
**Sperzel, Waltraut**, geb. **Erzberger**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 21. November  
**Vogel, Hildegard**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

**Groß, Ursula**, geb. **Schwarck**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November  
**Höpken, Hildegard**, geb. **Urban**, aus Krinten, Kreis Heiligenbeil, am 23. November  
**Klose, Hilde**, geb. **Wagner**, aus Hindenburg, Kreis Labiau, am 3. November  
**Kollakowski, Hildegard**, geb. **Fester**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 25. November  
**Krähmer, Christel**, geb. **Tauras**, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 23. November  
**Langner, Erika**, geb. **Kaehler**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. November  
**Loppow, Hanieli**, geb. **Lask**, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. November  
**Müller, Edeltraut**, geb. **Celius**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 23. November  
**Simeth, Traute**, geb. **Schulz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. November  
**Stölting, Ingeburg**, geb. **Peikert**, aus Ebenrode, am 20. November  
**Wisbar, Werner**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 22. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

**Köhler, Gertrud**, geb. **Kuhn**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. November  
**Kropmeier, Helene**, geb. **Loch**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 24. November  
**Meyer, Hedwig**, geb. **Olschewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 26. November  
**Moselewski, Edeltraut**, geb. **Senff**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. November  
**Pick, Ruth**, geb. **Czypull**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 20. November  
**Rospunt, Gisela**, geb. **Desens**, aus Hinterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 28. November  
**Schareina, Walter**, aus Kreis Osterode, am 25. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

**Arendt, Willi**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 23. November  
**Babbel, Hilde**, geb. **Gawer**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 26. November  
**Bartsch, Regina**, geb. **Lammers**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 26. November  
**Gehrmann, Eduard**, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 21. November  
**Gieseler, Hildegard**, geb. **Hinz**, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, am 23. November  
**Grigo, Edith**, geb. **Krüger**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 21. November  
**Janz, Manfred**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 23. November  
**Kowalzik, Fritz**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 20. November  
**Menzel, Hedwig**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. November  
**Menzel, Manfred**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. November  
**Wettstein, Christel**, geb. **Brandt**, aus Mohrungen, am 21. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

**Glowatz, Hans**, aus Lyck, am 26. November  
**Hartwich, Günter**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 26. November  
**Höfchen, Elly**, aus Memel, Kreis Gumbinnen, am 26. November  
**Karla, Ortwin**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 24. November  
**Kays, Manfred**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 21. November  
**Kuckuck, Helmut**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 20. November  
**Kulinna, Kurt**, aus Gortzen, Kreis Lyck, am 24. November  
**Meißner, Ingo**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 24. November  
**Milling, Marianne**, geb. **Peter**, aus Wehlau, am 20. November  
**Osterloh, Elfriede**, geb. **Stumber**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 26. November  
**Pietrzyk, Gertrud**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November  
**Rudat, Siegmund**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 24. November  
**Schäfer, Frauke**, geb. **Podlech**, aus Corjeiten, Kreis Fischhausen, am 25. November  
**Schulz, Werner**, aus Gingen, Kreis Lyck, am 21. November  
**Thomas, Reinhold**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. November  
**Tobe, Hildegard**, geb. **Sandvoss**, aus Wehlau, am 20. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

**Jörgensen, Hildegard**, geb. **Schwede**, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 24. November  
**Joswig, Ernst**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 24. November  
**Noack, Erika**, geb. **Pawlack**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 23. November  
**Schubert, Siegrid**, geb. **Saager**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 26. November  
**Stascheit, Winfried**, aus Plein, Kreis Elchniederung, am 26. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

**Widera, Eberhard**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 26. November



Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 16% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 16% Mwst.)

Kleine Grußanzeige		Große Grußanzeige

Ihr Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:  
 Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)  
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg  
 E-Mail: anzeigen@paz.de  
 Fax an: 040/41400850

ANZEIGE

**Masuren und Danzig**  
 Reisen mit der MS CLASSIC LADY  
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 96. GEBURTSTAG

**Galpin, Edith**, geb. **Gurklies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 23. November  
**Hüttenbach, Dr. Horst**, aus Waldkeim, Kreis Preußisch Eylau, am 23. November  
**Rogowski, Ernst**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 24. November  
**Roos, Elisabeth**, geb. **Jäger**, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 23. November  
**Sokolowski, Edith**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

**Brencz, Liesbeth**, geb. **Votel**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. November  
**Göttsche, Christel**, geb. **Samel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. November  
**Heidenreich, Margarete**, aus Lyck, am 21. November  
**Heumann, Günther**, aus Neidenburg, am 22. November  
**Jedamski, Walter**, aus Mohrungen, am 21. November  
**Jelonnek, Erwin**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. November  
**Kahl, Charlotte**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

**Begett, Alfred**, aus Kirpehenen, Kreis Fischhausen, am 21. November  
**Dohmen, Gerda**, geb. **Balzereit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 26. November

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe  
Ringstraße 51a, App. 315, 85540  
Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@  
low-bayern.de, www.low-bayern.de

**Landeskulturtagung in Ansbach**  
**Landesgruppe** – Während sich zum Reformationswochenende am „Corona-Horizont“ dunkle Wolken aufbauten, da in der Nacht von Sonntag auf Montag der nächste „Teil-Lock-Down“ in Kraft treten sollte, klarte sich der Himmel über der mittelfränkischen Markgrafenschaft Ansbach, immer mehr auf.

Die Landeskulturtagung fand nicht, wie in der Vorjahre, im Deutschordensschloss in Ellingen statt. Dieses Jahr musste – coronabedingt – ein Ort gewählt werden, an dem die Abstandsvorgaben problemlos eingehalten werden konnten. Daher lag es nahe, die von der Bach-Woche und den Rokoko-Festspielen bekannte Orangerie in Ansbach auszuwählen, zumal es im gleichen Gebäude auch ein Restaurant gibt. Idealerweise waren damit Kultur und die kulinarische Versorgung zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Die Herbstsonne tauchte den romantischen Garten der Orangerie, in ein wunderbares Licht. Die goldgelben Sonnenstrahlen spiegelten sich im Laubgold der Blätter, und das bei einem leuchtend blauen Himmel. Man war geneigt zu meinen, das Wetter sei zu schön, um im Inneren der Orangerie einer Tagung beizuwohnen. Glücklicherweise hingen gleich mehrere gute Sterne über dieser Landeskulturtagung, denn es spielte nicht nur der Wettergott mit, sondern auch Fortuna. Bedingt durch die Corona-Beschlüsse der Bundesregierung bestand am Reformationswochenende die letzte Möglichkeit, eine Versammlung mit 50 Teilnehmern durchzuführen. Wie schon in den Vorjahren waren die Themen und Referenten, die der Landeskulturreferent Dr. Jürgen Danowski auswählt hatte, wieder von erlesener Qualität.

Untypisch für Preußen begann die Tagung mit einigen Minuten Verspätung – hatten sich doch viele Teilnehmer umständehalber über einen langen Zeitraum nicht mehr gesehen. Verständlich war daher die Wiedersehensfreude und der angestaute Kommunikationsbedarf musste „abgearbeitet“ werden. Es bedurfte daher der Mahnung und Erinnerung des Kulturreferenten, an eine urpreußische Tugend, nämlich die der Pünktlichkeit, bis endlich alle ihre Plätze eingenommen hatten und Ruhe im

Saal war, so dass Dr. Danowski die Tagung eröffnen konnte.

Der Begrüßung folgte ein Ritt durch preußische und Preußen betreffende Literatur. Unter den vielen genannten Autoren waren u.a. der in Memel geborene Armin Mueller-Stahl und der aus Jäglak in Masuren stammende Armin Surminski. Dr. Danowski beschränkte sich nicht nur auf die Vorstellung einer Vielzahl von Büchern samt Leseempfehlungen, sondern engagierte auch zwei Damen, die auszugswise aus den Büchern der vorgenannten Autoren vorlasen.

Der Literatur folgte bebilderte Kost aus Königsberg. Herr Jörn Pekarul, angereist aus Berlin, bot eine Vielzahl aktueller Fotos aus Königsberg an. Unverkennbar ist, dass die neuen Bewohner der Pregelstadt sich in vielen Bereichen der Architektur auf das Vorkriegs-Königsberg zurückbesinnen. Eine Vielzahl noch bestehender Denkmäler wurde erhalten und oftmals in vorbildlicher Weise renoviert. Es werden sogar Gebäude nach alten Vorlagen wieder errichtet, wie zum Beispiel im Zoo, wo das im Krieg zerstörte Löwengebäude neu errichtet wurde. Heute jedoch dient es nicht mehr als Großkatzengehege, da es nicht genügend Auslauf bieten würde. Dafür dient das Gebäude nun als Voliere.

Auch die neu errichteten Gebäude entlang des Pregels erinnern im Baustil an die Vorkriegsbebauung, wengleich hinzugefügt werden darf, dass bei der Fassadenbemalung manchmal zu tief in den Farbtöpf „geguckt“ wurde. Zweifelloso darf der Schluss gezogen werden, dass das alte Königsberg wieder zum Leben erweckt wird. Es gibt Denksätze, das Schloss wiederzuerrichten, sicherlich in einem neuen Gewand, aber auch diese Bestrebung zeigt, dass man die Kultur, die Geschichte und das Erbe Königsbergs zu einem wesentlichen Bestandteil seiner neuen Bewohner machen möchte.

Ans Eingemachte und unter die Haut ging es nach der Mittagspause mit einer ergreifenden Biographie und Buchvorstellung. Henriette Piper aus Solingen hat ein Buch über ihren Großvater geschrieben, mit dem Titel „Der letzte Pfarrer von Königsberg“.

Frau Piper begann ihren Vortrag dort, wo ein jedes Leben beginnt, nämlich mit der Geburt ihres Großvaters und dessen Eltern; der passende Einstieg um das Wesen und den Charakter eines Menschen darzulegen, der zu allen Zeiten und Situationen seines Lebens Mut und nicht zu brechende Charakterstärke bewies, wie u.a. die vielen Vorladungen bei der Gestapo zeigten. Auch als der britische Bomberangriff im August 1944 sein

Haus mit all den anderen Häusern im Löbenicht in Schutt und Asche legte, verzagte er nicht, sondern kümmerte sich weiter um seine Gemeinde und die, die in Not waren, wobei er und seine Familie diese Not mit all den anderen armen Menschen teilte.

Als am 8. April 1945 der letzte Flüchtlingszug Königsberg verließ, war sein Platz nicht dort, sondern in seiner vom Krieg zerstörten Heimatstadt. Bis 1948 sollte er zusammen mit seiner Frau unter größten Entbehrungen in Königsberg arbeiten und die geschundenen Menschen dort seelisch betreuen, bis beide in den Westen ausreisen durften. Im Westen und in Freiheit angekommen, blieb Pfarrer Linck unbeirrbar und geradlinig seinem Denken treu. Eine Vermengung von Politik und Kirche durfte es weder in den Jahren des Nationalsozialismus geben, und ebensowenig im Nachkriegsdeutschland. Dieser Mann, von typisch preußischer Geradlinigkeit und Haltung geprägt, griff auch zur Feder; es folgten in den Nachkriegsjahren mehrere Buchveröffentlichungen.

Pfarrer Hugo Lincks Wirken verdient höchste Anerkennung und Achtung, auch seiner Enkeltochter sei großes Lob gezollt, denn in kaum vorstellbarer Kleinarbeit arbeitete sie sich durch über 1000 Briefe ihres Großvaters, die, um der Zensur zu entkommen, oftmals verschlüsselte Informationen enthielten, als er diese von der besetzten Heimat in den freien Teil Deutschlands schickte.

Mit der nächsten Präsentation wurde der Bezug zur Gegenwart mittels des Vortrages von Frau Gabriela Blank aus Ansbach wieder hergestellt. Frau Blank ist seit kurzer Zeit Wahl-Ansbacherin mit polnischen Wurzeln. Ausführlich stellte sie die Partnerschaft des Bezirks Mittelfranken mit der Woiwodschaft Pomorskie anhand von Zahlen und Bildmaterial dar. Diese Partnerschaft erfasst alle Ebenen des Lebens, von gemeinsamen Feuerwehrübungen, über Touristik bis zu Städtepartnerschaften. Ja, sogar das Fahrradfahren kommt nicht zu kurz; eine Fahrradgruppe aus Mittelfranken machte sich – per Zweirad – auf den Weg nach Pommern und legte hierbei über stolze 1200 km zurück.

Von den vielen bemerkenswerten Punkten dieses Vortrages ist einer besonders herauszustellen, nämlich dass diese Partnerschaften stark personengebunden sind. Allein das Besiegeln einer Partnerschaft und der Austausch einer entsprechenden Partnerschaftsurkunde allein reicht nicht aus – die Partnerschaft muss mit Leben gefüllt werden. Genau hier ist das individuelle Engagement von großer Bedeutung. Leider, auch das belegen die Zahlen, folgt oftmals einer anfänglichen Euphorie eine gewisse Stagnation, ja sogar ein Abflauen der Aktivitäten ist zu beobachten.

Der letzte Vortrag von Herrn Gerhard Frank aus Lauf an der Pegnitz – er war in den 90er Jahren Landesvorsitzender der Jungen Ostpreußen in Bayern – entführte die Tagungsteilnehmer in die kältesten Realitäten unseres Planeten. Herr Frank ist Chef-Techniker auf dem modernen, in Deutschland gebauten Forschungseisbrecher „Polarstern“.

Mit eindrucksvollen Bildern aus der Nord- wie aus der Südpolarregion wurde das Publikum in

den Bann gezogen. Die Betrachter tauchten in eine unbekannte Welt ein, in der Temperaturen bis zu –45° Celsius herrschen. Die Luft kann so trocken sein, dass die Gefahr besteht, dass man die Kälte nicht mehr unmittelbar wahrnimmt, was zu Erfrierungen führt, ohne dass die Warnsignale des Körpers es rechtzeitig mitteilen.

Nicht nur wetterbedingt sind diese Expeditionen gefährlich, auch bei Erkundungen an Land bzw. auf dem Eis müssen „Eisbärwächter“ alle Augen offen halten, damit unliebsame, ja lebensbedrohliche Begegnungen mit diesem vermeintlichen Kuschtier vermieden werden. Hochinteressant war der Bericht über eine Veränderung der Geruchswahrnehmung bei Crew-Mitgliedern im Anschluss an die Polarreisen. Die Polarregionen sind für den Menschen nahezu geruchsfrei, folglich nimmt man Gerüche nach dem Verlassen der Zonen des ewigen Eises mit viel größerer Intensität wahr.

Natürlich gab es auch eine Fülle an technischen Informationen, wie zum Beispiel dass die Polarstern eine Maschinenleistung von 20.000 PS hat und mit zwei Helikoptern bestückt ist. Mögen die technischen Daten und die Forschungsergebnisse beeindruckend und von großer Wichtigkeit sein, am beeindruckendsten waren jedoch die großartigen Fotos aus einer Gegend, in der es außer Wasser, Eis, Himmel und Wolken für das Auge „eigentlich“ nur wenig zu sehen gibt.

Ralf Loos

**Hof** – Nachdem wegen der zweiten Corona-Welle die Novemberveranstaltung leider abgesagt werden musste, setzte der Vorstand der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, seine Themenreihe „Sehnsuchtsorte in Ost- und Westpreußen“ fort.

Vorsitzender Christian Joachim berichtete über seinen Geburtsort. Königsberg war seit 1724 die Königliche Haupt- und Residenzstadt in Preußen. Die Stadt, seit 1946 Kaliningrad genannt, liegt im Südosten der Halbinsel Samland in der Pregelnieferung. Bis 1945 war Königsberg als Hauptstadt der preußischen Provinz Ostpreußen deren kulturelles und wirtschaftliches Zentrum. Mit der Reichsgründung wurde sie 1871 zur nordöstlichsten Großstadt des Deutschen Reiches. Im April 1945 fiel die durch zwei verheerende britische Luftangriffe schon 1944 weitgehend zerstörte Stadt nach schweren Kämpfen in die Hand der Roten Armee.

Durch das Potsdamer Abkommen wurde Ostpreußen mit den anderen deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie von Deutschland abgetrennt. Das nördliche Ostpreußen mit der Provinzhauptstadt Königsberg kam unter sowjetische Verwaltung und wurde militärisches Sperrgebiet. Die nach Kriegsende in Königsberg verbliebene Zivilbevölkerung, welche die Anfangszeit der sowjetischen Besatzung überlebt hatte, wurde bis 1948 in die Sowjetische Besatzungszone abgeschoben. Danach wurde die ehemals deutsche Stadt wie das gesamte nördliche Ostpreußen in der Nachkriegszeit mit Menschen aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion neu besiedelt.

Heute ist die Oblast Kaliningrad mit der Hauptstadt Kalinin-



Landeskulturtagung in Ansbach konnte spannende Referenten vor einem vollen Haus begrüßen: Der Landeskulturreferent der Landesgruppe Bayern, Dr. Jürgen Danowski  
Foto: privat

grad eine Exklave Russlands, die im Süden an Polen und im Norden und Osten an Litauen grenzt. Bekannt ist und bleibt die Stadt durch wichtige Persönlichkeiten. Die Dichterin Agnes Miegel, der Philosoph Immanuel Kant und die Künstlerin Käthe Kollwitz wurden hier geboren. Kant ist es auch zu verdanken, dass der Königsberger Dom immer noch steht. Seit Langem gehört es zu den Ritualen für Brautpaare in Kaliningrad, am Tage der Hochzeit Blumen am Grabmal Kants niederzulegen. Deshalb gilt Kant als der „Retter des Königsberger Doms“. Die Tatsache, dass sich Kants Kenotaph am Dom befindet, trug maßgeblich dazu bei, die geplante Sprengung der Domruine zu verhindern.

Auch kulinarisch ist die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens bekannt. Königsberger Klopse, auch Saure Klopse genannt, sind eine ostpreußische Spezialität aus gekochten Fleischklößen in weißer Sauce mit Kapern. Das geplante Essen dieser Spezialität in der Altdeutschen Bierstube, Hof, am 14. November 2020 musste leider entfallen.



Hamburg

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel  
**Geschäftsstelle:**  
Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459  
Hamburg, Tel. (040) 34 63 59,  
Mobiltelefon (0170) 3102815

### „Was lange währt wird endlich gut!“ – Ostpreußentracht neu im Haus der Heimat/Trachtensaal

Dank der Vorarbeit unserer unvergessenen Ursel Zimmermann, wurde am 11. November in die „historische Trachtenreihe“ eine originale ostpreußische Frauentracht in die anderen Trachten mit eingereiht.

Mit Energie gelang es unserer richtigen Königsbergerin Christel Neumann, eine neue Modellpuppe zu beschaffen. Walter Brideszuhn und Gisela Prüß halfen dabei.

Es gelang Neumann, Gisela Prüß nebst Vorsitzendem Hartmut Klingbeutel sowie mit Hilfe des LvD-Vorsitzenden Willibald Piesch, diese Neuanschaffung lie-

bevoll in die den Trachtensaal schmückenden Volkstrachten der Schlesier, Siebenburger Sachsen und Oberschlesier mit einzureihen. Wir betonen aber auch, somit einen hanseatischen Beitrag zur „Karnevalszeit in der rieselregennassen Hansestadt“ erbracht zu haben...

Sollte die „Corona“ endlich besiegt sein, laden wir nicht nur die PAZ-Leser mit Familien, sondern interessierte Gäste zum Besuch und zu einem „Pillkaller“ ein...

Mutmachend grüßen herzlich die Ostpreußen mit Familien der Landsleute der Freien und Hansestadt Hamburg.

Landesverband der vertriebenen Deutschen e.V. in Hamburg



Hessen

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3,  
64367 Mühlthal,  
Tel. (06151) 148788

### Landeskulturtagung

**Landesgruppe** – Im Oktober 2020 fand in Wiesbaden-Naurod die im Frühjahr abgesagte Landeskulturtagung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit einem umfangreichen Programm statt.

Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden der LOW Hessen, Ulrich Bonk, überbrachte die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Frau Margarete Ziegler-Raschdorf, die Grüße der Hessischen Landesregierung. Sie dankte dem Landesvorsitzenden für die Einladung und sprach ihm für seine Arbeit in der Landsmannschaft ihre besondere Anerkennung aus. Die Kulturtagung seien ein gelungener und wichtiger Beitrag zum Erhalt des Erbes der Vertreibungsgebiete, die von der Landesregierung gefördert werden. Die Hessische Landesregierung begreift die Unterstützung der Gedenk- und Kulturarbeit nicht lediglich als Pflichtaufgabe sondern als Herzensangelegenheit. Dies hat sie in diesem Jahr mit der Erhöhung der Fördermittel um 50% für die Vertriebenen- und



**Faszinierende Polarwelt** Mit Aufnahmen wie diesen – aufgenommen vom Forschungseisbrecher „Polarstern“ – fesselte Referent Gerhard Frank die Zuhörer in Ansbach  
Foto: G.F.

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Gedenken in Anklam** Am Erinnerungsstein für die Opfer von Flucht und Gewaltherrschaft aus dem deutschen Osten erinnerte die Landesgruppe an die verstorbenen Landsleute  
Foto: Friedhelm Schülke

Spätaussiedlerarbeit unter Beweis gestellt. Mit dieser eindrucksvollen Ausweitung der Unterstützung beweist die Hessische Landesregierung auch 75 Jahre nach Flucht und Vertreibung, dass sie den im § 96 des Bundesvertriebenengesetzes festgeschriebenen Auftrag sehr ernst nimmt. Dies geschieht leider nicht in allen Bundesländern.

Ein weiterer Programmpunkt war das Wappentier „der ostpreußische Elch“ über den Hans-Joachim Naujoks mit eindrucksvollen Lichtbildern sprach.

Auch die Landesfrauenreferentin der Ost- und Westpreußen, Karla Weyland, zeigte und kommentierte Lichtbilder von „Posen und dem Posener Land“.

Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der CDU im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, referierte über „70 Jahre Charta der Deutschen Heimatvertriebenen“ und lobte es als bedeutendes Dokument der Versöhnung in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Thema von Ulrich Bonk war „die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920“. In beiden Abstimmungsgebieten stimmten die Wahlberechtigten mit überwältigender Mehrheit von 97,5 % bzw. 92,4 % für den Verbleib ihrer Heimat bei Deutschland.

Den Abschluss des ersten Tages der Kulturtagung bildete der in Versform vorgetragene Text von Karla Weyland über „Die dumme Gans“.

Der zweite Tag begann mit einem Vortrag von Gerd-Helmut Schäfer über „Memelland - wo Deutschland sein Ende hat“. Er schilderte eindrucksvoll mit Lichtbildern die geschichtliche und wechselhafte politische Entwicklung dieses östlichen Gebietes des deutschen Reiches.

Einen weiteren Tagungsbeitrag bildeten die Lichtbilder von

Werken des ostpreußischen Malers Günter Skrodzki aus Angerburg, die von Dietmar Balschun erklärt und gezeigt wurden.

Von den Anfangsjahren „des Lagers Friedland“ bis zu dem Empfang der letzten Kriegsgefangenen aus Russland zeigte und erklärte Historiker Dr. Christopher Spatz, ergreifende Lichtbilder aus seinem Buch „Heimatlos“ (Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung).

Zum Abschluss dankte Landesvorsitzender Ulrich Bonk dem Schatzmeister, Kuno Kutz, für die hervorragende Organisation und dem Ablauf der gut besuchten und nach dem Corona Konzept durchgeführten Tagung.

Gerhard Schröder stellv. Landesvorsitzender der LOW Hessen

### Mecklenburg-Vorpommern

**Vorsitzender:** Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

### Dreifaches Gedenken zum Volkstrauertag 2020

**Anklam** – Am 15. November 2020 war Volkstrauertag, diesmal aber ganz anders als sonst. Wegen der Corona-Schutzverordnungen durften öffentliche Gedenkveranstaltungen nicht stattfinden. Seit 25 Jahren legt die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe MV in Anklam Kränze und Gebinde am Gedenkstein für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, Flucht und Vertreibung nahe dem Steintor in Anklam nieder. Das war diesmal nur mit je 2 Personen erlaubt.

Dennoch kamen gegen 10.30 Uhr außer Manfred Schukat und Friedhelm Schülke auch der Land-

tagsabgeordnete Dr. Matthias Manhei, die beiden CDU-Stadtvertreter Steffen Görzitz und Hannes Campe sowie Stadtvertreter Friedrich Baumgärtner und legten jeweils ein Blumengebinde nieder.

Danach ging es zur Gedenkanlage der Evangelischen Kirchengemeinde Anklam um 11:15 Uhr am ehemaligen Wehrmachtgefängnis und am Nachmittag zur Kriegsgräbergedenkstätte des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf dem Golm / Usedom. Auch dort durfte keine öffentliche Gedenkveranstaltung stattfinden. Einige der ständigen Besucher kamen trotzdem zur sonst üblichen Zeit gegen 14 Uhr, darunter der SPD-Kreisabgeordnete Dr. Günter Jikeli, die beiden Leiter der Jugendbegegnungsstätte Kamminke, Kinga Sikora und Mariusz Siemiakowski, sowie Vertreter des Landkreises Vorpommern-Greifswald und einige andere spontane Besucher. Verbindend für dieses dreifache Gedenken war jeweils das gemeinsam gesprochene Vaterunser - wenn auch auf Abstand und mit Mundschutz.

Manfred Schukat

### Thüringen

**Vorsitzende:** Edeltraut Diemel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414

**Frauenehre und Schwesterngrab Landesgruppe** – Vielleicht können wir uns noch an die Schulzeit erinnern, als wir lernten, dass „Homonyme“ Wörter sind, die sowohl gleich geschrieben als auch gleich ausgesprochen werden, jedoch unterschiedliche Bedeutungen haben. Nehmen wir als Beispiel das Homonym „Schwester“: Da fallen uns sofort die beiden Bedeutungen „(Kranken-)Schwester“ und die „Verwandte“ (mit dem Gegenbeispiel: „Bruder“) ein.

Und so nähern wir uns dem schlimmen Inhalt dieses Textes, der verbunden ist mit dem sogenannten „Schwesterngrab“ auf dem Mohrunger Friedhof. Unsere kleine Delegation vom BdV Thüringen aus Erfurt von der Arbeitsgruppe „Jugend und Schule“ hat diese Stätte der Mahnung während der Herderwoche besucht.

Vorherige und spätere Informationen zu diesem Grab lassen – unabhängig von den unterschiedlichen Angaben hierzu – erfassen, dass dies ein Ort ist, der nicht nur mit dem Tod, sondern vor allem mit den Ursachen für dieses Sterben der hier bestatteten Krankenschwestern verknüpft ist. Diese Ursachen liegen in den Schrecken des zunächst brutal nach Osten getriebenen deutschen Eroberungskrieges und dann in der Rückkehr der Verwüstungen und unmenschlichen Verhaltensweisen der auch Mohrunger erreichenden siegreichen und hassenden russischen Truppen. Sicher waren bei deren Untaten ebenfalls derartige Sätze ansponnend wie: „Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute.“

Bei solchen verbrecherischen Formulierungen im „Schändungsauftrag“ ist es – bezogen auf das Menschenrecht – letztlich zweitrangig, wenn diese Sätze zugeschrieben werden, ob einerseits dem russischen Schriftsteller und

Journalisten Ilja Ehrenburg oder andererseits den Führern der deutschen Durchhaltepropaganda in ihrer perfidesten Form und Gestaltung. Entscheidend ist: Für Schändung darf es keine Akzeptanz geben! Weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten. Deshalb ist das Mohrunger „Schwesterngrab“ mehr als eine Grabstätte des 2. Weltkrieges. Dieser Ort ist ein immerwährendes Mahnmal: Frauen gebären Kinder nicht für das gegenseitige Töten. Frauen sind Träger des Lebens. Auf keinen Fall dürfen sie Opfer von Hass werden.

Das „Schwesterngrab“ führt den Anwesenden zu diesen und anderen Gedanken und Erkenntnissen. Gehen Sie nach Möglichkeit auch dorthin, fühlen Sie mit und lassen Sie sich beeindrucken!

Die Selbsttötungen von den vermuteten 26 Krankenschwestern erinnern – greifen wir auf die Literatur zurück – an einen Teil des Rütli-Schwures, wie ihn Friedrich Schiller formuliert:

„Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.“

Und demgemäß wählen die Schwestern den Freitod; nicht nur Knechtschaft unter dem Sieger fürchtend, sondern vor allem Vergewaltigung.

Das Geschehen um das „Schwesterngrab“ ist furchtbar grausam und inspiriert zugleich zu unterschiedlichen Darstellungen, vielleicht zu Spekulationen. Und Augenzeugen können nicht mehr gründlich zu dem Vorfall befragt werden.

Die polnische Zeitung „Gazeta Olsztyńska“ vom 2. Juni 1989 stellte ihre Leser vor die Frage „Massenselbstmord oder Verbrechen?“

Dies geschah im Zusammenhang mit einer erschütternden Entdeckung Ende Mai 1989: Bauarbeiter fanden bei Erdarbeiten am Krankenhaus in Mohrunger Gebeine von 13 Personen, darunter von einem Kind. Kämmen, Haarnadeln usw. ließen vermuten, dass hier vor allem Reste von Frauenleichen entdeckt worden waren. Laut Anweisung wurden deren sterbliche Überreste geborgen und beerdigt. In Mohrunger und in der Umgebung zirkulierte die Kunde, dass bis zum Einmarsch der Roten Armee in dem Krankenhaus Ordenschwestern gearbeitet hätten und viele aus Angst kurz vor dem Eintreffen der sowjetischen Soldaten Selbstmord begangen hätten. Schließlich bekennt die Zeitung: Wir wissen nicht genau, was geschehen ist. Faktenmaterial existiert nicht, und Personen, die Aussagen über das schreckliche Verbrechen treffen könnten, sind nicht mehr aufzufinden.

Aber es gibt dann doch noch Details, und zwar von einer Augenzeugin, nämlich der damals im Krankenhaus Mohrunger tätigen Krankenschwester E. Ockel. Ihre Informationen wurden in den „Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten“, im 32. Jahrgang, der 99. Ausgabe, zu Ostern 2003, S. 13, veröffentlicht, und zwar unter der Überschrift: „Als Krankenschwester von Mohrunger nach Sibirien“. Dort erfahren wir zu unserem Problem:

„Am 27. Januar haben wir einen Teil unserer besten Schwestern verloren, die durch das Geschehen der letzten Tage und Wochen so zermürbt waren, dass sie beschlossen hatten, freiwillig aus dem Leben zu gehen. Trotz ernstester Be-

mühung waren sie von diesem Entschluss nicht abzubringen.“

S. Krause, früherer Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Mohrunger e.V., formulierte damals u.a. diese gravierenden Nachbemerkungen zu dem obigen Artikel: „Entsprechend diesem Bericht müssen wir unsere bisherige Vorstellung revidieren, dass in dem Schwesterngrab in Mohrunger 26 Schwestern liegen. Schwester Elisabeth Ockel berichtet von 15 Schwestern, 2 Krankenschwestern, 4 Angestellten des Mohrunger Kreiskrankenhauses und einer weiteren Person, die sich damals das Leben nahmen. Andere Augenzeugen, die bei der Umbettung der Toten zugegen waren, berichten, dass in dem Grab noch weitere Personen beerdigt sind, so auch ein Kind. Es ist heute kaum noch möglich, deren Identität festzustellen.“

Bei unserem letzten Besuch in Mohrunger 2020 hörten wir gar noch diese aufregende Variante dieses Geschehens: Krankenschwestern des Mohrunger Krankenhauses hätten gemeinsam Gift genommen und sich dann aus dem Fenster in den Tod gestürzt.

Oder auch das Grausig-Unvorstellbare wurde in Mohrunger erzählt: Die Schwestern hätten sich auf dem Krankenhausboden wegen der Russenmisshandlungen vergiftet und die Russen hätten die gefrorenen Leichen aus dem Bodenfenster geworfen.

Was wirklich wie geschah, bleibt wohl ein Geheimnis. In jedem Fall sollte es aber eine ewig wirkende Warnung sein und dies in viele Richtungen.

Dr. Christine Manthey, Prof. Dr. habil. Fred Manthey

ANZEIGEN

*Eines Morgens wachst Du nicht mehr auf.  
Die Vögel aber singen, wie sie gestern sangen.  
Nichts ändert den Tagesablauf, nur Du bist fortgegangen.  
Du bist frei und unsere Tränen wünschen Dir Glück. (Goethe)*

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer Mutter, Groß- und Urgroßmutter, Schwiegermutter und Schwester.

### Hanne-Lore Freifrau von Albedyll-Peus

geb. Schwichtenberg / Alt-Dollstädt – Ostpreußen  
geb. 23. 10. 1925 gest. 26. 10. 2020

In stiller Trauer

**Kinder, Enkel, Urenkel, Schwester und alle Familienangehörigen**

Die Seebestattung wird im engsten Familienkreis stattfinden.

Eriskirch, im November 2020

**Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.**

Ostpreußische Allgemeine Zeitung  
Das Ostpreußenblatt

Buchtstraße 4  
22087 Hamburg  
Telefon 0 40 / 41 40 08 32  
Fax 0 40 / 41 40 08 50  
www.paz.de



**Schwesterngrab** Teile der Delegation der Landesgruppe Thüringen des BdV am Mahnmal Schwesterngrab auf dem Mohrunger Friedhof während der Herder-Woche.  
Foto: Privat



*Du bist nicht mehr da, wo du warst,  
aber du bist überall wo wir sind.*

Unendlich traurig, aber dankbar für die vielen schönen Jahre des Miteinanders nehmen wir Abschied von

### Martin Schmidtke

\* 17. November 1930 † 4. November 2020  
in Königsberg/Preußen in Sonthofen

In stiller Trauer und tiefer Dankbarkeit:  
**deine Familie**

Die Urnenbeisetzung findet im Anonymgrab auf dem Friedhof in Sonthofen statt.

Traueranschrift: Eleonore Schmidtke, c/o Bestattungen mit Herz, Grüntenstr. 30, 87527 Sonthofen

Heimatkreisgemeinschaften

Lachen \* Leben \* Lieben
möchte eine Dame mit Ihnen im Übermaß genießen.
Sich geschmeidig elegant, trotz gelebten sechs Jahrzehnten,
in der Natur und herzlichen Zeiten bewegen.

Königsberg-Land
Kreisvertreterin: Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna, Telefon (02303) 14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de.

Gedenken an Carl Mückenberger
Wieder mussten wir einen langjährigen Weggefährten zu Grabe tragen. Am 22. Oktober 2020 verstarb Carl Mückenberger aus Stangau im Alter von 89 Jahren.

Carl Mückenberger wurde am 24. Juli 1931 in Preußisch-Thierau geboren, aber da die Familie bald nach Stangau bei Waldau zog, stand in der Liste der Mitglieder des Kreis Ausschusses „aus Stangau bei Waldau“.

Westfalen, der Geburtsstadt des Astronomen Friedrich Wilhelm Bessel, sesshaft wurde und dessen Andenken pflegte.

Nach der Flucht im Januar 1945 kam die Familie Mückenberger nach Heinrichsdorf bei Bremen in Niedersachsen, wo der Vater - die Mutter war 1941 verstorben - wieder einen Hof mit Hühnerzucht aufbaute.

Neben seinen beruflichen Herausforderungen und der Fürsorge für seine Familie arbeitete er ehrenamtlich für seine ostpreußische Heimat, in der BdV-Kreisgruppe Minden und besonders in der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg.

Carl Mückenberger liebte seinen Beruf und trat erst mit 67 Jahren in den Ruhestand. Da wurde sein Engagement für die ostpreußische Heimat sein „Hauptberuf“.

Aktiv setzte er sich auch für die Restaurierung der Kirche von Arnau ein. Er gehörte dem „Kuratorium Arnau“ an und fuhr mehrmals mit dem Vorsitzenden des Kuratoriums Dr. Walter Rix nach Königsberg, um vor Ort die Bauarbeiten in Augenschein zu nehmen.

Sehr schwer fiel Carl Mückenberger die Auflösung des Samland-Museums 2015, als der Heimatkreisgemeinschaft die Räume im Preußenmuseum gekündigt wurden.

Bei der Trauerfeier am 2. November 2020 standen die Worte „Wohnung“, „Zugehörigkeit“, „Heimat“ im Mittelpunkt.

Tilsit-Stadt
Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.

Geschäftsführer: Manfred Urb-schat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Verjüngung der Stadtvertretung
Entsprechend Wahlordnung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. (SGT) entsprechend §9, Abs. 1 der gültigen Satzung hat der Vorstand das Recht und die Pflicht, Kandidaten für die Stadtvertretung der SGT in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) vorzustellen.



Pflichtbewusster Posthalter Fritz Froese aus Nidden rettete bei einer Kollision seines Fischerboots mit dem Dampfer „Cranz“ die Postsendungen aus dem sinkenden Boot.

stand mittels Unterschrift von mindestens zehn (10) Mitgliedern zu benennen.

Da die ordentliche Versammlung der Mitglieder und der Stadtvertretung auf unbestimmte Zeit zu verschieben war, erwartet der Vorstand eventuelle Einsprüche bis zum 12.12.2020 (12. Dezember 2020).

Selbstverständlich begrüßen die gewählten Stadtvertreter und der Vorstand jede Interessensbekundung für die aktive Mitarbeit in der SGT auch nach diesem Datum ausdrücklich.

Folgenden Kandidaten schlägt der Vorstand für die Wahl in die Stadtvertretung der SGT vor:

Hermann Valentin (Jahrgang 1955) in Wollberg (Bayern), dort Besuch Grund- und Hauptschule, dann Berufsausbildung zum Kunstschmied und Landmaschinenmechaniker mit Abschluss; 1980-1986 Bundeswehrdienst in einem Pionierbataillon; danach Reisebusfahrer bei Rotel-Tours; 1990 Gründung eines eigenen Reisebüros mit Busunternehmen, das ab 1993 in Chemnitz (Sachsen) tätig ist.

Zwischen 1993-2015 ca. 60 bis 70 Reisen nach Sowjetsk/Tilsit und ins nördliche Ostpreußen durchgeführt; zusätzliche Fahrten nach Schlesien, Ermland und Masuren. Eine Reihe humanitärer Hilfs Transporte gingen einher.

2014 Ehrenurkunde des Museums für Stadtgeschichte der Stadt Sowjetsk/Tilsit.

Seit 2015 Neuorientierung wegen fehlender Nachfrage zum internationalen Reiseverkehr.

Prof. Günter H. Hertel i.A. des 1. Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. (SGT) und Sprecher der Stadtvertreterversammlung der SGT.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku' and 'Diagonalrätsel'.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 in the first column.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen die Frucht einer Palme und einen Kürbis.

- 1 Stirnschmuck
2 grobe Feile
3 verzagt, unschlüssig
4 Fadenverknüpfung
5 Mundfessel
6 Tennisspiel zw. zwei Gegnern

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Glücksbringer.

- 1 Gebirgsstock, 2 Ungetüm, 3 Gesamtschiffsbestand, 4 Landhaus, Sennhütte, 5 männliche Haushühner

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of arrows around numbers 1-5.

## KULTURTAGUNG IM GERHART-HAUPTMANN-HAUS

## Die Volksabstimmung von 1920

Auswirkungen auf Kultur und Religion in Ost- und Westpreußen – Veranstaltung war eigentlich für das Frühjahr geplant

VON BÄRBEL BEUTNER

„Noch nie habe ich in so einem festlichen Rahmen vor so wenigen Leuten gesprochen!“, lautete die Begrüßung des Hauptreferenten Manuel Ruoff.

Ja, die Kulturtagung des BdV-Landesverbandes NRW am 31. Oktober fand unter Corona-Bedingungen statt. In dem großen Eichendorff-Saal des Gerhart-Hauptmann-Hauses in Düsseldorf durften sich nur 35 Personen aufhalten – die Zahl der Mitwirkenden des Programms betrug schon acht. Umso erfreulicher war die Tatsache, dass von den „genehmigten“ Plätzen, die im vorgeschriebenen Abstand aufgestellt waren, kaum einer leer blieb. Und die Gäste, die den Weg nach Düsseldorf knapp vor dem zweiten Lockdown gewagt hatten, wurden nicht enttäuscht.

„Die Volksabstimmung 1920 und ihre Auswirkungen auf die Kultur und Religion in Ost- und Westpreußen unter besonderer Berücksichtigung der masurischen Minderheit“ lautete der inhaltsschwere Titel der Tagung, die eigentlich für den 18. April geplant war. Corona hatte das seinerzeit verhindert, aber die Veranstalter gaben nicht auf. Besonders die Kulturreferentin des Bundes der Vertriebenen, Christina Eichmann, hatte sich eingesetzt und führte nun durch das Programm.

Rudi Pawelka, Vorsitzender des BdV-Landesverbandes NRW, begrüßte die Gäste und gab eine kurze Beschreibung des Deutschen Reiches nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und dem Versailler Vertrag. Danach standen Grenzregionen nicht nur im Osten vor neuen Herausforderungen.

Der Hauptreferent Ruoff griff diesen Gedanken auf, als er seinen Vortrag „Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen“ begann. „Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Welt im Allgemeinen und Europa im Besonderen neu geordnet“, sagte er, um dann auf das Selbstbestimmungsrecht der



Kulturtagung unter besonderen Bedingungen: Der Historiker Manuel Ruoff hält seinen Vortrag vor einem halb vollen Saal

Völker einzugehen. Diesem wollte der Versailler Frieden durch Volksbefragungen in Einzelfällen Rechnung tragen und ordnete entsprechende Abstimmungen für Nord-schleswig, Oberschlesien, Teile Westpreußens und das südliche Ostpreußen an. Die Bevölkerung sollte sich für Polen oder das deutsche Reich entscheiden.

Die Zuhörer erfuhren Details über die Organisation der Abstimmung. Deutsche Truppen und Behörden mussten die Abstimmungsgebiete verlassen. Interalliierte Kommissionen wurden eingesetzt, die in Allenstein und Marienwerder die Häuser der Regierungspräsidenten und die Verwaltung übernahmen. Briten, Italiener, Japaner und Franzosen „hatten das Sagen“, unterstützt von deutschen Kommissaren als „Vermittler“ und Berater. Deutsche und Polen betrieben Wahlkampf. Die Deut-

„Noch nie habe ich in so einem festlichen Rahmen vor so wenigen Leuten gesprochen“

Manuel Ruoff

Historiker und PAZ-Redakteur

schen gründeten Organisationen, so die „Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes“ und den „Masuren- und Ermländerbund“. Die Presse wurde aktiviert, die „Ostdeutschen Nachrichten“ wurden gedruckt und für die masurisch

sprechende Minderheit der „Preußische Volksfreund“. Befürchtete Schwierigkeiten durch die interalliierte Kommission blieben aus, aber von der polnischen Seite gab es Auflagen und sogar Bestrebungen, die Abstimmung absagen zu lassen. Damit scheiterte die polnische Seite, hatte aber Erfolg mit der Forderung, dass auch in den Abstimmungsgebieten Geborene abstimmen dürfen müssten, die nun woanders lebten. Man beabsichtigte damit eine Erschwerung der Abstimmung.

Ruoff nannte diesen „Erfolg“ einen Bumerang, denn nun setzte eine Mobilisierung von Stimmberechtigten aus dem Reich und sogar aus dem Ausland und aus Übersee ein. Der Ostdeutsche Heimatdienst organisierte Fahrscheine, Verpflegung und Quartiere. Der Seedienst Ostpreußen wurde besonders in Anspruch

genommen, weil man im Polnischen Korridor Hinderungen befürchtete.

Mit üppigem Bildmaterial zeigte der Referent die Volksfest-Stimmung rund um den 11. Juli 1920. Die Freude über das überwältigende Abstimmungsergebnis spiegelt sich weniger in den beeindruckenden Zahlen als in den begeisterten Berichten der Zeitzeugen.

Jürgen Zauner trug einen Vers vor, den er im „Allensteiner Heimatbrief“ vom Sommer 2020 gefunden hatte: „Sie logen dich in fremd Gewand/Voll Gier nach deinen Fluren/ Du aber hobst zum Schwur die Hand/Und schwur dich deutsch, Masuren!“

Bärbel Beutner warf einen Blick auf die Darstellung der Volksabstimmung 1920 in dem Roman „Die Jeromin-Kinder“ von Ernst Wiechert (1887–1950). Den 70. Todestag des Dichters aus dem Kreis Sensburg erwähnte sie kurz. Sein zweitletzter Roman, erschienen 1946 und ein Bestseller, spielt in dem Dorf Sowiog, dem „Eulenkübel“, „im Rücken der Welt“. Auch dort, in der Abgeschiedenheit der Wälder, „klopft die Weltgeschichte an die niedrigen Türen“. Auch dort findet die Abstimmung in dem festlich geschmückten Dorf mit vielen Gästen statt. Aber hier leben die Menschen im Rhythmus der Natur und der Jahreszeiten, unter ewigen Gesetzen, für die die Ereignisse der „Weltgeschichte“ nur ein Augenblick sind. Der Tod einer Mutter von sieben Kindern tritt am Abstimmungssonntag in den Mittelpunkt.

Der festliche Rahmen der Kulturtagung wurde von der Pianistin Elena Mogilevskaia, der Geigenvirtuosin Natalia Nolte und dem Pianisten Vladimir Mogilevsky gestaltet. Werke von Frédéric Chopin, Peter Tschaikowsky, Franz Liszt, Beethoven, Schubert und Brahms boten den Gästen ein bewegendes Musikerlebnis in dieser kulturell verarmten Corona-Zeit. Das Ostpreußenlied, das Westpreußenlied und „Ännchen von Tharau“ erfreuten die Zuhörer besonders – singen darf man ja nicht.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Deutsche Minderheit beging erstmals Volkstrauertag

In der Oppelner Kathedrale fand ein ökumenischer Gottesdienst statt

Der Verband deutscher sozial-kultureller Gesellschaften (VdG) hat erstmalig den Volkstrauertag mit einem ökumenischen Gottesdienst begangen. „Als Verband erinnern wir dieses Jahr an den 75. Jahrestag seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges

siert. Die Gedenkstunde zum Volkstrauertag ist ein weiterer Teil davon“, erklärte Monika Wittek, Kulturbeauftragte im VdG.

Die Gedenkstunde fand in der Oppelner Kathedrale statt, in der Stadt, in welcher der VdG seinen Sitz hat. In Vertretung des Oppelner Bischofs, Andrzej Czaja, hatte der Seelsorger der Deutschen in der Diözese Oppeln, Peter Tarlinski, zusammen mit Wojciech Pracki, Pfarrer der evangelisch-augsburgischen Gemeinde in Oppeln, im Beisein des Propstes der Oppelner Kathedrale den Gottesdienst geleitet. Die Predigt hielt Pfarrer Pracki. Seit sechs Jahren leitet er als vierter Nachkriegspfarrer die etwa 240 Mitglieder zählende evangelische Gemeinde in Oppeln. Bevor der 1979 in Ostrowo [Ostrów Wielkopolski] in Großpolen geborene Geistliche nach Oppeln kam, war er Bischofsassistent und Pressesprecher der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Warschau. Dort organisierte er eine deutschsprachige Seelsorge. In Oppeln gebe es zu wenige Protestanten, um für diese Gottesdienste in Deutsch zu organisieren, meint er und ergänzt „Dies wäre eine zusätzliche Aufsplitterung“. Doch er steht mit seinem perfekten Deutsch immer wieder gerne zur Verfügung, wenn es darum geht, das

Wort zum Sonntag für die Zeitung der Deutschen Minderheit zu verfassen, bei Konferenzen zu referieren oder auf Deutsch zu predigen.

In der Volkstrauertagspredigt zitierte Pracki das Johannesevangelium und suchte nach Antworten auf die Fragen, wo das Haus Gottes steht, wo Gott im Zweiten Weltkrieg wohnte und wo die Orte sind, in

denen Gott heute zu finden ist. „Die Niederlage der Kirchen im Zweiten Weltkrieg war, dass Gott nicht mehr in der Kirche wohnte. Unter dem Begriff Kirche meine ich die Christen im Allgemeinen. Und auch, wenn das Wort Gottes in Kirchen gelesen wurde, so wurde es nicht in den Herzen angenommen“, so Pracki. Der Krieg endete seiner Auffassung nach nicht mit

dem Akt der Kapitulation, was viele Familien in Schlesien hätten schmerzhaft erfahren müssen. In Anbetracht der Trauer und des Gedenkens seien die Worte Jesu am wichtigsten: „Wenn wir Christus lieben und wenn wir seinen Vater lieben und wenn wir vom Heiligen Geist wie ein Tempel oder ein Versammlungszelt erfüllt werden möchten, sollten wir dem Wort Gottes nahekommen, es lesen, hören und vor allem leben“, sagte Pracki. „Nur dann können wir bereit zu unterschiedlichen, aber guten, Stellungnahmen sein. Nur dann können wir uns entschuldigen, um Vergebung bitten und die Fehler der Vergangenheit nicht mehr begehen. Die Quelle des Lebens und des Friedens liegt im Wort Gottes. Es bezieht sich auch auf Nichtchristen, denn es richtet sich an die Menschen“, betonte er.

Wenn sich die einen plötzlich als bessere, klügere Menschen empfänden, dann würde dies den Anfang einer Katastrophe bedeuten. „Es mangelt an Liebe unter uns, an Durst und Hunger nach dem Wort Gottes. Nur wenn es verkündet, gehört und gelebt wird, werden wir feststellen können, dass Gott in uns wohnt. Das Stillen des Schmerzes und der Trauer kann nur dann folgen, wenn Gott in uns lebt und wir zum Tempel Gottes werden.“ Chris W. Wagner

„Die Niederlage der Kirchen im Zweiten Weltkrieg war, dass Gott nicht mehr in der Kirche wohnte.“

Wojciech Pracki  
Pfarrer der evangelisch-augsburgischen Gemeinde in Oppeln

und die damit verbundene Nachkriegstragödie der Deutschen in Polen. Wir hatten schon mehrere Gedenkfeiern in diesem Jahr für die Deutschen in Polen organi-



Predigte beim Volkstrauertag des Verbandes deutscher Gesellschaften in Oppeln: Pfarrer Wojciech Pracki Foto: Wagner

## HINTERPOMMERN

## Traditionelle Jagd gehörte zur Herbstzeit

Die Dorfbevölkerung wurde einbezogen – und so mancherlei Jägerlatein wurde zum Besten gegeben

VON KARL-HEINZ ENGEL

Herbstzeit ist Erntezeit in Landwirtschaft, Gartenbau und auch bei der Jägerei. Am 3. November, dem Hubertusstag, wird heutigentags zur Jagd vornehmlich auf Hirsch, Wildsau und Reh geblasen. Besonders mit Wildschweinen haben Jäger ihre liebe Mühe. Es gibt zu viele, und es werden immer mehr. Das war früher anders. Die Jäger, die hocharistokratischen ausgenommen, mussten mit Hasen, Kaninchen, Rebhühnern und Fasanen vorliebnehmen. Niederwild also.

Dennoch sehnte man die Treibjagdsaison in den Guts- und Bauerndörfern, etwa im alten Pommern, nicht minder ungeduldig herbei. Schon Wochen vorher brachten die Jagdinhaber in Erfahrung, ob der Jahreslauf dem Gedeihen des Niederwilds zuträglich gewesen war. Meistens fiel das Urteil optimistisch aus.

In den Landstädten Pommerns reichten sich mit Herbstbeginn Ein- und Zweispänner vor den Läden, die Jagdmunition anboten. Den Kutschpferden warf man eine Decke über, damit sie sich nicht verkühlten, denn so ein Schrotpatronenkauf war nicht mit ein paar Minuten getan. Die Sortenwahl fiel schwer. Diese oder jene? Taugten diverse Neuentwicklungen wirklich etwas? Es dauerte also. Am Patronenerwerb lag es aber nicht allein, dass der Aufenthalt in der Stadt sich ausdehnte. Nach Abschluss der Geschäfte traf man sich nämlich gern im Krug, um eine Stärkung einzunehmen.

Für die Heimfahrt auf dem Kutschbock vorgewärmt zu sein, hatte schließlich noch niemandem geschadet. In vergnügter Laune besann man sich auf alte Geschichten, allesamt wahr, das versteht sich. Die vom fünfjährigen Hasen etwa, der vor Jahren bei einer Jagd auf dem Hospitalacker von Demmin erlegt worden sein sollte. Die Plaudereien bei Tabaksdunst und Grog wollten kein Ende nehmen. Die Munition sicher verwahrt und eine Zigarre in Brand, zuckelten die Jäger dann endlich ihren Dörfern zu.

Veranstaltet wurden die Jagden in der Regel, wenn sich saubere Witterung ankündigte, das heißt, erste Fröste die Saatäcker hart machten und noch dazu Schnee fiel. Dann war Hasen- und Hühnerwetter. Das halbe Dorf war in die Vorbereitungen auf das Ereignis einbezogen. Gutsarbeiter, Dorfburschen und ältere Schuljungs verdingten sich als Treiber. Kutscher richteten Wildwagen her. Auf die Mamsells und ihren Küchenfrauen wartete Arbeit ohne Ende, denn die zu erwartende Strecke musste versorgt werden.

20 bis 30 Flintenschützen wurde in der Regel die vierfache Zahl an Treibern zu geordnet. Allesamt stellten sich zu einem großen Kreis von einigen hundert Morgen Fläche auf. Dann ging es los. Unter „Hopp-Hopp“ und „Haas-Haas“ bewegten sich Treiber und Schützen dem Zentrum zu. Schon knallten die Flinten. Näherte sich die Jagdgesellschaft der Kesselmitte, durfte aus Sicherheitsgründen nur nach außen geschossen werden. Unfälle passierten mitunter trotzdem, weil



Zum Schmunzeln: Soll sich so zugetragen haben bei einer Treibjagd im alten Pommern: Ein mächtiger Hasenrammler schnappte sich Dackel Rudibert und hob ihn aus

Foto: privat

einigen Schützen der Finger am Abzug gar zu locker saß. Aber es machte niemand viel Aufhebens davon. Wenn auch schmerzhaft, so galten ein paar Körner Hasen- und Hühnerschrot im Allerwertesten oder gar im Ohr als Zeichen unverwundlicher Tapferkeit. Für die Treiber gab es viel zu tun. Sie mussten das erlegte Wild bergen. Und da konnte ordentlich was zusammenkommen, wie etwa im Dezember 1901 in Reitz, Kreis Stolp.

Bei der auf 3000 Morgen des Rittergutsbesitzers Arnold anberaumten Treibjagd erlegten die 25 anwesenden Schützen sage und schreibe 430 Hasen. In Petershagen, im Randowkreis, blieben im Januar 1909 mehr als 381 Mümmelmänner auf der Strecke. Aus Quatzow bei Schlawe

meldeten die Zeitungen, dass im Dezember 1908 anlässlich einer Gesellschaftsjagd auf der Begüterung des Reichstagsabgeordneten von Michaelis 218 Hasen erbeutet wurden. Auch wenn das wohl eher Spitzenwerte waren, der Durchschnitt auf den pommerschen Feldern lag immerhin bei 150 Hasen, dazu diverse Rebhühner, Fasanen und Kaninchen. Laut einer amtlichen Statistik schossen die Jäger in Preußen während des Jagdjahres 1885/86 unter anderem 2,3 Millionen Hasen und 2,5 Millionen Rebhühner. Und jedes Jahr wuchs so viel nach, dass die Jägerei im nächsten Herbst wieder frohen Mutes zur Treibjagd blasen konnte, es sei denn, die Witterung hatte die Jungenaufzucht verdorben.

Hieß es nach einem Jagdtag schließlich Hahn in Ruh', wurde Strecke gelegt und der Jagdkönig gekürt. Danach lud der Jagdherr zum Schüsseltreiben. Meistens wurde deftige Erbsensuppe mit Schwarzen und Lungwurst und dazu Grobrot gereicht. Geistige Getränke fehlten ebenfalls nicht. Was gab es nicht alles zu erzählen, wenn die Buddel die Runde machte. Da war Sanitätsrat Lampe bei seinem zwanzigsten Schuss tatsächlich ein Flintenlauf geborsten, weil er mit seiner Waffe unsachgemäß umgegangen war. Schmutz hatte die Laufmündung verstopft. Was für ein Malheur.

Auch schier Unglaubliches machte die Runde. Ein Jäger beteuerte im hinterpommerschen Platt, dass ein mächtiger Hasenrammler, der die Schützenkette mit viel List ungetroffen passieren konnte, sich an Dackel Rudibert wegen der Störung seiner Tagesruhe rächte. Er habe den Rüden kurzentschlossen übers Rückenfell gefasst, ausgehoben und durchgeschüttelt. Ganz armselig soll Rudibert im Hasenmaul gebaumelt haben. Konnte das wirklich gewesen sein? Egal, ein im Zeichen geschickter Grünrock zog fix Stift und Notizblock aus seiner Brusttasche und hielt das Erzählte als Skizze fest.

Kaputt von der Anstrengung des Tages, aber bester Stimmung, begaben sich Schützen und Treiber auf den Heimweg. So oder ähnlich ging es früher zu bei den Treibjagden auf Has' und Huhn im alten Pommern. Es waren Höhepunkte im Leben der Dorfbewohner, das sonst in dunkler Jahreszeit nur wenig Abwechslung bot.

## MARSCHALL – SCHLOSSHAUPTMANN – PILGER

## Peter von Kameke – Epitaph in Köslin

Das Epitaph des Gutsbesitzers Peter von Kameke (1541–1613) befand sich bis 1945 in der Dorfkirche zu Lassehne, Landkreis Köslin. Es zeigt Peter von Kameke geharnischt und mit langem Pilgerbart, dazu mit seinen Pilgerabzeichen auf den lederen Schulterbändern: das fünffache Jerusalemkreuz mit dem darüber gelegten Buchstaben X (das griechische Chi für Christus) als Teil des Christusmonogramms und ein halbes sogenanntes Katharinenrad mit Ritterschwert. Letzteres war ein Abzeichen für europäische Jerusalemepilger, die auch zur Geburtskirche in Bethlehem gereist waren. Die Berechtigung zum Tragen dieses Abzeichens wurde den Pilgern von den Mönchen des Katharinenklosters zu Bethlehem nach Entrichtung einer Spende gewährt.

Als Rat des pommerschen Herzogs Bogislaw XIII. trug Peter von Kameke die Titel „Marschall“ und „Schlosshauptmann“, was auf dem Epitaph eingemeißelt worden ist. Die Pilgerabzeichen wiesen ihn außerdem als Jerusalem- und Bethlehempilger aus.

Das Epitaph wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch polnische Historiker vor der Zerstörung bewahrt, bevor die Kirche später abgebrochen wurde. Es befindet sich seitdem in der Marienkirche von Köslin [Koszalin].

## Mühsame Reise durch die Wüste

In Bethlehem waren die Franziskanermonche vom Katharinenkloster die Hüter der Geburtskirche zu Bethlehem. Vermutlich folgten sie im 16. Jahrhundert dem Vorbild der Mönche vom Katharinenkloster auf dem Sinai, indem sie den europäischen Heilig-Land-Pilgern ebenfalls ein



Foto: Zdzisław Pacholski, Koszalin/Köslin

Pilgerabzeichen anboten, das auf die Legende der heiligen Katharina hinwies: ein halbes Rad mit einem in die Radnabe gesteckten Ritterschwert. Das Pilgerabzeichen eines ganzen Rades mit gezacktem Rand erhielten die Pilger nur, wenn sie von Jerusalem aus den mühsamen Weg zum Katharinenkloster nahe dem Mosesberg auf der Sinaihalbinsel zurückgelegt hatten.

Diese gefährliche, mühsame Reise durch die Wüste, die nur in Gruppen stattfand, nahmen viele Adelige und angesehene Bürgerliche seit dem 14. Jahrhundert auf sich, weil sie als besonderes religiöses Verdienst galt und dem heimgekehrten Pilger nicht zuletzt auch gesellschaftliches Ansehen erbrachte. Doch die von Jerusalem aus unternommene Reise zum Katharinenkloster auf dem „Berg Sinai“ wurde nach 1500 für Christen immer gefährlicher, da unterwegs Überfälle von Beduinen drohten. Jahrzehnte später fand sie gar nicht mehr statt.

Das Pilgerabzeichen „Katharinenrad“ weist auf eine besondere und weit verbreitete Verehrung der heiligen Katharina im späten Mittelalter hin. Diese Heilige hatte eine hervorgehobene Stellung im Kosmos der Heiligen. Die Beliebtheit des Namens Katharina zeugt nachhaltig davon: Angeblich soll es 70 Variationen dieses Namens geben.

D. Jestrzemski

● **Info** Lassehne [Łasin Koszaliński] liegt nur wenige km östlich von Kolberg. Das Lassehner „Rote Schloss“ und die mittelalterliche Dorfkirche überstanden den Krieg, wurden jedoch 1951 abgebrochen. Eine andere Veröffentlichung sagt 1955. Siehe [www.gutslandschaft-pommern.de](http://www.gutslandschaft-pommern.de)

## ● POMMERSCHES LANDESMUSEUM IN GREIFSWALD

Das Pommersche Landesmuseum ist derzeit wie alle Museen geschlossen – voraussichtlich noch bis zum 30. November. Diese Einschränkungen betreffen den Einzelhandel aber nicht. Seit dem 18. November ist der Museumsshop montags bis freitags von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Wer auf der Suche nach Weihnachtsgeschenken ist, findet hier eine große Auswahl. Das weit gefächerte Sortiment umfasst Postkarten, Plakate, Literatur, Spielzeug, Designerschmuck sowie Kulinarisches aus der Region. Aktuell wird auch Adventsdekoration, weihnachtliche Genüsse, Weihnachtsbaumschmuck und vieles mehr geboten. Im Shop kann inzwischen auch mit dem neuen Greifswald-Gutschein bezahlt werden!

Viele haben schon voller Spannung darauf gewartet: Die neue Museums-gastronomie „Natürlich Büttner“ öffnet ebenfalls am 18. November zum ersten Mal ihre Türen. Hier sind die Öffnungszeiten Mittwoch bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr. Verkauft werden warme und kalte Speisen zum Mitnehmen – freuen Sie sich auf ein wechselndes Angebot kreativer Küche mit regionalen Zutaten! Ein Verzehr vor Ort ist vorerst aufgrund der aktuellen Beschränkungen leider nicht möglich. Ergänzt wird das Angebot durch eine vielfältige Auswahl an Erzeugnissen aus eigener Produktion. Sie suchen ein besonderes Geschenk? Wie wäre es mit Pralinen, Likör, Speckmarmelade oder anderen Köstlichkeiten?

● Rakower Straße 9, 17489 Greifswald. Internet: [www.pommersches-landmuseum.de](http://www.pommersches-landmuseum.de)

# „Wir müssen eine Umkehr in Erwägung ziehen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Der Wochenrückblick war schon immer herzerfrischend und Satire mit feinsten Klinge. Das war der absolute Hammer. Herrlich, einfach köstlich, wie der Autor die politische Landschaft beschreibt“

Karl-Heinz Rieger, Kiel  
zum Wochenrückblick in Nr. 44



Ausgabe Nr. 44

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## KOPFLOSE CORONA-POLITIK ZU: WIE DER LOCKDOWN KÖRPER UND SEELE KRANK MACHT (NR. 45)

Vielen Dank für die Sachlichkeit dieses Artikels. Davon bräuchten wir mehr angesichts der Kopflosigkeit in Politik und vielen Medien.

Wieso wird der Corona-Bekämpfung die oberste Priorität eingeräumt, was dazu führt, dass andere Todesursachen weniger und also mit weniger Erfolg bekämpft werden? Die Bevölkerung und die Politik sind in die Rolle des Kaninchens geschlüpft, das nur noch die Schlange sieht und darüber alle anderen Gefahren und auch die Unausweichlichkeit des Todes verdrängt.

Etwas ist noch betrüblicher als die Unwirksamkeit der Maßnahmen, die den Tod nur befristet von einer Personengruppe auf eine andere verlagern: Die Tatsache, dass unsere sogenannte Elite unser bis dato demokratisches, freiheitliches Gemeinwesen in eine Kommandowirtschaft umbaut und sich dabei von willfährigen Medien, die die Panik schüren, helfen lässt.

Wir müssen auch eine Umkehr in Erwägung ziehen, und dafür bräuchte es zunächst einmal eine ergebnisoffene Auseinandersetzung über den einzuschlagenden Weg. *Jörg Neubauer, Neu-Isenburg*

## GROSSER CORONA-BETRUG? ZU: FOLGEN EINER MASSNAHME (NR. 45)

Die Tendenz bei Lesern, staatliche Einschränkungen bis zum Lockdown bei Corona nachvollziehen zu können, ist verständlich. Wer kann sich schon vorstellen, dass sich die ganze Welt irrt. Dennoch beruht das Ganze auf einem ungeheuerlichen Betrug, der darin besteht, dass uns der PCR-Test als Infektionsanzeige verkauft wird.

Das ist er aber nicht. Bereits der Erfinder dieses Tests Kary Mullis hat gesagt, dass dieser nicht für eine Infektionsdiagnose am Menschen geeignet ist. Was er

nachweist, sind Genschnipsel, die alles, aber keine Viruslast nachweisen. Dazu wird übrigens eine Schadenersatzsammlung in den USA gegen Drostens und Wieler verbreitet. Was hinter der „Pandemie“ wirklich steckt, sollte jeder selbst recherchieren. Man kann auch mal fragen, warum Schweden ohne Lockdown ebenso keine Übersterblichkeit hat wie fast alle Länder dieser Welt, auch Deutschland. *Günter Bednarz, Wolmirstedt*

## AM ENDE DER STATISTIK ZU: FOLGEN EINER MASSNAHME (NR. 45)

Seit Monaten müssen wir in diesem Pandemie-Chaos leben, angereichert mit täglich neuen „Schau(d)er-Dauer-Geschwafel“ aus dem RKI und aus der Politik.

Es ist dann die Rede von Shutdown, Lockdown, Superspandern, Quarantäne, und von einer Sieben-Tage-Inzidenz, von (unsichtbaren) dunkelroten „Vier-Phasen-Ampel-Systemen“ in Bayern, von viel zu wenig Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeiten, aber auch von Profi-Fußballspielern, die ständig spielen und von Profi-Piloten in Rennautos, die immerzu im Kreisverkehr ihre Runden drehen. Wir aber, all die Normalbürger, wir mussten ganz am Ende der Statistik Platz nehmen, und dort haben wir zu kuschen und zu gehorchen. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

## POSITIV VOR NEGATIV ZU: SCHUTZ, DER AUCH KRANK MACHEN KANN (NR. 44)

„Diese Maßnahmen sind notwendig, weil sie dringend notwendig sind“, so begründet die bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml die regionalen Lockdowns in Bayern, ohne selbst ganz tief dunkelrot zu erstrahlen. Melanie Huml ist von allen Corona-Maßnahmen 100-prozentig überzeugt. Vielleicht ginge ja aber doch noch „a bisserl“ mehr?

Wenn wir zusammenhalten und uns alle täglich testen lassen würden, dann

können wir das Ziel eines totalen Lockdown schneller erreichen, denn notwendig ist, was eben notwendig ist, und positiv sollte immer vor negativ gehen.

*Riggi Schwarz, Büchenbach*

## EIN EINZIGER KRANZ ZU: AUFFÄLLIGES SCHWEIGEN (NR. 45)

Zum sehr wichtigen Kommentar (über den Messermord in Dresden, d. Red.) sollte ergänzt werden, dass zumindest durch Pegida energisch gegen den verbrecherischen Islamismus protestiert wurde und dass am Ort des Verbrechens – mitten in der belebten Dresdner Altstadt – ein Kranz der AfD niedergelegt und mehrere Kerzen aufgestellt wurden.

Bemerkenswert und empörend zugleich ist dabei die Tatsache, dass für andere Parteien diese Untat scheinbar überhaupt keine Rolle spielte.

Dabei muss erwähnt werden, dass die Kranzschleifen nach einigen Tagen der Kranzniederlegung abgeschnitten wurden und damit der Kranz geschändet worden war. Auch das sicherlich bezeichnend für den jämmerlichen Zustand dieses Landes. *Manfred Kristen, Freital*

## ÄRGERLICHE UNKORREKTHEIT ZU: TAUCHER FINDEN DAS WRACK DER KARLSRUHE (NR. 43) UND: MENSCHENVERACHTEND (NR. 43)

Ich lese Ihre Zeitung gern, aber manchmal auch mit Unwillen. So bin ich auch in der Ausgabe Nr. 43 auf zwei Fehler aufmerksam geworden.

In dem Artikel über das Wrack der „Karlsruhe“ werden zwar Spekulationen über den Verbleib des Bernsteinzimmers angestellt, auch werden Orte genannt, an denen bereits gesucht wurde, aber die bis dahin wahrscheinlichste Erklärung, dass das Original während der Zerstörung Königsbergs ebenfalls vernichtet wurde, weil Bernstein bei hohen Temperaturen schmilzt, wurde mit keiner Silbe erwähnt.

Das hätte ich aber als Möglichkeit erwartet, wenn denn schon spekuliert wird.

In der Kolumne „Menschenverachtung“, deren Aussagen ich absolut zustimme, wird der Satz „Weil ein Schwarzer hässlich ist“ mit Mozarts „Entführung“ in Verbindung gebracht. Eine Oper „Entführung“ von Mozart gibt es nicht, gemeint ist sicherlich „Die Entführung aus dem Serail“. Wenn der Autor davon ausgeht, dass diese Laxheit angemessen ist, schließlich muss die Oper jeder einigermaßen gebildete Mensch kennen, dann sei ihm gesagt, dass der zitierte Satz nicht aus dieser Oper stammt, sondern zitiert wurde aus Mozarts Oper „Zauberflöte“.

*Michael Kümmel, Bremen*

## ERFÜLLTE TODESWÜNSCHE ZU: „GEHT ABRECHNEN MIT DEN DEUTSCHEN“ (NR. 39)

Der von den Tschechen nach wie vor hochgeachtete Edvard Benesch verfolgte die Sudetendeutschen schon seit Gründung der Tschechoslowakei 1918/19 mit Hass und Hetze.

Das Freiheitsverlangen der Sudetendeutschen, die gegen ihren Willen in den neuen Staat hineingepresst worden waren, beschied er als damaliger tschechischer Außenminister in der Zeitschrift „Geske slovo“ vom 29. Oktober 1920 mit der menschenverachtenden Bemerkung, „dass den Deutschen kein Selbstbestimmungsrecht gegeben werden darf, dass sie sich besser an Galgen oder Kandelabern aufhängen mögen“.

Nun, diese den Sudetendeutschen zugedachten Todeswünsche wurden erfüllt: durch das tschechoslowakische Militär, das bereits im März 1919 an die 60 Sudetendeutsche erschossen und Hunderte verletzt hatte, nur weil diese friedlich für das ihnen verweigerte Selbstbestimmungsrecht demonstrierten, und dann 1945/46 bei der Vertreibung der Sudetendeutschen mit laut Angaben der Zentralstelle des kirchlichen Suchdienstes 295.000 sudetendeutschen Todesopfern. *Dr. Walter Kreul, Germering*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas

## Nichts bewegt sich in deinem Leben, wenn du dich nicht selbst bewegst!

■ **Katrin Huß bewegte Tausende Menschen, als sie auf dem Höhepunkt ihrer Fernsehkarriere einfach ausstieg. Seit 1992 in der Medienwelt zu Hause, gehörte sie zu den Publikumslieblingen im MDR-Fernsehen. Mehr als 20 Jahre lang arbeitete sie bei Funk und Fernsehen, unter anderem für das Nachmittagsmagazin *Hier ab vier*, später *MDR um 4*. Sie interviewte rund 2000 Gäste aus allen Lebensbereichen und bereiste als Reporterin für den MDR die Welt.**

Wie ein Interview die Karriere  
der Moderatorin beendete

Im Januar 2016 interviewte sie in *MDR um 4* Professor Hans-Joachim Maaz. Der Psychotherapeut und Autor ist ein Kritiker der Merkel'schen Flüchtlingspolitik. In dem Interview vertrat Maaz die Ansicht, dass es unmöglich sei, alle Flüchtlinge in Deutschland zu integrieren. Die Zuschauer reagierten begeistert auf die Offenheit und Ausführlichkeit, mit der über das Thema gesprochen wurde. Doch innerhalb des MDR brach ein Sturm der Entrüstung über Katrin Huß herein. In mehreren Gesprächen wurde sie von Vorgesetzten aufs Heftigste kritisiert. Man warf ihr vor, Professor Maaz nicht genügend widersprochen zu haben. Ihr wurde unterstellt, sie hätte »Naziwörter« in den Mund genommen, wie »Überfremdung«, und die ganze Sendung wäre wie eine Pegida-Demo gewesen.

»Sie sind haftbar und verantwortlich für das, was die Gäste in der Sendung sagen, und Sie haben politisch einzuschreiten im Sinne des MDR.«

*MDR-Chefredakteur*

In der Folge wurde Katrin Huß im MDR massiv unter Druck gesetzt und gemobbt. In diesem Buch beschreibt die Journalistin in allen Einzelheiten die Demütigungen, Beleidigungen und Schikanen, denen sie ausgesetzt war. Der schockierende Bericht enthüllt nicht nur die politische Einseitigkeit des öffentlich-rechtlichen MDR, er beleuchtet auch die äußerst bedenklichen Zustände bei diesem Sender.

Macht Fernsehen (machen) glücklich? Die Antwort darauf fand Katrin Huß im Yoga und auf ihren Reisen durch Indien. Ehrlichkeit, Respekt und Wertschätzung fehlten ihr in der »Sende-Anstalt«. Sie zog die Konsequenzen.

*Die traut sich was!* ist auch ein sehr persönliches Buch über Katrin Huß. Sie erzählt aus ihrem Leben, sagt ihren Zuschauern danke und macht ihren Lesern Mut, sich in ihrem Leben mehr zuzutrauen.

»Hier habe ich aufgeschrieben, was meinen Traum-beruf zum Albtraum machte und wie und wodurch ich stark genug wurde, endlich aufzuwachen.«

*Katrin Huß in ihrem Vorwort*



Katrin Huß: *Die traut sich was!*  
gebunden • 284 Seiten • Best.-Nr. 982 200 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

ZUM TOTENSONNTAG

# Ein letzter Gang

Christus kam bis Oberammergau – Auf dem Friedhof der Pfarrkirche des Ortes liegen viele Hauptdarsteller der Passionsspiele

VON VEIT-MARIO THIEDE

Als in Oberammergau 1938 ein Töpfermeister verstarb, war das Zeitungen und Radiosendern in aller Welt eine Meldung wert. Die „New York Times“ berichtete: „Anton Lang, berühmt als Christus, ist tot.“ Er war dreimal der Christus-Darsteller der Passionsspiele. Wie er sind weitere zentrale Akteure der Passionsspiele auf dem rund um die katholische Pfarrkirche St. Peter und Paul angelegten Friedhof bestattet.

Die Mehrzahl der Kreuze und Grabfiguren des dicht belegten Friedhofs wurden im 19. Jahrhundert errichtet. Es gibt viele Familiengräber. Beim Gang über den Friedhof weist Dekan Thomas Gröner auf eine Besonderheit hin: Wer eine alte, von den bisherigen Besitzern aufgegebene Grabstätte kauft, verbürgt sich, dass die dort Bestatteten nicht vergessen werden. Zum Beispiel indem die alten Kreuze erhalten bleiben oder die auf ihnen verzeichneten Namen auf den neuen Grabstein übertragen werden.

## Ein folgenschweres Gelübde

Dank des von der Pfarrei geführten Sterberegisters sind auch die Namen der 84 Pesttoten der Jahre 1632/33 nicht vergessen. Allerdings ist unbekannt, wo genau sie liegen. Um der Seuche Herr zu werden, legten die Oberen der Gemeinde ein Gelübde ab: Wenn die Oberammergauer fortan von der Pest verschont bleiben, wird alle zehn Jahre die Passion Christi aufgeführt.

Seit 1634 erfüllen die Oberammergauer ihr vor jeder Spielzeit erneuertes Gelübde. Anfangs spielten sie der Überlieferung zufolge die Passion auf einer über den Gräbern der Pesttoten errichteten Bühne. Jünger als „der Passion“, wie die Oberammergauer die Spiele nennen, ist



Himmliche Ruhe vor Bergkulisse: Friedhof der katholischen Pfarrkirche St. Peter und Paul in Oberammergau

Foto: Thiede

die von führenden bayerischen Barockkünstlern ausgeschmückte Kirche St. Peter und Paul, die 1749 geweiht wurde. In ihr befindet sich das Kreuz, vor dem die Gemeinderäte das Passionsgelübde ablegten. Das heute in den Passionsaltar integrierte Gelübdekreuz soll früher auf dem Friedhof gestanden haben.

Letztmals 1820 fanden die Passionsspiele auf dem Friedhof statt. Zu den zehn Aufführungen kamen insgesamt 19.000 Zuschauer. Aus München reiste der königlich bayerische Baurat Anton Baumgartner an. Ihm verdanken wir den ersten Au-

genzeugenbericht. In seiner für das „Baierische National-Blatt“ verfassten „Vorstellung des Passiones in Oberammergau“ heißt es: „Das schöne Geläut ruft zur Kirche, und nach und nach sammelt sich alles an der Bühne. Diese ist links neben der Kirche auf dem Kirchhofe, hoch über der Erde, erbaut.“

## Als Ludwig I. sich einmischte

Das einzige von damals noch erhaltene Requisite ist der Abendmahlstisch. Aus einer Rechnung von 1820 geht hervor, dass den Schauspielern zum „Letzten Abend-

mahl“ Bier und Fleisch aufgetischt wurden. König Ludwig I. war das Passions-treiben auf dem Friedhof allerdings nicht geheuer. Er hielt den Aufführungsort für unpassend und genehmigte daher 1830 das Spiel nur unter der Bedingung, dass die Bühne nicht mehr auf dem Friedhof errichtet wird.

Beim Gang über den Friedhof erregen ein Denkmal und einige besonders hergerichtete Grabstätten unsere Aufmerksamkeit. Eine steinerne Harfe bekrönt das Denkmal für Rochus Dedler (1779–1822), in das folgende Worte gemeißelt sind:

„Sein Name bleibt im Himmel geschrieben, sein Geist lebt fort in seiner Kirchen- und Passions-Musik und sein Andenken wird stets gesegnet sein.“

Rochus Dedler komponierte die Musik für die Passionsspiele von 1820. Seine Kompositionen sollten, vom heutigen musikalischen Leiter Markus Zwick überarbeitet und ergänzt, auch 2020 die Passionsspiele begleiten, die aber dieses Jahr abgesagt und auf 2022 verschoben wurden. Nicht die Pest-, sondern die Corona-Seuche sorgt dafür, dass das 1633 abgegebene Gelübde erstmals nicht eingelöst werden konnte (siehe PAZ vom 11. April).

## Die Nebenrolle des Max Streibl

Ebenso lebt der von Pfarrer Alois Daisenberger (1799–1883) verfasste Passionstext fort, wenn auch vom heutigen Spielleiter Christian Stückl überarbeitet. Auf Daisenbergers Grabmal, das die Gemeinde „dem opferfreudigen Seelsorger und langjährigen Leiter der Passionsspiele“ errichtete, steht seine bronzenen Porträtbüste, die ihn gleichsam in den Himmel hebt.

Aus Anton Langs (1875–1938) Grabstein tritt das Bildnisrelief seines Hauptes hervor. Er präsentiert sich in seiner 1900, 1910 und 1922 gespielten Rolle als Christus mit Bart und langem Haar. „Christus“ Lang gefiel diese Rolle so gut, dass er das langhaarige Aussehen auch außerhalb der Passionsspielzeiten beibehielt. Der an der Friedhofsmauer bestattete CSU-Politiker Max Streibl (1932–1998) hat gleichfalls eine Passionsspielvergangenheit. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident spielte als Oberammergauer im Volk mit, wie Dekan Gröner verrät.

● **Informationen** Pfarramt St. Peter und Paul, Herkulan-Schwaiger-Gasse 5, Oberammergau. Internet: [www.pfarrverband-oberammergau.de](http://www.pfarrverband-oberammergau.de), [www.passionsspiele-oberammergau.de](http://www.passionsspiele-oberammergau.de)

BERLIN

# Ruhestatt der Kämpfer

Gang über den Invalidenfriedhof von Berlin-Mitte – Viel preussische Soldaten-Prominenz ist hier versammelt

Auf dem Invalidenfriedhof in der Chausseestraße in Berlin-Mitte herrscht Krieg. Zum Glück nicht in natura, aber alles, was im Berlin der Preußenzeit militärischen Rang und Namen hatte, ließ sich dort begraben. Liebliche, verträumte Engelskulpturen findet man kaum – bitte keine Sentimentalitäten –, allenfalls die eine oder andere verschämte Putte, wie die hoch oben auf dem steinernen Torbogen, der das Grabkreuz des Generalleutnants Friedrich Wilhelm von Rauch ummantelt.

Ansonsten dominieren eindeutige Symbole aus verschiedenen militärischen Epochen: opulente Soldatenhelme der oberen Militärränge aus dem 19. Jahrhundert, das Eisene Kreuz in Stein geschlagen, wuchtige Grabplatten, aber auch Anklänge an den Klassizismus in Form von Amphoren und Blattornamenten und vieles Ähnliche mehr.

## Ein Löwe für Scharnhorst

Ursprünglich war die Begräbnisstätte der Anstaltsfriedhof des auf Befehl von König Friedrich dem Großen errichteten Invalidenhauses, in das am 15. November 1748 erstmals verwundete Soldaten evangelischer und katholischer Konfession einzogen. Im Zuge der Expansion der Stadt entstanden zwei Zivilgemeinden, die ihre Toten ebenfalls dort beerdigten.

Nach den Befreiungskriegen von 1813 bis 1815 hielt das Militär ganz verstärkt Einzug, Grabfeld C wurde zum Beerdigungsplatz für die Nobilität. Und was tat der Löwe, der eigentlich über alle Toten wachen sollte? Er schlief. Das eigentlich so kraftvolle Tier, das aus dem Metall erobelter Kanonen gegossen wurde, war des Kampfes wohl überdrüssig. Kein Geringerer als der preussische Baumeister Schinkel entwarf das nicht gerade filigrane Grabmal für den Generalleutnant Gerhard von Scharnhorst, dessen militärische Karriere bei der ersten Schlacht der Be-

freiungskriege am 2. Mai 1813 bei Großgörschen endete. Schwer verwundet, verstarb er Wochen später in Prag. In die Geschichte ging er unter anderem dadurch ein, dass er 1810 das preussische Volksheer, bestehend aus aktiven Soldaten, Landwehr und Landsturm, schuf.

Bis 1918 wurden auf dem Invalidenfriedhof Militär- und Zivilpersonen beider Konfessionen beerdigt, danach wurde er im Rahmen des Versailler Friedens als militärische Einrichtung geschlossen und in die „Stiftung Invalidenhaus“ umgewandelt. Die politischen Verhältnisse wurden

dem Friedhof dann fast endgültig zum Verhängnis. Zunächst wurden nach 1925 über 30 Jahre alte Gräber eingeebnet, so dass sich die Gräberzahl von 6.000 auf 3.000 halbierte.

Dann sorgte der Zweite Weltkrieg dafür, dass auf dem Friedhof ganz real Kämpfe tobten. Kurz vor Kriegsende kam es dort zu schweren Gefechten, etliche Grabsteine und Kreuze wurden beschädigt. Nach 1945 wurde der zweitälteste militärische Friedhof Berlins dann durch alliierten Kontrollratsbeschluss als militärisches Objekt beschlagnahmt, während der Friedhofsbetrieb regulär weiterlief.

## Hier blüht Preußen auf

Am 17. Mai 1946 forderte die Behörde die Entfernung von militärischen und auch nationalsozialistischen Denkmälern. Letztere gibt es vereinzelt noch heute, wie zum Beispiel das von Fritz Todt, der die nach ihm benannte Bau-Organisation gründete. Der Gegenpol sind die Gräber von in der NS-Zeit hingerichteten Widerstandskämpfern, wie zum Beispiel das des Oberst Wilhelm Staehle, des letzten Kommandanten des Invalidenhauses.

1951 schloss der Groß-Berliner Magistrat den Friedhof und beendete die Ruhefrist aller vor 1925 belegten Gräber, deren Ausstattungsgegenstände nun Eigentum

von Groß-Berlin wurden. „Erste Rekonstruktionsmaßnahmen“ wurden eingeleitet, die nichts anderes als Teil der Strategie waren, einen durch seine Geschichte politisch unliebsamen und negativ konnotierten Friedhof zu zerstören.

Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 wurden 94 Tonnen Grabdenkmale abgeräumt, Stacheldraht gezogen und Besucher ferngehalten. Doch es kam noch schlimmer: Mehrere Bereiche wurden zum Grenzgebiet, drei Felder lagen im Todesstreifen. Einige Tote, die zu Lebzeiten als ideologisch nah zum DDR-Regime angesehen wurden, in Verbindung mit den Bemühungen des Instituts für Denkmalpflege der DDR retteten den Friedhof letzten Endes vor der vollständigen Zerstörung. Übrig blieben ungefähr 300 Grabmale, die 1990 unter Denkmalschutz gestellt wurden.

Dafür, dass das Thema „Preußen“ heutzutage in gewissen Kreisen eher unbeliebt ist, blüht es beim Besuch des Friedhofs doch erstaunlich auf. Eine Führung hat sich angekündigt, und die Besucher bekommen zunächst Kopfhörer ausgehändigt. Still und stumm verharrt jeder Einzelne vor einem Grab, bis der Friedhofsführer sie zu sich ruft und sie wie die Lemminge zu ihm strömen. Das aber diszipliniert. Bettina Müller



Schlafender Löwe auf dem von Schinkel entworfenem Grabmal General Scharnhorsts

## ● FÜR SIE GELESEN

## Kultureller Selbstmord

Salahdin Koban ist ein Deutscher mit Immigrationshintergrund. Seine Eltern benannten ihn nach Salah ad-Din Yusuf ibn Ayyub ad-Dawini, also jenem kurdischen Heerführer, der 1187 Jerusalem von den Kreuzrittern zurückerobert hat, wohingegen der Nachname Koban von dem mehrheitlich von Kurden bewohnten Ort Kobanê im Grenzgebiet zwischen Syrien und der Türkei abgeleitet sein soll. Also der „aus Koban Stammende“, aber in der schwäbischen Provinz Geborene, reüssierte in jungen Jahren in der CDU. Er gehört deren konservativem Flügel an, der in deutlicher Opposition zum Kurs der derzeitigen Parteiführung steht. Davon zeugt sein Buch „Deutschlands freiwilliger Untergang. Identitätskrise einer Nation, die keine sein will“.

Kobans Hauptthese lautet, dass man hierzulande permanent „moralische Selbsterfleischung“ betreibt und „aus Angst vor den Schatten der Vergangenheit lieber kulturellen Selbstmord“ begehe, als „ein tragfähiges Gesellschaftsmodell für die Zukunft zu entwickeln“. In diesem Zusammenhang rechnet er unter anderem mit dem Multikulti-Wahn und weiteren ideologischen Verirrungen ab.

Kobans Argumente wären vor dem drastischen Linksruck in der CDU während der Ära Merkel noch von der Mehrheit der Mitglieder seiner Partei geteilt worden – und kein Verlag hätte sie als „provokant“ bezeichnet, weil sie dem gesunden Menschenverstand entsprechen. Aber es ist beruhigend zu wissen, dass es in der CDU nach wie vor Leute gibt, die es wagen, Wörter wie „Heimat“, „deutsche Kultur“ und „Patriotismus“ auszusprechen.

Allerdings hinterlässt das Buch dennoch einen schalen Nachgeschmack. Der resultiert aus den Passagen, in denen Koban den Deutschen Eigenschaften wie fehlende „Wärme und Herzlichkeit im Miteinander“, „Unhöflichkeit“, „unterdurchschnittliche „Gastfreundschaft“, „Fremdenhass“ und „kulturelle Armut“ attestiert, wobei die neuen Bundesländer im Vergleich zu den etwas „weltoffeneren“ Regionen im Westen besonders schlecht wegkommen. Hier wird das prinzipielle Dilemma sichtbar, in dem sich Menschen mit Immigrationshintergrund in der Bundesrepublik fast immer befinden – ganz gleich, ob sie nun tatsächlich diskriminiert werden oder das nur herbeihalluzinieren: Sie wollen zwar, dass man sie ohne Wenn und Aber als Deutsche anerkennt, entwickeln aber am Ende doch meist eine gewisse Distanz zu den „Bio-Deutschen“, die dann sehr schnell in Hochmut umschlagen kann. So wie in Kobans „gesellschaftspolitischen Debattenbeitrag“.

Ansonsten stellt sich die Frage, was dem Autor das Recht gibt, den Leser zwei Kapitel lang über eine „Realpolitische Nahostpolitik“ und die „Leitlinien zeitgemäßer deutscher Außenpolitik“ zu belehren: Seine Lehre als Groß- und Außenhandelskaufmann oder das begonnene Studium der Politikwissenschaften? *Wolfgang Kaufmann*

**Salahdin Koban:** „Deutschlands freiwilliger Untergang. Identitätskrise einer Nation, die keine sein will“, FinanzBuch Verlag, München 2020, gebunden, 160 Seiten, 18,99 Euro



## Der Erfolg eines „Spaßmobils“

Der Fiat 500, ursprünglich konzipiert als praktisches Billigauto, setzt seinen Siegeszug im Kleinwagensegment unaufhaltsam fort

FOTO: SHUTTERSTOCK

**Kultauto aus Italien** Konzipiert war der Fiat 500 ursprünglich als Nischenmodell, als Zweitauto für Besitzer größerer Wagen, das auch Frauen die Teilnahme am Straßenverkehr ermöglichen sollte. In dem 1952 gegründeten deutschen Konstruktionsbüro von Fiat Deutschland in Heilbronn wurde ein Stadtauto als Nachfolger des seit 1936 gebauten, aber anfangs wenig erfolgreichen,

Kleinwagens „Topolino“ entwickelt, das den Grundstein eines weltweit zum Kult- und Spaßmobil gewordenen Erfolgsmodells bis hin zur brandaktuellen E-Variante legte.

Massimo Condola hat in einem umfangreichen Bildband die Geschichte des Erfolgsmodells dargestellt. Zum Teil großformatige Fotos zeugen von Modellvarianten, Entwürfen, Weiterentwicklungen in Tochterunternehmen

wie Autobianchi oder Abarth, der Aufnahme in die Gesellschaft und auch der Rezeption in der Welt der Kunst. Ein Muss für jeden Fiat-Begeisterten. *MRK*

**Massimo Condola:** „Fiat 500. Vom Volksauto zur Stilikone“, Koehler Verlag, Hamburg 2020, gebunden, 223 Seiten, 29,95 Euro

## GLOBALISIERUNG

## Warum Völker aufbegehren

Der israelische Journalist Nadav Eyal bereiste China, Sri Lanka, Südafrika und sprach mit Asylsuchern in Ungarn – Große Hoffnung richtet er auf Berlin

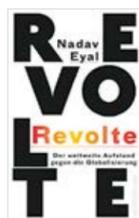
VON DIRK KLOSE

Es ist noch gar nicht so lange her, dass die Globalisierung als Beginn eines besseren Zeitalters gefeiert wurde. Heute hat sich die Euphorie in ihr Gegenteil verkehrt. „Was als ‚Unbehagen an der Globalisierung‘ begann, verwandelte sich in eine regelrechte Revolte gegen die Weltordnung“, schreibt der in Israel geborene Journalist Nadav Eyal „Revolte“ über die Widerstände, die sich weltweit gegen die wachsende Vernetzung der Staatenwelt formieren. Zu viele Menschen fühlten sich, schreibt er mit Blick auf prekär gewordene Arbeitsplätze, auf den Klimawandel, auf größere Unsicherheit im Alltag und auf hoffnungslose Zukunftsperspektiven, zutiefst bedroht. Es sei ein Nährboden für Fundamentalismus und Terrorismus.

Der Autor ist für seine Reportagen im israelischen Fernsehen in aller Welt unterwegs. Das merkt man diesem lebendigen, teils furios geschriebenen Buch an. Eyal beginnt mit Reportagen aus China, Sri Lanka und Südafrika, erlebt hautnah terroristische Auswüchse des radikalen Islam, begleitet 2015 Asylsucher, die aus Ungarn nach Deutschland strömen und kommt in bitterbösen Kapiteln auf die USA und Präsident Trump („wohl einer der eingeblendetsten Lügner, der in der Neuzeit jemals an der Spitze einer Großmacht stand“) zu sprechen. Am Ende steht ein dramatischer Appell an die reichen Länder, ein gerechteres und solidarischeres Weltwirtschaftssystem zu schaffen.

Alle Kapitel sind in etwa gleich strukturiert: einer aktuellen Reportage folgt eine historisch-politische Analyse, bei der sich das Geschehen – sei es Klimawandel, Immigration und Neubeginn, Jobverluste am Beispiel der Autometropole Detroit und Finanzkrise 2008 – fast immer leicht und meist auch überzeugend als Beispiel zerstörerischer Veränderungen darstellen lässt. Der Autor ist dabei allerdings mitunter etwas zu ehrgeizig. Alles generell gegen die Globalisierung zu interpretieren, wird den unterschiedlichen Entwicklungen in der Welt nicht gerecht. Eine präzisere Unterscheidung würde zum Verständnis gerade globaler Probleme besser weiterhelfen.

Gegen Ende des Buches setzt Eyal eine geradezu messianische Hoffnung auf ein politisch festes, soziales und tolerantes Deutschland als Stabilitätsanker für die ganze Welt. Weltweit habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, „dass das wichtigste und stabilste Bollwerk liberaler Werte ... in Berlin steht“. Deutschland ist heute „der größte Hoffnungsträger der freien Welt!“ Da wird einem fast bange angesichts solcher Erwartungen.



**Nadav Eyal:** „Revolte. Der weltweite Aufstand gegen die Globalisierung“, Ullstein Verlag, Berlin 2020, gebunden, 469 Seiten, 29 Euro

## ERDKUNDE

## Wissenswertes über große Flüsse

Der Reisejournalist Volker Mehnert und der Illustrator Martin Haake haben die Ströme der Welt in Wort und Bild porträtiert

VON SILVIA FRIEDRICH

Sicher wird man nie auf allen großen Flüssen der Erde unterwegs sein können. Der Reiseschriftsteller Volker Mehnert lädt kleine und große Leser auf eine Weltreise der ganz besonderen Art ein. Zusammen mit dem in Berlin lebenden Illustrator Martin Haake veröffentlichte der Autor den Bildband „Die großen Flüsse der Welt“ für Kinder ab acht Jahren, und wie immer bei guten Kinderbüchern, ist auch dieses sehr spannend für Erwachsene.

Auf großformatigen Doppelseiten bekommt der Leser zunächst einen Überblick darüber, welche Flüsse beschrieben werden und wo auf den Kontinenten der Erde sich diese befinden.

Start ist in Deutschland am Rhein. Eine Erläuterung zur Geschichte, zum Namen und den Besonderheiten des jeweiligen Flusses findet sich auf jeder Seite in einer Wissensbox. Ein Überblick veranschaulicht, wo sich der Fluss entlang schlängelt und welche Besonderheiten an den Ufern zu finden sind. Weiter geht es an die Donau, die in west-östlicher Richtung fließt und auf ihrem 2810 Kilometer langen Weg zehn verschiedene Nationen berührt. Ein großer Sprung führt weiter zur Themse nach London, zu Russlands „Schicksalsstrom Wolga“, zur Lena, dem längsten Fluss der Taiga, um dann eine weite Reise nach Indien an den Ganges anzutreten.

Schon bis hierhin hat der Betrachter mehr erfahren als jeder Erdkundeunter-

richt in der Schule anschaulicher und interessanter vermitteln könnte.

Die besonderen Flüsse Asiens und Afrikas werden nicht vergessen, wobei der Nil eine Extra-Doppelseite bekommt, auf der über die Bedeutung des Flusses im alten Ägypten berichtet wird. Danach geht es auf den amerikanischen Kontinent zum Sankt-Lorenz-Strom, der allein durch seinen Namen Vorstellungen von wilder Schönheit, Bären und Walen hervorruft.

Ein Besuch am Mississippi darf nicht fehlen, der den nordamerikanischen Kontinent in zwei Teile teilt: den bevölkerungsreichen Osten und den landschaftlich spektakulären Westen. Warum der Colorado-River einen spanischen Namen (Bedeutung „farbig, rot“) trägt, wird sogleich erklärt.

Beinahe jeder Fluss in Amerika löst Erinnerungen an Filme im Kopf des Betrachters aus. So auch beim „Rio Grande“, der Grenze zwischen zwei Welten, den USA und Mittelamerika. Die Flüsse Südamerikas folgen anschließend: der Amazonas, der Paraná und der Orinoco. Beendet wird die Weltreise am 2500 Kilometer langen Murray in Australien. Selten hat eine „Flussreise“ so viel Spaß gemacht.



**Volker Mehnert/Martin Haake (Illustr.):** „Die großen Flüsse der Welt“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2020, gebunden, 40 Seiten, 25 Euro

**Sonderpreis**  
€ 99,90 € 79,90

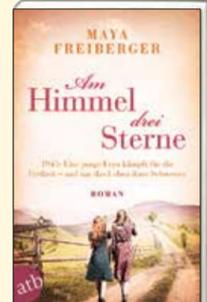


**Naturbersteinset in maritimem Design**  
bestehend aus 2 Ohrsteckern (21 mm hoch) und einem Bernsteinanhänger (25 mm hoch) jeweils kombiniert mit einer Silbermuschel, dazu eine ca. 50 cm Silberkette  
Nr. P A1433 **79,90 €**

**Sonderpreis**  
€ 79,90 € 59,90



**Modischer ovaler Naturbersteinanhänger in Silberfassung und Lederhalsband (ca. 50 cm Länge)**  
Ein hochwertiges Schmuckstück für jedes Alter.  
Nr. P A1536 **59,90 €**



**Am Himmel drei Sterne**  
1945: Eine junge Frau kämpft für die Freiheit – und um das Leben ihrer Schwestern 448 Seiten/TB  
Nr. P A1535 **9,99 €**

1942, Siebenbürgen: Selma verliebt sich in den jungen Soldaten Johann, doch dann wird er nach Russland an die Front beordert. Als der Krieg endet, werden Selma und ihre Schwester Irma nach Russland in ein Arbeitslager transportiert. Irma erkrankt während der langen und kräftezehrenden Reise schwer. Selma begreift: Sie müssen fliehen, und ihnen bleibt nicht viel Zeit. Nur so kann sie ihre Schwester retten – und hoffentlich Johann wiederfinden. Unerwartet erhält sie Hilfe von dem Russen Erem.

Die ergreifende und wahre Überlebensgeschichte zweier junger Schwestern



**Kaffeebecher mit Wappenrand**  
Steingutbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.  
Nr. P A0785 **12,95 €**

**Bernsteinkette mit Lederband**  
Dekoratives Bernsteincollier mit geschliffenem, verschiedenfarbigem Bernstein, aufgelockert durch echtsilberne Schmuckelemente. (Länge ca. 45 cm)  
Nr. P A1177 **69,90 €**

**Sonderpreis**  
€ 89,90 € 69,90

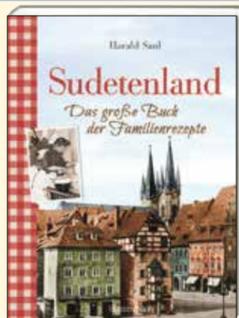


**Königsberger Marzipan Teekonfekt mit echtem Rosenwasser veredelt**  
200 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton  
Nr. P 5664 **Marzipan 9,99 €**



**Weihnachtsgeschichten aus Ostpreußen**  
141 Seiten/Kartonierte  
Nr. P A1086 **6,95 €**

„O du fröhliche ...“ sangen wir als Kinder mit besonderer Inbrunst, denn Weihnachten war ja ein fröhliches Fest, jedenfalls bei uns daheim in Ostpreußen“. So beginnt Ruth Geedes Vorwort für den Titel „Die Weihnachtsfamilie“ in dem, neben eigenen Texten, Lieder, Gedichte und Geschichten ostpreußischer Autorinnen und Autoren versammelt sind. Auch Rezepte mit Leckereien rund um die Weihnachtszeit fehlen nicht, denn was wäre ein Weihnachtsfest in Ostpreußen ohne das unvergleichliche Marzipan, das von der Großmutter höchstpersönlich zu diesem Anlass hergestellt wurde. Ruth Geede führt uns mit „Die Weihnachtsfamilie“ zurück in die alte Heimat Ostpreußen, sie erinnert an weiße Weihnacht mit klirrendem Frost und Schlittenfahrten durch tiefverschneite Wälder und immer glaubt man bei der Lektüre den Duft von Honig und Harz zu verspüren.



**Sudetenland**  
Das große Buch der Familienrezepte  
Format 17 x 23 cm. 128 Seiten  
Gebunden  
Nr. P A1518 **9,99 €**

Kaum etwas lässt unsere Erinnerungen so lebendig werden, wie die Namen und die Düfte der Lieblingsgerichte aus unserer Kindheit. Doch wie so vieles im Leben gehen auch die Lieblingsrezepte im Laufe der Jahre verloren und damit auch ein Stück Heimat. Hier sind sie alle wieder zu finden. Küchenmeister Harald Saul widmet sich der traditionellen regionalen Küche. Seit Jahrzehnten sammelt der Fachdozent für Ernährungslehre Familienrezepte, Dokumente, Erinnerungen und Geschichten. Seine Bücher sind wunderbare Zeugnisse dieser Schatzsuche.



**Holzkestchen Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“**  
200 Gramm vakuumverpackt  
Nr. P 5654 **Holzkestchen Marzipan 15,49 €**



**Königsberger Marzipanherz**  
Schwermer Marzipanherz einzeln in Cellophanfolie verpackt  
30 Gramm gefülltes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte.  
Nr. P 5659 **Marzipanherz 2,20 €**



**Die Weihnachtsfamilie**  
Vom Zauber der ostpreußischen Weihnacht  
160 Seiten/Gebunden  
Nr. P 533190 **12,95 €**

„O du fröhliche ...“ sangen wir als Kinder mit besonderer Inbrunst, denn Weihnachten war ja ein fröhliches Fest, jedenfalls bei uns daheim in Ostpreußen“. So beginnt Ruth Geedes Vorwort für den Titel „Die Weihnachtsfamilie“ in dem, neben eigenen Texten, Lieder, Gedichte und Geschichten ostpreußischer Autorinnen und Autoren versammelt sind. Auch Rezepte mit Leckereien rund um die Weihnachtszeit fehlen nicht, denn was wäre ein Weihnachtsfest in Ostpreußen ohne das unvergleichliche Marzipan, das von der Großmutter höchstpersönlich zu diesem Anlass hergestellt wurde. Ruth Geede führt uns mit „Die Weihnachtsfamilie“ zurück in die alte Heimat Ostpreußen, sie erinnert an weiße Weihnacht mit klirrendem Frost und Schlittenfahrten durch tiefverschneite Wälder und immer glaubt man bei der Lektüre den Duft von Honig und Harz zu verspüren.



**Meine Ersten Bibelgeschichten**  
Das Alte Testament erzählt viele fantastische Geschichten: Wie Daniel die Löwengrube überlebt, Jona von einem großen Fisch verschluckt wird und der kleine David den Riesen Goliath bezwingt. Lebhaft illustriert und in kindgerechter Sprache sorgen für eine spannende erste Begegnung mit der Bibel. 32 Seiten  
Nr. P A1335 **Pappbilderbuch 5,00 €**

**Sonderpreis**  
€ 7,95 € 5,00



**Moosbeere mit Wodka**  
Baltische Spezialität  
20 % vol., Flasche 0,7 Liter  
Nr. P 5685 **17,90 €**

**Sonderpreis**  
€ 23,45 € 17,90



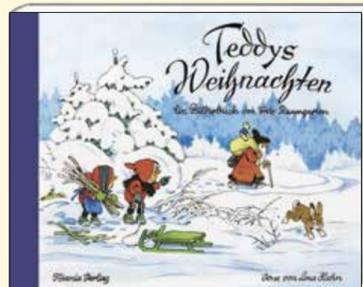
**Kurfürstlicher Magenbitter**  
38 % vol., Flasche 0,7 Liter  
Nr. P 5687 **19,90 €**

**Sonderpreis**  
€ 23,45 € 19,90



**Bernsteinriegel**  
Meschkinnos, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton  
Nr. P 5702 **Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 21,45 €**

**Sonderpreis**  
€ 23,45 € 21,45



**Teddys Weihnachten**  
Auf Knecht Ruprechts Weg durch den Winterwald geht Teddy verloren und erlebt ein wunderbares Weihnachtsfest bei den Wichteln!  
Ein wunderschönes Bilderbuch mit den liebevollen Illustrationen von Fritz Baumgarten. Format 26,5 cm x 21 cm. 24 Seiten.  
Nr. P A0796 **Gebunden 8,95 €**



**Die Weihnachts-Geschichte**  
Die Geschichte von Marias und Josefs Reise nach Bethlehem und der Geburt Jesus bringt schon den Kleinsten den Zauber von Weihnachten nahe. In kindgerechter Sprache und von liebevollen Illustrationen begleitet werden die Ereignisse der Heiligen Nacht erzählt. 18 Seiten  
Nr. P A1336 **Pappbilderbuch 7,95 €**



**Der Redliche Preuße**  
Ostpreußischer Weißer  
33 % vol., Flasche 0,7 Liter  
Nr. P 5687 **16,50 €**

**Sonderpreis**  
€ 18,95 € 16,50



**Pillkaller**  
Edel-Machandel  
38 % vol., Flasche 0,7 Liter  
Nr. P 5696 **18,95 €**

**Sonderpreis**  
€ 19,95 € 18,95



**Schüttboden Herrenkümmel**  
Schlesischer Kümmelschnaps  
40 % vol., Flasche 0,7 Liter  
Nr. P 5675 **20,95 €**



**Nalewka**  
Weichselkirchen-Likör  
25 % vol., Flasche 0,7 Liter  
Nr. P 5684 **19,95 €**



**Naturbersteinfisch mit Lederhalsband**  
Dekorativer Bernsteinfisch von ca. 3 cm Länge mit Silberöse und Lederhalsband (Lederhalsband ca. 45 cm)  
Nr. P A1263 **17,50 €**

**Sonderpreis**  
17,50 €



**Bernstein-Engel (ca. 2,5 cm groß)**  
Nr. P A0341 **Bernstein-Engel mit Lederband 19,95 €**  
Nr. P A0392 **Bernstein-Engel mit Silberkette 39,95 €**



**Samländer Alter Aquavit**  
38 % vol., Flasche 0,7 Liter  
Nr. P 5681 **18,95 €**



**Danziger Goldwasser „Lachs“**  
Likör mit Blattgold  
40 % vol., Flasche 0,7 Liter  
Nr. P 5808 **23,45 €**



**Gumbinner Marilichen**  
Aprikosen-Likör  
25 % vol., Flasche 0,7 Liter  
Nr. P 5686 **19,95 €**

**Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.**

**RAUTENBERG BUCHHANDLUNG**

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

**RAUTENBERG Buchhandlung**  
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG  
Beethovenstraße 5 B  
97080 Würzburg  
Telefon 09 31/ 46 58 89-12  
Telefax 09 31/ 46 58 89-29  
Email info@rautenberg-buch.de  
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50\*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei\* (\*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....

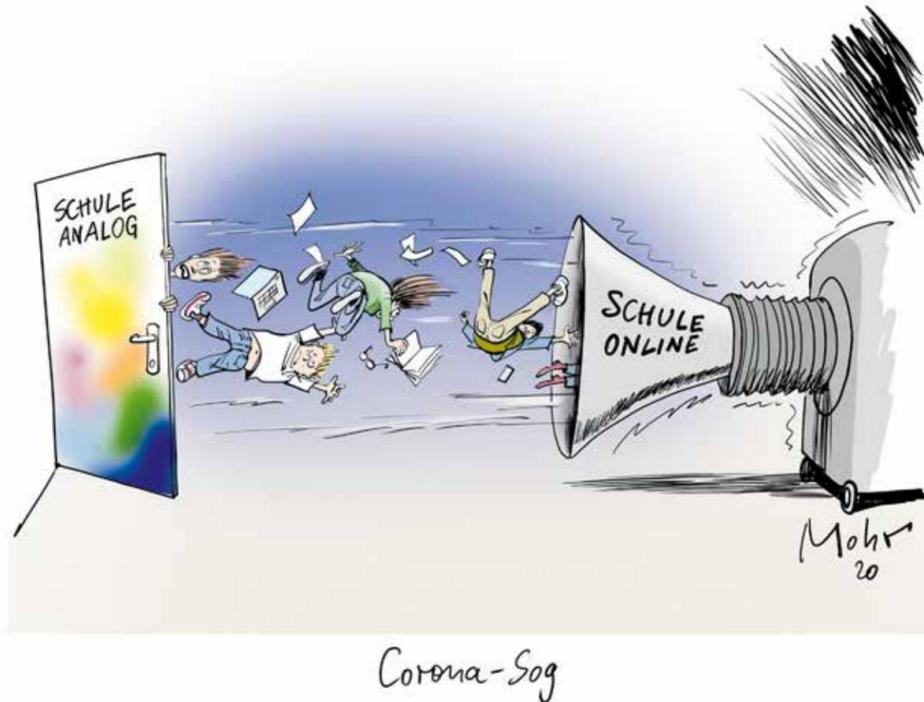
Straße/Nr. .... Telefon .....

PLZ/Ort .....

Datum ..... Unterschrift .....

## ● AUFGESCHNAPPT

Mit ihrer soeben erschienenen, über 200-seitigen Studie „Beer and Racism“ (Bier und Rassismus) meinen es die Autoren, Assistenzprofessor Nathaniel G. Chapman und Professor David L. Brunson, tatsächlich ernst. Bierernst. Im Zuge der Bewegungen gegen „rassistische Ungerechtigkeiten“ widmen sich die beiden US-Soziologen dem Thema „Bier“. Das Getränk selbst, soviel wird zugestanden, sei nicht rassistisch. Betrachte man aber Bier als „kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, ökonomischen“ und „politischen“ Gegenstand, so werde klar, dass „rassifizierte soziale Gruppen“ nicht nur „ausgeschlossen“, sondern auch „diffamiert“ oder gar „getilgt“ würden. Für „weiße“ Geselligkeit hingegen biete es „kulturelle Räume“. Dies gelte nicht nur für die USA. Lediglich die „Craft-Beer“-Branche aus kleineren, unabhängigen Brauereien gebe Anlass zur Hoffnung. Dass auch Professoren ab und an in Bierlaune sind, ist der Lauf der Dinge – aber muss man das dann gleich Wissenschaft nennen? *E.L.*



Corona-Sog

## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Jurist und Journalist Milosz Matuschek warnt in seinem Blog „Freischwebende Intelligenz“ (15. November) eindringlich vor dem von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten „Infektionsschutzgesetz“:

„Wir leben in Zeiten der Demokratie-Dämmerung. Dies ist gerade die größte Prüfung, welche die parlamentarische Ordnung seit 1949 erlebt. Welten sterben nicht mit einem Knall, sondern mit einem Winseln, wusste der Schriftsteller T. S. Eliot. Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, gibt sich die Institution Bundestag selbst auf, sie schaufelt sich ihr eigenes Grab. Und jeder Abgeordnete, der da mitmacht, betätigt sich als Totengräber.“

Klaus-Jürgen Gadamer erklärt bei „Tichys Einblick“ (12. November), warum der „kleine Mann“ sich auch in Deutschland immer mehr von der herrschenden „Ökourgeoisie“ abwendet:

„In Deutschland wird es als Gewinn verkauft, wenn der kleine Mann die höchsten Strompreise der Welt bezahlen muss, die natürlich Geringverdiener überproportional belasten. Es wird ihm als Gewinn verkauft, wenn er aufgrund politischer Entscheidungen bald als Arbeiter im Automobilwerk und bei den Autozulieferern seine Arbeit verliert. Es wird ihm als Bereicherung verkauft, wenn plötzlich Millionen illegaler Einwanderer günstige Wohnungen suchen und so zu ihm in Konkurrenz treten.“

Der Islam-Experte Hamed Abdel-Samad begründete gegenüber der „Welt“ (12. November), warum er sich aus der Islamkonferenz von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zurückzieht:

„Ich habe den Eindruck, der Innenminister hat keine Übersicht, er weiß gar nicht, welche Kreise er fördert, und er ist falsch beraten. Im Ergebnis erhalten türkische Nationalisten und die Muslimbruderschaft nun noch mehr Einfluss. Das ist keine Integration, das ist Selbstaufgabe.“

Die US-Historikerin Jill Lepore von der Elite-Uni Harvard erklärt im „Spiegel“ (7. November), warum Donald Trump soviel Unterstützung beim US-Volk genießt:

„Das sind Menschen, die ökonomisch leiden und denen die Demokraten in den vergangenen Jahren nicht geholfen haben. Obama nicht. Und Clinton war eine furchtbare Kandidatin, weil es ihr egal war. Die Spaltung (der US-Gesellschaft) hat sich lange aufgebaut – und ist heute nicht rückgängig zu machen.“

## ● WORT DER WOCHE

„Sie, Herren und Damen Politiker, verordnen Zwangsmaßnahmen, um uns vor uns selbst zu schützen. Sie nehmen uns die Freiheit und täuschen angebliche Sicherheit vor.“

**Angelika Barbe**, DDR-Bürgerrechtlerin und seinerzeit Mitbegründerin der Sozialdemokratischen Partei in der DDR im Jahre 1989, wandte sich in einem offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten gegen das neue „Infektionsschutzgesetz“

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Aufmerksam

Wie der Corona-Nebel gefährlich ausdünn, und was gewisse Nachbarn schon immer gern trieben

VON HANS HECKEL

Vom Zeitablauf ist das natürlich sehr ungünstig. Am vergangenen Montag wollten sich so viele Ministerpräsidenten nicht der Merkel-Linie in Richtung eines noch härteren Lockdowns beugen, dass die Versammlung der 17 Weisen (Kanzlerin plus 16 Länderchefs) um neun Tage auf den kommenden Mittwoch vertagt werden musste.

Warum das wirklich unglücklich gelaufen ist, belegen die Zahlen. Schon am vergangenen Wochenende wurde messbar, dass der Höhepunkt der zweiten Corona-Welle erreicht war, ab Montag darauf ging es dann abwärts mit der Menge der „Neuinfektionen“, die zum Großteil sowieso gar keine „Infektionen“ sind, da die geringe Viruslast oft gar nicht zur Infektion ausreicht. Das lassen wir aber hier mal beiseite.

Nun steht zu befürchten, dass es bis zum Mittwoch, dem 25. November, alles noch viel schlimmer, also besser wird. Das macht es nicht gerade einfacher, die Notwendigkeit einer Verschärfung der Maßnahmen verständlich zu machen. Die Leute könnten auf den teuflischen Gedanken kommen, dass diese Verschärfungen gar nicht so sehr den Gesundheitsschutz zum Ziel haben, sondern irgendetwas anderes. So betrachtet wäre eine weitere Verschärfung trotz einer abnehmenden Gefahr nachvollziehbar. Es wächst also das Risiko, dass der dicke Corona-Nebel, hinter dem man diese „anderen“ Absichten verbirgt, angesichts rückläufiger Positivtests gefährlich dünn werden könnte.

Warum drehen sie in dieser prekären Situation nicht einfach die Nebelmaschinen hoch? Leicht gesagt, aber leider arbeiten die Apparate bereits am Anschlag. Also gilt es, das Erreichte wenigstens für die Zukunft zu sichern. Daher das neue Infektionsschutzgesetz, das die neu gewonnene Macht der Herrschenden über die Beherrschten, früher „Bürger“ genannt, auf Dauer stellen soll.

Quertreiber warnen vor einem angeblich dramatischen Abbau von demokratischen Rechten durch das Gesetz. Aber da erklingen bloß die Verschwörungstheorien der „Leugner“-Szene. Unsere Bürgerrechte und unsere Demokratie bleiben selbstverständlich uneinträchtigt. Und das selbst jetzt, mitten im Fegefeuer der Pandemie, wie Friedrich Merz im „European“ allen Zweiflern ins Stammbuch schreibt. Er schlägt vor, wie wir beides

gleichzeitig hinbekommen, nämlich das Demonstrationsrecht aufrechtzuerhalten und gleichzeitig den Rest des Landes vor den Widerspenstigen zu schützen: „Jeder kann weiter Demonstrationen anmelden und durchführen, sie werden aber bis auf Weiteres nur außerhalb der Innenstädte genehmigt – auf großen Parkplätzen am Wochenende oder auf freien Flächen. Sie werden von Anfang an durch ein hohes Polizeiaufgebot kontrolliert und bei Verstößen gegen Auflagen wie die Maskenpflicht und Abstandsregeln sofort aufgelöst.“

Das ist doch eine wunderbare Lösung! Alle dürfen demonstrieren, allerdings nur dort, wo man sie weder sieht noch hört und außerdem umringt von Sicherheitskräften. Wie wär's, wenn die Regierung fest umzäunte „Demonstrationslager“ vor der Stadt einrichtet, in welche sich die Unzufriedenen begeben, um ihre Übellautigkeit in die Drahtverhauung zu brüllen? Wenn es zu Unbotmäßigkeiten käme, müsste man nur die Tore schließen, und alle säßen in der Falle.

So hätten die Regierenden auch die Teilnehmerzahlen dieser Zusammenrottungen besser im Griff. Sobald ersichtlich wird, dass es zu viele werden könnten, um noch von einer „kleinen radikalen Minderheit“ zu sprechen, werden die Tore geschlossen und die Nachrückenden nach Hause geschickt. Ausgenommen die Antifa, versteht sich. Einer muss ja für die gewünschten Schlagzeilen sorgen: „Gewalttätige Ausschreitungen im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen“.

Mindestens ebenso wichtig wie abschreckende Maßnahmen gegen die Aufmüpfigen bleibt die Unterstützung der Regierungslinie durch einsichtige Zeitgenossen. Das funktioniert ganz hervorragend, wie ein Vorgang im Ruhrgebiet beispielhaft bestätigt. In Oberhausen hatten rund 100 negative Elemente, überwiegend Jugendliche, ein Fußballspiel veranstaltet. Dieses Vergehen blieb nicht unentdeckt: Wie örtliche Medien berichten, hat ein „aufmerksamer Nachbar“ die Polizei verständigt, welche die Übeltäter mit allem Nachdruck verfolgt hat.

Deutschland, was wärst du in Geschichte und Gegenwart nur geworden ohne „aufmerksame Nachbarn“ überall im Lande! Dieser „Nachbar“ entspricht einem Typus, den es wohl schon immer gab, vom Christenverpeter im Alten Rom und Hexen-Aufdecker in der frühen Neuzeit über Gestapo-Zuträger

Jeder soll auch heute demonstrieren dürfen. Aber nur dort, wo man ihn weder sehen noch hören kann



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

und Stasi-Spitzel bis zum Corona-Wächter. Moment, darf man das so einfach vergleichen? Kommt darauf an, hier geht's ja nicht um Inhalt oder Folgen des Verrats, sondern um das Wesen des Verräters an sich, auf das wir gucken. So dürfte der Christenverpeter des 3. Jahrhunderts seinem Bruder im Geiste, der 500 Jahre später genau jene ans Messer der Schwertmission lieferte, die sich dem nunmehr vorherrschenden christlichen Glauben eben nicht anschließen wollten, gleichen haben wie eine Ratte der anderen. Diese Figur wabert durch die Zeitalter, immer aalglatt angepasst an das, was die Herren der jeweiligen Epoche von so einer Existenzform erwarten. Das spürt der Denunziant instinktiv und macht sich dienstbar.

Schade, dass Joachim Fernau nicht mehr lebt. Der begnadete preußische Geschichtssatiriker starb knapp ein Jahr vor dem Mauerfall und wurde noch 1989 von einem Literaturlexikon als „umstritten“ gebrandmarkt. Sie wissen, was „umstritten“ heißt: Es war und bleibt äußerst lesenswert. Fernaus Spezialität war es, bestimmte Charakterformen auf den Punkt zu bringen in ihren alle Zeiten überdauernden Stärken und Schwächen.

Seine Zeit als Kriegsberichterstatte im Zweiten Weltkrieg wurde ihm später übel vorgehalten. Er stand es durch. Heute hätte der Bestseller-Autor seine Freude daran, uns aus gegebenem Anlass mit einer die Jahrhunderte überspannenden „Geschichte des aufmerksamen Nachbarn“ zu erfrischen. Wir würden staunen, welche Ähnlichkeiten Fernau über 2000 Jahre hinweg aufdecken würde.

Eine wäre sicherlich, dass der Denunziant sein trübes Treiben meist als Verteidigung einer höheren Moral rechtfertigt. Und wenn das nicht geht, weil's mit der „Moral“ im Einzelfall des Verratenen nicht so hinlief, verschanzte er sich hinterm „Prinzip“, das schließlich von den Autoritäten aufgestellt wurde und daher durchgesetzt werden müsse, vernünftig und moralisch oder nicht.

Nur aus dem Prinzip „Kein Gruppensport wegen Ansteckung“ haben sie sogar Hallentennis verboten, bei dem sich die Sportler für gewöhnlich kaum näherkommen als zwei zutiefst verfeindete Gäste in einem ansonsten leer gefegten Restaurant. Wehe dem, der beim Tennisspielen vom „aufmerksamen Nachbarn“ ertappt wird! Der Griff zum Telefon wäre gewiss. Und ein zufriedenes Grunzen hinter der Gardine, sobald die Polizei die Halle stürmt.